Dienstag, 26. Februar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 48 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Anschlag: Die Berliner Polizei vereitelte gestern einen Sprengstoffanschlag gegen einen 50jährigen Architekten. Der Architekt, der den Sprengsatz unter seinem Auto entdeckte, war für den Bau des Hochsicherheitstrakts im Untersuchungsgefängnis Moabit zuständig.

Parteispenden: Das Bonner Landgericht stellte das Verfahren wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit einer Parteispende in Höhe von 10 000 Mark gegen den Troisdorfer Unternehmer Hans Reifenhäuser ein. Reifenhäuser soll 10 000 Mark an die Staatskasse zahlen.

Kritik an Strauß: Politiker Israels haben gegen den bevorstehenden Besuch von Bayerns Ministerpräsident Strauß protestiert. Mit Blick auf die Äußerung von Strauß, den Panzer „Leopard 2" an Saudi-Arabien zu verkaufen, meinte etwa Abba Eban, ein solches Geschäft müsse „unbedingt verhindert werden". (S. 10)

Daume-Vorwurf: Der NOK-Präsident Willi Daume hat in einem „Bild"-Interview die Entscheidung der UEFA, Berlin von der Fußball-Europameisterschaft auszuschließen, als falsch und gefährlich kritisiert. Sie entspreche weder den sportpolitischen Gegebenheiten noch dem Viermächteabkommen über Berlin.

Angebot Mubaraks: Ägyptens Staatspräsident Mubarak hat sich als Gastgeber künftiger Friedensgespräche zwischen Israel und einer gemischten jordanisch-palästinensischen Delegation angeboten. (S. 5)

Pflichtumtausch: Polen erhöht vom 1. April an den Pflichtumtauschsatz um 20 Prozent. Reisende aus der Bundesrepublik müssen danach 36 statt bisher 30 Mark pro Einreise- und Aufenthaltstag zahlen. Für Personen unter 21 Jahren und Studenten erhöht sich der Satz um drei auf 16 Mark.

Eanes-Partei: Als Interimsvorsitzenden wählte die Partei der Eanisten auf ihrer Gründungsversammlung im portugiesischen Troia den Agraringenieur Hermanio Martinho. Er wird das Amt an Präsident Eanes abtreten, sobald dessen Amtszeit Ende 1985 ausläuft. (S. 5)

Shamir-Visite: Bei seinem Besuch in Paris hat Israels Außenminister darauf bestanden, daß die vertraglich zugesagten Einfuhrquoten für Obst und Gemüse durch die EG-Süderweiterung nicht begrenzt werden. (S. 10)

Gromyko-Besuch: Im Rahmen seines viertägigen Italien-Aufenthaltes trifft der sowjetische Außenminister heute mit Papst Johannes Paul zusammen.

ZITAT DES TAGES



❝ Bei dem Geschehensablauf liegt es nahe, das WDR-Vorschaltgesetz als ein Handschellengesetz für einen von der Landtagsmehrheit nicht gewollten Intendanten zu verstehen ❞

Professor Fritz Ossenbühl, Direktor des Instituts für öffentliches Recht an der Universität Bonn, in einem Gutachten zum WDR-Vorschaltgesetz (S.4)
FOTO: NORBERT NORDMANN

WIRTSCHAFT

Investitionen: Nach einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft steigerte der tertiäre Bereich seinen Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen zwischen 1960 und 1983 um 25,3 auf 44,1 Prozent. Rückgänge verzeichneten der primäre Sektor (rund 50 Prozent) und das warenproduzierende Gewerbe. (S. 11)

Expansion: Unter dem Motto „Internationalisierung" strebt Osram einen Ausbau seiner Marktanteile auf den am schnellsten wachsenden Lichtmärkten Japan und USA an. (S. 13)

Klage: Der mit 152 Filialen größte deutsche Kaufhauskonzern, die Karstadt AG, hat sich darüber beklagt, daß die wichtigsten deutschen Brillen-Produzenten, Zeiss und Rodenstock, den Konzern nicht belieferten. Offenbar übten Konkurrenten Druck auf die Firmen aus. (S. 13)

Börse: An den Aktienmärkten konnten die anfangs freundlichen Notierungen im Verlauf nicht gehalten werden. Der Rentenmarkt war weiter schwach. WELT-Aktienindex 170,6 (170,7). BHF-Rentenindex 100,488 (100,728). Performance Index 98,750 (98,955). Dollarmittelkurs 3,4375 (3,3800) Mark. Goldpreis pro Feinunze 284,25 (298,40) Dollar.

KULTUR

Kunst-Kritik: Als eine Katastrophe bezeichnete der surrealistische spanische Maler Salvador Dali in einem Zeitungsinterview die moderne Kunst. Die einzigen Maler, die ihn interessierten, seien Picasso und Gris. (S. 17)

Kunstgeschichte: Im Zuge des Ansturms auf die Universitäten wurden die sogenannten „Sterntalerfächer" wie Kunstgeschichte plötzlich zu „mittleren Fächern" – ein Verhängnis für die Qualität des Studiums. (S. 17)

SPORT

Eishockey: Nach dem Ausscheiden aus der Endrunde der Meisterschaft denkt der EV Landhut wegen seiner finanziellen Schwierigkeiten an einen Verkauf Erich Kühnhackls. (S. 9)

Europameisterschaft: Der Berliner Fußball-Verband erwägt aufgrund der Aussperrung Berlins bei der EM 1988 einen Mißtrauensantrag gegen den DFB-Präsidenten Neuberger. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Grubenunglück: Bei einer Explosion in der Kohlengrube Simon im lothringischen Forbach sind wahrscheinlich 22 Bergleute getötet worden. Bis gestern konnten erst vier Tote geborgen werden. Für 18 Eingeschlossene bestand kaum noch Hoffnung auf Rettung. Rund 40 Kumpel mußten mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus gebracht werden. (S. 18)

Geburtenkontrolle: Die Weltgesundheitsorganisation hat nach Angaben des Bevölkerungsrats eine Kapsel zur Geburtenkontrolle als sicher und wirksam bezeichnet, die Frauen unter die Haut des Oberarms eingepflanzt wird und fünf Jahre lang die Empfängnis verhindert. (S. 18)

Wetter: Heiter. 6 bis 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Aus der Koalition jetzt auch Kritik an Geißlers Vorgehen

Waigel: Flexibles Arbeitsrecht kann Bedenken der Wirtschaft zerstreuen

GÜNTHER BADING, Bonn

Durch flexiblere Gestaltung des Arbeitsrechts kann nach Meinung des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, der Streit um die Arbeitsplatzgarantie nach einem Erziehungsurlaub für junge Mütter beigelegt werden. Auch der neue FDP-Vorsitzende, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, wendet sich nicht prinzipiell gegen jede solche Zusicherung, sondern ausdrücklich gegen eine „uneingeschränkte Arbeitsplatzgarantie".

Bundesfamilienminister Heiner Geißler hatte diese Arbeitsplatzgarantie ohne einschränkende Bedingungen in das Programm für ein monatliches Erziehungsgeld nach der Geburt eines Kindes mit aufgenommen. Die FDP stimmt zwar dem Erziehungsgeld zu, ist aber gegen das Offenhalten des Arbeitsplatzes. Der neue Parteivorsitzende Bangemann in der für den Saarbrückener Parteitag vorbereiteten Schlußansprache: „Wir wenden uns aber mit allem Nachdruck gegen eine uneingeschränkte Arbeitsplatzgarantie. Sie birgt die Gefahr, daß die Diskriminierung der Frau und Mutter am Arbeitsplatz noch größer wird und sogar so weit geht, daß kein Unternehmen mehr junge Frauen einstellt."

Inzwischen gibt es Kritik am Geißler-Vorschlag auch aus dem CDU-Wirtschaftsrat und aus der Mittelstandsvereinigung der Union. Der CDU-Abgeordnete Hauser aus Krefeld sprach vor der rheinischen Mittelstandsvereinigung von einem „Rohrkrepierer". Gemeinsamer Nenner dieser Kritik ist die Sorge, daß junge Frauen demnächst überhaupt keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt mehr haben würden, weil viele Unternehmer vor einer Einstellung zurückschrecken würden, um bei der Geburt eines Kindes dieser Arbeitnehmerin deren Stelle nicht ein Jahr offenhalten zu müssen.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk übte Waigel gestern auch verhaltene Kritik an Geißler. Er hätte sich gewünscht, daß ein solches familienpolitisches Paket „erst dann eingebracht wird, wenn nun wirklich eine klare Absprache zwischen den Koalitionsparteien vorlag". Die Koalition hätte sich ganz bestimmt in einem Gespräch einigen können. Zwar müsse man sehen, daß der Erziehungsurlaub für abhängig beschäftigte Frauen „nur dann von wirklicher Hilfe (ist), wenn sie möglicherweise ein Jahr nach dem Bezug dieses Kindergeldes, nach der Geburt ihres Kindes auch wieder die Option haben – nicht nur die Option, sondern die Gewähr haben –, an ihren Arbeitsplatz zurückkehren zu können". Andererseits sehe er die Bedenken in der Wirtschaft und dem Handwerk. Diese könnten jedoch „zerstreut werden, wenn man mit einer neuen flexiblen Möglichkeit im Arbeitsrecht arbeitet". Wie diese Flexibilität aussehen soll, skizzierte Waigel so: „Wenn der Arbeitgeber in diesem Fall auch die Möglichkeit hat, eventuell für andere Personen zeitlich befristete Arbeitsverträge abzuschließen."

Derzeit sieht der Entwurf für ein Beschäftigungsförderungsgesetz, das nach ersten Lesungen in Bundesrat und Bundestag in den Ausschüssen behandelt wird, vor, einen Arbeitsplatz befristet für ein Jahr – und nur mit einem Arbeitslosen – zu besetzen. Dieses Gesetz soll nur bis 1991 gelten.

DER KOMMENTAR

Zweifel beseitigen

BERNT CONRAD

Bundeskanzler Helmut Kohl wird morgen vor dem Parlament seinen Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland geben. Diesen die Situation exakt definierenden Titel hat Kohl wieder eingeführt, nachdem der Hinweis auf das „geteilte Deutschland" von den sozialdemokratischen Kanzlern Brandt und Schmidt gestrichen worden war. Damit ist schon rein äußerlich der Wille vorgezeichnet, die deutsche Frage – ungeachtet aller Bereitschaft zur Kooperation mit der „DDR" im Interesse der Menschen – weiterhin als das zu bezeichnen, was sie tatsächlich ist: offen und ungelöst.

Diese Prämisse bietet dem Kanzler eine gute Gelegenheit, Zweifel und Unklarheiten zu beseitigen, die durch Äußerungen von zwei Unionspolitikern in der Aktuellen Stunde des Bundestages am 6. Februar entstanden sind. Es handelt sich um die Bemerkung des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe, der Warschauer Vertrag habe „eine politische Bindewirkung, die auch von einem wiedervereinigten Deutschland nicht ignoriert werden kann", und um die Ansicht des Staatsministers im Kanzleramt, Friedrich Vogel, die Oder-Neiße-Gebiete seien „für die Bundesrepublik Deutschland Ausland".

Beide Aussagen verstoßen – auch wenn eine solche Absicht keineswegs dahinter gestanden haben mag – gegen die höchstrichterlich festgestellte Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland. Darauf haben kompetente Wissenschaftler am letzten Wochenende in Bonn aufmerksam gemacht. Ihr Votum ist klar: Die Grenzfrage bleibt, wie das Deutschlandproblem überhaupt, bis zu einem frei ausgehandelten Friedensschluß offen.

Wer an diesem Faktum mit mißverständlichen Begriffen wie „politischer Bindewirkung" (die im allgemeinen Verständnis einer rechtlichen Bindung gleichkommt) oder mit einer falschen Anwendung des Terminus „Ausland" herumdoktert, schwächt den für Deutschland existenziell wichtigen Friedensvertragsvorbehalt. Das aber kommt – neben vielen anderen schwerwiegenden Folgen – auch einer Unterhöhlung des Berlin-Status gleich, der ja bis zu einem Friedensvertrag Geltung hat.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat bemängelt, daß sich der Kanzler nicht ausdrücklich die unglückliche Formulierung von Rühe zu eigen gemacht hat. Das Gegenteil ist richtig: Kohl hat allen Anlaß, die Dinge wieder zurechtzurücken und jene Rechtspositionen zu bekräftigen, ohne die praktische Politik rasch zum Opportunismus werden kann.

Walesa fordert Dialog über Preise

Regierung berät Teuerungsvarianten / Kritik der Staatsgewerkschaften ein Schachzug?

DW. Warschau

Arbeiterführer Lech Walesa hat die polnische Regierung aufgefordert, in einem „ehrlichen Dialog" gemeinsam Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Polen festzulegen. In einem gestern der westlichen Presse zugeleiteten Kommuniqué erklärt Walesa, Preiserhöhungen müßten mit der Bevölkerung abgestimmt werden. Die von der Regierung für Anfang März geplante Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel um rund zwölf Prozent „führt in eine Sackgasse" und sei nicht zur Lösung der Probleme geeignet. Der Führer der Gewerkschaft „Solidarität" betont: „Wir sind nicht generell gegen Preiserhöhungen", doch müßten sie in „ehrlichem Dialog" abgesprochen und die schwächsten Teile der Bevölkerung ausgenommen werden.

In Warschau trat die polnische Regierung zusammen, um über Varianten einer Reduzierung der geplanten Preiserhöhungen zu beraten. Der für die Gewerkschaften zuständige Minister Ciosek hatte am Sonntag abend im Fernsehen angekündigt, die Regierung werde „ernsthaft und wohlwollend" die Forderung der regimetreuen Gewerkschaften prüfen, die Preiserhöhungen zu revidieren und in mehreren Stufen in Kraft zu setzen.

In Warschau wird vermutet, daß es sich bei der Kritik dieser Gewerkschaften an den Plänen der Regierung um einen Schachzug handelt, um die Sympathiewelle für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" zu untergraben. Die von Warschau zugelassenen Gewerkschaften hatten die geplante Aufhebung der Lebensmittelrationierung als „vom gesellschaftlichen Standpunkt aus gefährlich" bezeichnet und den vorgesehenen Lohnausgleich als zu gering kritisiert. Außer dem Abbau der Rationierung und der Subventionierung der Lebensmittel plant die Regierung auch die Verteuerung von Kohle, Strom und Gas.

Der frühere Sprecher der „Solidarität", Onyszkiewicz, erklärte, eine Realisierung der Preisreform nach dem ursprünglich geplanten Muster sei unwahrscheinlich, weil dies einen Schlag ins Gesicht der offiziellen Gewerkschaften bedeuten würde. Er rechne mit einer Verschiebung der Preisreform und nehme an, daß die Regierung vorschlagen werde, die Preise nicht in einem Zuge, sondern schrittweise zu erhöhen. Lech Walesa hatte am Sonntag erklärt, auf den für Donnerstag geplanten 15minütigen Warnstreik könne verzichtet werden, falls die Regierung die Preiserhöhungen verschiebe oder revidiere.

DW. Warschau

Von der Einstellung bedroht ist die von Kardinal Jozef Glemp herausgegebene Kirchenzeitung „Przeglad Katolicki", da das von den Behörden zugeteilte Papier nicht ausreicht. In der jüngsten Ausgabe vom 24. Februar werden die Leser darauf aufmerksam gemacht, daß das Blatt wegen des akuten Papiermangels bis auf weiteres nicht mehr produziert werden könne. Kurz nach Erteilung der Lizenz für die Kirchenzeitung im Juni 1984 wurde die Papierzuteilung um rund 20 Prozent gesenkt.

Bangemann plant Gespräch mit Honecker

mk. Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann trifft am 12. März mit SED-Chef Erich Honecker in Ost-Berlin zusammen. Dieses ist die erste Begegnung eines Bonner Ministers mit dem Staatsratsvorsitzenden der „DDR" seit dessen Besuchsabsage im vergangenen Herbst. Wie vor einem Jahr sein Vorgänger, Otto Graf Lambsdorff, reist Bangemann aus Anlaß der Leipziger Frühjahrsmesse, die am 10. März eröffnet wird, in die „DDR". Bangemann trifft am 11. März in Ost-Berlin mit Günter Mittag zusammen, der im SED-Politbüro für Wirtschaftsfragen zuständig ist. Am anderen Morgen findet vor seiner Weiterreise nach Leipzig die Begegnung mit Honecker statt. In Leipzig trifft sich Bangemann auch mit Außenhandelsminister Horst Sölle.

Spektakuläre Erwartungen werden in Bonn an die Reise des Bundeswirtschaftsministers nicht geknüpft. Zwar laufen in diesem Jahr eine Reihe von Vereinbarungen mit der „DDR" aus, wie der zinslose Überziehungskredit Swing, der 1985 noch 600 Millionen Mark beträgt, den die „DDR" aber nur teilweise ausnutzt. Verhandlungen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird Bangemann mit Honecker jedoch nicht führen. Der innerdeutsche Handel erreichte 1984 einen neuen Höchststand. Gegenüber dem bisherigen Rekordergebnis des Jahres zuvor von 15,2 Milliarden Mark legte er zwei Prozent zu. Dabei stiegen die Bezüge aus der „DDR" um neun Prozent, während die Lieferungen um sechs Prozent sanken.

Kohl bekräftigt Positionen zur deutschen Frage

ms. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird seinen „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland" morgen vor dem Bundestag dazu benutzen, um zu Bonner Rechtspositionen in der Deutschland- und Ostpolitik Stellung zu nehmen. Hierüber hatte es in letzter Zeit durch interpretationsfähige Erklärungen von Unionspolitikern zur „Qualität" der Oder-Neiße-Linie Kritik und Unbehagen bis in die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hinein gegeben. Vor allem will der Bundeskanzler deutlich machen, daß die deutsche Frage offen ist und niemand das Recht habe, Rechtspositionen aufzugeben. Erst vor wenigen Tagen hatte Kohl erklärt, vor der Geschichte seien Rechtspositionen „kein Formelkram", wie es einmal Willy Brandt gemeint hatte.

Bei seiner „Zustandsbeschreibung", vor allem der innerdeutschen Verhältnisse, will Kohl die Ergebnisse des letzten Jahres darlegen, aber zugleich offen ansprechen, „was nicht gelungen ist", vor allem aber, was Bonn „weiterhin zu beklagen hat": Vor allem das unmenschliche Verhalten Ost-Berlins an der Demarkationslinie. Der Kanzler wird aber auch aufzeigen, wie sehr die Deutschland- und Ostpolitik eingebettet ist in die Bonner West- und Europapolitik. Kohl hat gesagt, er sei entschlossen, seinen Beitrag dazu zu leisten, daß die „Westorientierung" der Bundesrepublik Deutschland „irreversibel bleibt". Dabei hatte er die Standfestigkeit in der Nachrüstungsdebatte als Jahrhundertentscheidung bezeichnet.

Scargill laufen die Kumpel davon

Der militante britische Bergarbeiterführer isoliert sich auch in den Gewerkschaften

REINER GATERMANN, London

Nachdem am Wochenende ein weiterer Einigungsversuch zur Beilegung des seit nunmehr 51 Wochen andauernden Kohle-Streiks gescheitert war, erlebte die Gewerkschaft der Bergarbeiter (NUM) gestern eine empfindliche Niederlage durch ihre eigenen Mitglieder. Mehr als 3500 „neue Gesichter" kehrten an ihren Arbeitsplatz zurück, die höchste Ziffer seit Ausbruch des Konflikts.

Insgesamt haben nach Angaben des Arbeitgebers, der Kohlebehörde NCB, inzwischen 90 000 der zunächst 186 000 Streikenden den Kampf aufgegeben. Die Behörde rechnet damit, daß noch in dieser Woche die magische und psychologisch sehr wichtige 50-Prozent-Grenze überschritten wird. Der militante NUM-Vorsitzende Arthur Scargill unternahm weitere, aber nicht mehr sehr überzeugend wirkende Versuche, seine eigene Gewerkschaft auf Streiklinie zu halten und den Arbeitnehmer-Dachverband TUC für Solidaritätsmaßnahmen zu gewinnen. Auf einer Kundgebung in London verglich Scargill den Streik mit der Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg.

Es wird jedoch zunehmend deutlich, daß sich Scargill immer weiter in die Isolation manövriert. Die TUC-Leitung hat er verärgert, indem er den von ihr mit der Kohlebehörde ausgehandelten und von der Regierung gutgeheißenen Kompromiß als unakzeptabel beiseite schob. TUC-Generalsekretär Norman Willis weigerte sich, am Sonntag an der Londoner Demonstration teilzunehmen. Im TUC-Hauptquartier gab man den Bergleuten zu verstehen, daß nach der jüngsten Entwicklung vom Dachverband keine Initiative mehr zu erwarten sei. Die Beziehungen dürften sich nicht verbessert haben, nachdem der stellvertretende NUM-Vorsitzende, Mick McGahey, die Führer einiger Gewerkschaften, die die NUM nicht aktiv in ihrem Kampf unterstützen, als „unehrenhaft" und als Personen bezeichnete, mit denen er „am liebsten nichts zu tun haben möchte".

Die NUM erklärt, bisher befänden sich noch 64 Prozent der 186 000 Bergleute im Ausstand. Man räumt ein, daß der Sog zurück zum Arbeitsplatz in den nächsten Wochen zunehmen könnte, dann – falls es zu keiner Einigung kommt – aber seinen Gipfel überschreite und der harte Kern die Arbeit durch eine „Art Guerrillakrieg" sabotieren werde. Das führe zur Anarchie.

Die Frage ist allerdings, ob Scargill, der immer noch meint, dem Sieg nahe zu sein, und sein kommunistischer Stellvertreter tatsächlich in größerem Umfang eine kampfbereite Mitgliedschaft hinter sich haben. Auch sie können nicht übersehen haben, daß die Streikfront nun auch im standhaftesten Grubendistrikt, Südwales, eine Lücke zeigt. Zwar befinden sich dort immer noch 95 Prozent der Bergleute im Ausstand, aber gestern verdoppelte sich die Zahl der „Rückkehrer", und in Scargills eigenem Distrikt, Yorkshire, gaben 1100 Kumpel den Streik auf.

In Norwegen begann größter Spionageprozeß seit 1945

Übergab Treholt Geheimdokumente an Moskau und Bagdad?

DW. Oslo

Vor einem Gericht in Oslo hat gestern unter strengen Sicherheitsvorkehrungen der größte Spionageprozeß in Norwegen seit Ende des Zweiten Weltkrieges begonnen. Angeklagt ist der ehemalige Pressechef des norwegischen Außenministeriums, Arne Treholt (42). Er wird beschuldigt, eine Fülle militärischer Geheimnisse, darunter strategische Pläne der NATO und Einzelheiten der Verteidigung der Nordgrenzen Norwegens, an die Sowjetunion verraten zu haben. Treholt wurde am 20. Januar 1984 verhaftet, als er von Oslo nach Wien fliegen wollte, um sowjetischen Agenten 66 NATO- und andere Dokumente auszuhändigen.

Treholt wird ferner vorgeworfen, er habe westliche Geheimdienst-Erkenntnisse über den Nahen Osten und Afghanistan sowohl an Irak als auch an die Sowjetunion weitergegeben. Er soll zudem bei seiner Spionagetätigkeit, die angeblich bis zum Jahr 1974 zurückreicht, den Inhalt vertraulicher Gespräche norwegischer Politiker mit dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, mit dem ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger und anderen führenden Repräsentanten der westlichen Welt preisgegeben haben. Treholt erklärte sich nach Verlesung der Anklageschrift für nicht schuldig, gegen norwegische Sicherheitsgesetze verstoßen zu haben. Die mögliche Höchststrafe dafür beträgt 20 Jahre Gefängnis. Der Prozeß gegen Treholt wird voraussichtlich mindestens fünf Wochen dauern.

Der Angeklagte war Mitglied der Delegation seines Landes bei Grenzgesprächen mit der Sowjetunion. Er gehörte von 1979–1982 der UNO-Mission Norwegens an. Von Ende 1982 bis Anfang 1983 besuchte Treholt die norwegische Verteidigungsakademie. Norwegische Zeitungen zitierten einen aus der Untersuchungshaft geschmuggelten Brief Treholts, worin er sagte, er sei kein Spion, sondern ein „unorthodoxer Diplomat", der versucht habe, bei der Sowjetunion mehr Verständnis für die Sicherheitsinteressen seines Landes zu wecken.

Lambsdorff fordert mehr FDP-Einfluß

DW. Hannover

Das FDP-Präsidiumsmitglied Otto Graf Lambsdorff sieht in der auf dem Saarbrücker Bundesparteitag der Liberalen demonstrierten Geschlossenheit eine Möglichkeit, „mehr Einfluß auf die Bonner Koalitionspolitik zu nehmen". Es wäre einfach gut für eine Koalition, wenn jeder von dem anderen wisse, wo er stehe. Da die Partei nun einheitliche Positionen beschlossen habe und diese auch gemeinsam vertreten wolle, sei ihre Berechenbarkeit erhöht worden, sagte der ehemalige Bundeswirtschaftsminister. Die Forderung nach mehr Einfluß in Bonn sei „keine unfreundliche Ankündigung an die Adresse der Union". Die Wende sei jetzt „bewältigt", sagte Lambsdorff. Rechts- und Innenpolitiker in der FDP forderte er auf, sie sollten ihr Feld genauso „erfolgreich und publikumswirksam beackern, wie es die Wirtschaftspolitiker tun".

Seite 4: „Zwei Lager"

Absolute Mehrheit für Berlins CDU?

hrk. Bonn/Berlin

In Berliner Koalitionskreisen hat eine neue, in Bonn bekannt gewordene Wahlumfrage Aufsehen erregt. Sie weist auf hohe Chancen der CDU für eine absolute Mehrheit der Sitze im Berliner Abgeordnetenhaus bei der Wahl am 10. März. Dieser Erfolg wäre zugleich mit dem parlamentarischen Aus für die FDP verbunden. Nach dieser Befragung eines seriösen Instituts, die sich bis Ende Januar erstreckte, käme die CDU auf 46 Prozent (1981 = 48,0), die SPD nur noch auf 33 Prozent (38,3), die AL auf bis zu 18 Prozent (7,2), die FDP auf drei Prozent (5,6). Eine rechnerische absolute Mehrheit der Sitze für die CDU ergibt sich durch Aufteilung der Stimmen für die unter der Fünf-Prozent-Marge gebliebenen Parteien. Einer SFB-Umfrage zufolge halten 31 Prozent der Berliner eine absolute CDU-Mehrheit für „ganz bestimmt" oder „ziemlich wahrscheinlich".

Seite 4: FDP in Bedrängnis

Auch AL stützt Forderung Kohls

DW. Berlin

Alle Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses haben sich gestern mit den Äußerungen von Bundeskanzler Kohl über die Austragung der Fußball-Europameisterschaften 1988 identifiziert. Nach einer Sitzung des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen erklärte dessen Vorsitzender Jürgen Wohlrabe (CDU), die Vertreter von CDU, SPD, FDP und der Alternativen Liste seien der Ansicht gewesen, man solle „eventuell auf die Europameisterschaften verzichten", falls Berlin nicht doch noch mit in die Austragung einbezogen werde.

Das Bemerkenswerte sei, so Wohlrabe, daß selbst die AL „voll dahinter" gestanden und angemerkt habe, daß Berlin „dazugehöre". Von einem CDU-Ausschuß-Mitglied sei sogar unter Beifall der Rücktritt von DFB-Präsident Hermann Neuberger gefordert worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grischins Auftritt

Von Herbert Kremp

Der Fernseh-Auftritt des sowjetischen Staats- und Parteichefs Tschernenko wirkte enthüllend. Das Politbüro mußte den schwerkranken Mann noch einmal vorzeigen, um deutlich zu machen, daß der Führer noch nicht im Koma liegt. Zum erstenmal seit 1936 war ein Generalsekretär der KPdSU gezwungen, den rituellen Auftritt am Ende der Kampagne zur Wahl von Obersten Sowjets abzusagen. Moskau mußte daher die Nachricht von seiner Erkrankung freigeben. Nun herrscht Klarheit: Jeder, der die offensichtlich gestellten Bilder Tschernenkos sah, weiß, daß der Führer nicht mehr führen kann.

Deshalb wendet sich das Interesse der westlichen Öffentlichkeit entschieden der Frage zu: Wer wird der nächste Herr des Kreml? Nach den Regeln westlichen Denkens, das stets holterdipolter auf „Generationenwechsel" eingestellt ist, müßte der als dynamisch angesehene Gorbatschow (54) an die Spitze gelangen. Diese Vermutung vernachlässigt jedoch die byzantinisch-hierarchische Eigenart des sowjetischen Systems. Seine Priorität, die Machterhaltung der im Politbüro versammelten Gruppe, gebietet gleitende, nicht sprunghafte Übergänge zur mittleren und jüngeren Generation. Außerdem soll die Lebenserwartung des ersten Mannes begrenzt, in jedem Falle überschaubar sein, weil vor allem in der Diktatur die Zeit ein Machtmittel darstellt, das den Inhaber stark begünstigt. Er kann über die Personalpolitik das System grundlegend beeinflussen.

Von den gegenwärtig elf Mitgliedern des Politbüros sind sechs über 70, drei über 60 und zwei über 50 Jahre alt. Der jüngste Mann im Politbüro ist Gorbatschow. Nach der Hierarchie ist er der dritte Mann hinter Tschernenko und Ministerpräsident Tichonow. Er ist „Zweiter Sekretär", genauer gesagt, Stellvertreter Tschernenkos und leitet in dessen Abwesenheit die Politbüro-Sitzungen. Die „alten Kardinäle" schätzen seine Arbeit. Um die Kontrolle und den eigenen Einfluß bedacht, müßte ihnen aber ein Mann wie der 70jährige Grischin, einer der ihren, als Nachfolger Tschernenkos geeigneter erscheinen. Dafür spricht eine Logik, die sich mit Vorsicht verbindet. Sie entspricht, nach bisheriger Erfahrung, dem Geist des Systems. Es fällt auf, daß Grischin bei Tschernenkos Auftritt als einziges weiteres Politbüromitglied mit im Fernsehbild erschien.

Lebens- und Arbeitszeit

Von Peter Gillies

In der Sozialpolitik steigt mit der Popularität eines Vorschlags meist auch dessen Unfinanzierbarkeit. Dieser Zusammenhang führt zu modischen Zyklen: Mal brillieren Politiker mit der Verheißung, man könne und müsse möglichst frühzeitig in Rente gehen; haben sie dann allerdings nachgerechnet und nachgedacht, scheint ihnen plötzlich eine längere Lebensarbeitszeit geboten.

Längerfristig ist die Entwicklung der Alterspyramide ziemlich klar: immer weniger aktive Beitragzahler müssen immer mehr Rentner finanzieren. Der Zeitpunkt, an dem ein Arbeitnehmer einen Ruheständler mit horrenden Beiträgen besolden muß, ist abzusehen. Dennoch haben wir uns darin gefallen, den immer früheren Ruhestand zu propagieren, zuerst mit 63, alsdann mit 58 Jahren; bestimmte Beamtengruppen gleiten bereits Anfang fünfzig in die Pension. Weil man sich kurzfristige und teure Vorruhestands-Arbeitsplätze „schafft", bekommt das Alterversorgungssystem Schlagseite. Umso mehr, als es fast unmöglich ist, sozialpolitische Besitzstände nach Eroberung wieder in Frage zu stellen.

Derzeit hören wir von ersten Versuchen, jene Vorbedingung wieder zu verbreiten, ohne die es ein sicheres Sozialsystem nicht geben kann: Daß man nicht auf Dauer mehr verteilen darf, als erarbeitet wird. Das gilt für die Früh- und Frühestrente, die 35-, 30- oder gar 20-Stunden-Woche. Es gilt auch für die Versprechungen, man könne noch einige zehntausend in Arbeitsbeschaffungsprogrammen unterbringen, obgleich dies nur eine teure Scheinbeschäftigung darstellt.

Wer das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit lösen will, muß darauf achten, daß mehr Arbeitsplätze möglich und rentabel werden. Vergrault er lediglich ältere und erfahrene Mitarbeiter, um jüngere unterzubringen, schafft er weder einen zusätzlichen Arbeitsplatz noch einen Wachstumsbeitrag, sondern nur zusätzliche Kosten. Die vorsichtigen Andeutungen, die Wochenarbeitszeit flexibler zu gestalten und die Lebensarbeitszeit vielleicht auch wieder zu verlängern, geben Hoffnung, daß die Verheißung der Solidität Platz zu machen beginnt.

Der Fall Michaelis

Von Enno v. Loewenstern

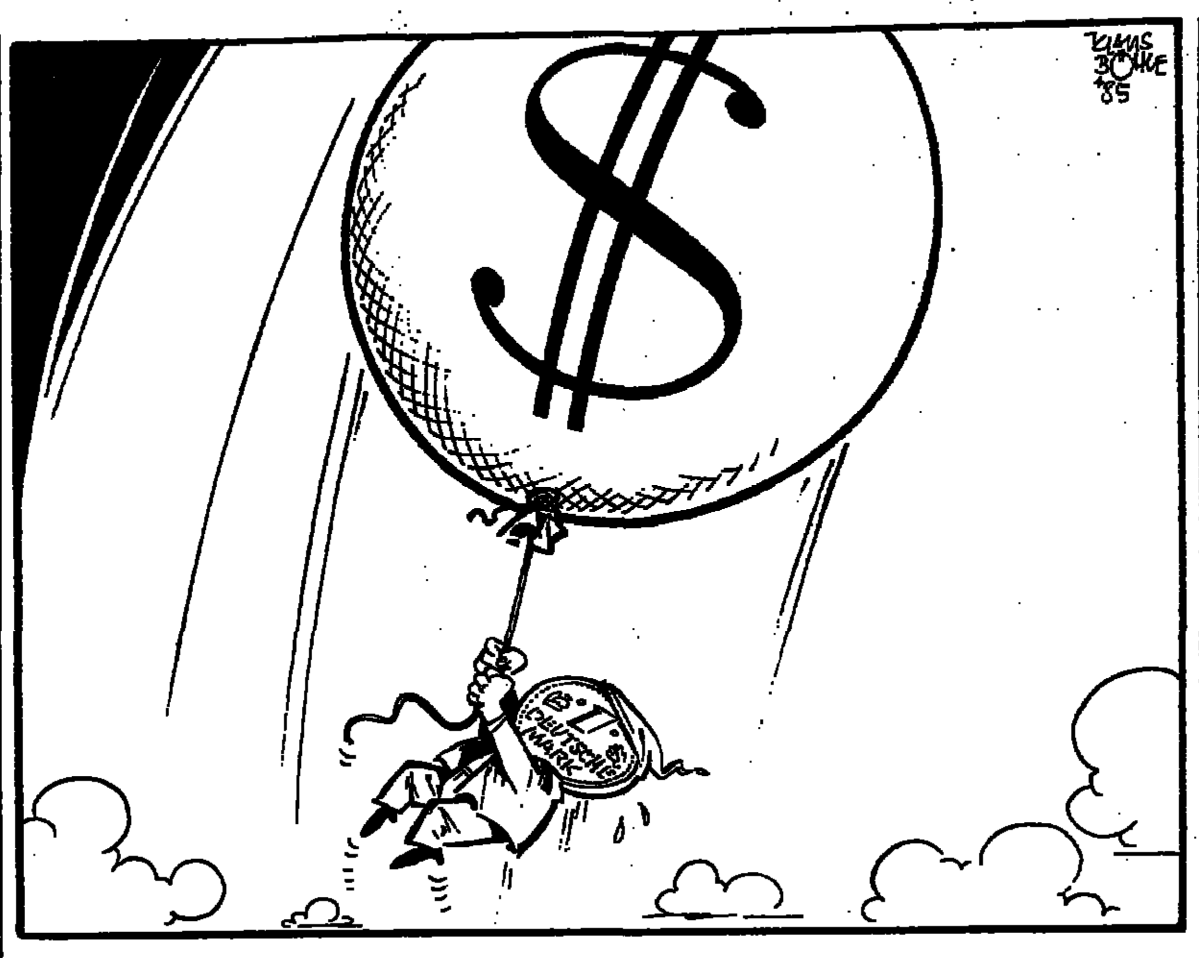
Nun soll also doch im Bundestag und im Europa-Parlament die Verurteilung des Bürgermeisters von Arolsen in Hessen, Ernst-Hubert v. Michaelis, zur Sprache kommen. Der CDU-Politiker hat sechs Jahre Zuchthaus bekommen. Aber die Öffentlichkeit ging darüber hinweg, obwohl sie sonst jede Geldstrafe in Steuer- und Spendensachen hochzieht.

Das Problem: Michaelis wurde in Ost-Berlin verurteilt, wegen „staatsfeindlichen Menschenhandels". Er hat nicht etwa junge Mädchen in die Bordelle von Casablanca exportiert, das wäre wohl staatsfreundlicher Menschenhandel; er hat einen Fluchthelfer für eine Familie in der „DDR" vermittelt. Die Fliehenden wurden erwischt; ein Säugling ist an einer Schlafmittel-Überdosis im Kofferraum erstickt.

Nun herrscht Betretenheit. Soll man Michaelis verdammen? So entspannungsfreundlich ist unsere öffentliche Meinung denn doch noch nicht. Darf man das Urteil verdammen? Um Himmelswillen. Er hat sich gegen die Gesetze eines Staates vergangen, dessen Chef wir demnächst ehrerbietig empfangen und keineswegs fragen wollen, was das für ein Staat sei, in dem Säuglinge zur Wahrnehmung ihres Rechts auf Freizügigkeit betäubt in den Kofferaum gelegt werden müssen.

Nein, man wird diskret auf Rechtsanwalt Wolfgang Vogel hoffen. Man wird wohl auch über den Fall jener hessischen Schüler hinweggehen, die einem jungen Mann im Schulbus zur Flucht aus der „DDR" verhalfen. Sie sind vom Schulverein verurteilt worden. Nicht zu Zuchthaus, aber zu sechzehn Stunden „Sozialarbeit". Aus „pädagogischen Gründen".

Sozialarbeit? Worin kann sie bestehen – in der Rettung Verfolgter etwa? Aber nicht doch. Allenfalls darin, daß man die Jugendlichen pädagogisch belehrt. Etwa über jene Menschen, die in der NS-Diktatur verfolgte Juden versteckten und retteten. Oder über die Geschwister Scholl, die Flugblätter gesetzwidrig in die Universitäts-Aula warfen. Und dann sollen sie hundertmal schreiben, warum man heute die Gesetze des Rechtsstaats per „Widerstand" brechen, die Gesetze der Diktatur aber achten soll. Vielleicht geben ihnen die Parlamente im freien Straßburg und im freien Bonn Argumentationshilfe.



Solange er nicht platzt . . . KLAUS BÖHLE

Mandoline und alte Leier

Von Heinz Barth

Wie immer, wenn sie des Sandwirtes Andreas Hofer gedenken, haben die Tiroler auch dieses Jahr wieder die symbollastige Dornenkrone ihrer geteilten Heimat durch Innsbrucks Straßen geschleppt. Doch nirgends wurde im Ernst der Vorwurf des Revanchismus gegen sie erhoben. Ist das Austro-Pathos von höherer und salbungsvollerer Qualität als das Selbstverständnis anderer deutscher Stämme?

Wie anders ist es doch, wenn ein Sprecher der Vertriebenen zagend das Wort Heimat in den Mund nimmt. Sogleich wird er von der dreifachen Überzahl eines Fernseh-Rollkommandos eingekreist und auf der sorgsam präparierten Folterbank der Bildschirme festgeschnallt.

Heimat war einmal eines der schlichten, aber auch der schönsten Wörter deutscher Zunge. Es ist leider auch ein Wort, dem die Unbefangenheit von einer Zeit der alles durchdringenden Verunsicherung geraubt wurde. Zu den Zerstörungen beider Weltkriege, die nicht mehr zu reparieren sind, gehört auch die Freude am harmonischen Wohlklang der gehobenen Sprache Schillers, der gewiß kein reaktionärer Finsterling war. Ihr „Andante Maestoso" macht niemanden mehr an – wie es das hämische Wegwerf-Idiom des neuen Kommunikations-Stils ausdrücken würde.

Wo immer man Umschau hält, ist Deutsch zu der einzigen Sprache abgesunken, die mit einer kollektiven Scheu, ja, mit schierer Angst vor dem leisesten Hauch nationaler Getragenheit belastet ist. Die verbalen Übersteigerungen des deutschen Selbstbewußtseins, ehedem nicht mit Unrecht als Anmaßung empfunden, schlugen ins Gegenteil um. Was ist so verwerflich, beginnen sich die neuen Generationen zu fragen, an der disziplinierenden Kraft eines verhaltenen Patriotismus? Es war nicht Verhaltenheit, es war das hohe Pathos Winston Churchills, das England vor bald einem halben Jahrhundert vom Abgrund zurückriß. Es war Charles de Gaulle, der in die Register der großen Orgel des französischen Selbstgefühles griff und damit noch heute bei dem Sozialisten François Mitterrand ein verständnisvolles Echo findet.

Selbst die jungen Völker, die noch in einem frühen Stadium ihrer nationalen Entwicklung stehen, haben mit dem Verhältnis zu ihrem Land weniger Probleme als das Volk Walthers von der Vogelweide. Von der zweiten amerikanischen Revolution, die eine „goldene Verheißung" menschlicher Freiheit über die Küsten der USA in eine friedlichere Welt tragen werde, schwärmte Ronald Reagan zu Beginn seiner neuen Amtszeit. Wie vor ihm fast jeder Präsident bei seiner Antrittsrede, nur mit schwungvollerer Überzeugung, sprach er vom Lied Amerikas, dessen „ewiges Echo die unberührte Luft erfüllt". Worte eines vollen Pathos, zu einer jungen und ungebrochenen Nation gesagt, die es sich erst gestern, in der Phase ihres neurotischen Einbruches, nicht mehr zugetraut hatte, daß sie sich von solcher Sprache erhoben fühlen würde.

Ist Amerikas ältester Präsident ein Kitschier, weil er weiß, daß die alten Mandolinen einen längeren Nachhall haben als die Lärm-Instrumente der politischen Popmusik? Dessen Nachhall scheint vielen in dieser Bundesrepublik nicht zu gefallen, von der sich gewiß nicht behaupten läßt, daß sie – Umwelt beiseite – die unberührte Luft ihres öffentlichen Lebens atmet. Bonn ist nicht Weimar, das ein argloseres Verhältnis zur Welt der politischen Abgründe haben konnte. Doch wahr muß auch bleiben, daß Chauvin, der aus dem Lustspiel „La Cocarde Tricolore", nicht in Schlesien geboren wurde. Es wird peinlich, daß den Deutschen die einzigen Stunden nationaler Selbstbesinnung schlagen, wenn fremde Staatsmänner ihnen die tröstliche Botschaft bringen, daß sie zu einem unverzichtbaren Teil der freien Welt geworden sind – Kennedy in Berlin, de Gaulle in Ludwigsburg und zuletzt Mitterrand vor dem Bundestag.



Aufrichtung der deutschen Seele mit Fremdhilfe: De Gaulle in Hamburg FOTO: DPA

Deutschland lebt mit einem geborgten Selbstbewußtsein, das seine Spuren in dienernden Umgangsformen und einer eingestampften Sprache hinterließ. Demokratische Ausgewogenheit kann es nicht geben, solange sich die Verkrampfung einer Mentalität nicht löst, die den nationalen Anspruch für unvereinbar mit der perfekten Demokratie hält.

Perfekt muß sie sein – und wenn darüber mit dem Gleichgewicht die innere Freiheit verloren geht, die Lincoln für das Fundament der „Herrschaft des Volkes, durch das Volk und für das Volk", hielt. Keine der großen Demokratien des Westens könnte auf die Dauer ohne die Fähigkeit zu solchem patriotischen Pathos die Stunden der Existenzbedrohung überleben. Es ist vielleicht das intimste Kapitel der deutschen Tragödie, daß sie die noble Prosa nicht hervorbrachte, die ihrer ungeheuerlichen Größe angemessen wäre.

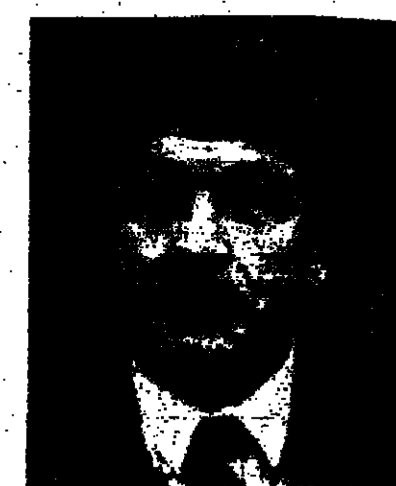
Was zurückblieb, ist ein Symptom der semantischen Dekadenz, die zuweilen prägnante, aber häufiger noch verformende Sprache des Wochen-Magazins, das uns das Deutsche als einen Haufen verbogener Gestänge – und manchmal auch zerknüllten Blechs – vorführt, wie nach einer Massenkarambolage auf der Autobahn. Es ist die Sprache des Unbehagens an sich selbst.

IM GESPRÄCH J.-C. Gayssot

Kein Erneuerer

Von August Graf Kageneck

Die Aufregung um den 25. Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs hat sich gelegt. Politbüro und Zentralkomitee haben die Ämter neu verteilt. Stars traten zurück, jüngere Apparatschiki rückten nach. Unter ihnen einer, der einmal die Nachfolge des Generalsekretärs Georges Marchais antreten könnte: Jean-Claude Gayssot, der neue Sekretär für die Parteiorganisation. Der Posten ist ein Katapult. Maurice Thorez und Georges Marchais bekleideten ihn, ehe sie zum Parteichef aufrückten.



Getreuer Schatten seines Führers: Neuer KPF-Star Gayssot FOTO: AFP

Gayssot verdrängte Männer vom Platze, um die vor dem Kongreß viel spekuliert worden war. Paul Laurent zunächst, den bisherigen Inhaber, jahrelang Schatten Marchais', eiskalt und unnahbar. Charles Fiterman, den jovialen einstigen Minister für das Transportwesen; André Lajoinie, den gerissenen Fraktionschef in der Kammer. Letzteren hatte man schon mit dem Etikett eines „stellvertretenden Generalsekretärs" versehen in der offenbar verfrühten Annahme, die Ära Marchais neige sich nach dem Niedergang der Partei an den Urnen dem Ende zu. All das ist mit der Wahl Gayssots zum Oberaufseher über das interne Leben der Partei vom Tisch gefegt. Marchais übt die Macht ungeteilt aus, und der Mann, der nun den Taktstock über 800 000 Militanten in 40 000 Parteizellen schwingt, heißt Jean-Claude Gayssot.

Nicht einmal in Frankreich kannte man bisher diesen unauffälligen, farblosen, keineswegs von missionarischem Feuer erleuchteten Kommunisten. Der Südfranzose aus der Rugby-Hochburg Béziers hat eine unauffällige, wenn auch steile Karriere in der Partei und der ihr angeschlossenen Gewerkschaft CGT hinter sich. Mit achtzehn Jahren trat der gelernte Maschinenschlosser in den staatlichen Eisenbahnen der KPF bei, wetzte seine dialektischen Messer in der Gewerkschaft, kam mit weiteren staatlichen Unternehmungen in Berührung und wurde allmählich ein Spezialist der gewerkschaftlichen Agitation in den Fabriken. Sein letzter Posten, Sekretär für die Betriebe, belohnte den heute vierzigjährigen für zwei Jahrzehnte zäher Arbeit an der Basis. 1979, auf dem 23. Kongreß, wurde er ins Zentralkomitee, drei Jahre später ins Politbüro gewählt.

Gayssot war an der Seite seines Parteichefs, als dieser sich den Plänen der Sozialisten zur Sanierung der Schwerindustrie durch Abbau von Arbeitsplätzen widersetzte. Er war nach Lothringen beordert worden, wo die Eingriffe des Industrieministers in das alte Gewebe der Stahlindustrie für die Arbeiter am schmerzlichsten spürbar wurden. Hier keimte der Zwist, der im Sommer 1984 zum Bruch zwischen Kommunisten und Sozialisten, letztlich aber auch zur Krise innerhalb der KPF führte. Gayssot blieb an der Seite Marchais', als einige Rebellen um Juquis und Rigout im vorigen September den Rücktritt des Generalsekretärs forderten. Heute sieht er sich für seine Treue belohnt. Der „Wind der Erneuerung", der die Partei einige Monate lang in Bewegung gebracht hatte, hat ihn nie berührt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Eßlinger Zeitung

Sie kommentiert den FDP-Parteitag:

Die FDP, dies hat Saarbrücken gezeigt, hat wieder Mut gefaßt. Wenn Selbstbewußtsein schon politischen Erfolg bedeutete, dann müßte einem nicht bange um die Liberalen sein. Und wer die rhetorischen Kaskaden des neuen Parteivorsitzenden hört, der gerät in Versuchung, die Tatsache zu vergessen, daß die Zitterpartie der FDP um ihren Bestand auch nach Saarbrücken so schnell kein Ende hat. Wie die deutliche Neuausrichtung in Richtung Ökonomie vom Wähler aufgenommen wird, werden erst die kommenden Wahlen zeigen. Auch für Martin Bangemann sind sie die Feuertaufe. Denn hinter ihm stehen mit Lambsdorff und Genscher zwei politische Vollprofis.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie stellt Überlegungen zur längeren Lebensarbeitszeit an:

Viele Beschäftigte werden erschrocken zusammenfahren. Des Protests der Gewerkschaften kann Blüm sowieso sicher sein. Doch zur Aufregung besteht kein Anlaß. Richtig aufregend würde es erst dann, wenn man den Kopf in den Sand steckte und sich einredete, die Probleme lösten sich von selbst. Diese Haltung ist leider verbreitet. Nirgendwo blüht die Neigung, den Besitzstand zu verherrlichen und mit dem Denken aufzuhören, derart wie in der Arbeitswelt. Mit Stockkonservatismus aber lassen sich weder die Dauerarbeitslosigkeit noch die Rentenkrise beseitigen. Dazu braucht es Mut und Phantasie. Wie schädlich Tabus sind, zeigt das viel zu lange Festhalten am Prinzip der Bruttorente.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie meint zu den Demonstrationen am Wochenende:

Während die FDP auf ihrem Parteitag in Saarbrücken die Eigenverantwortlichkeit des Individuums beschwor und sich für die Stärkung der Bürgerrechte einsetzte, lieferten zu gleicher Zeit Demonstranten in Frankfurt und Lüchow-Dannenberg ein Bild davon, wie sie solche Rechte verstehen. Da werden Schienen blokkiert, Straßensperren errichtet, Züge mit der Notbremse gestoppt und mit Anti-Atomtransparenten behängt, Frauen dringen in das Gebäude der Kriminalpolizei von Lüchow ein und kippen dort ihren Hausmüll aus; in Frankfurt liefern sich Rechts- und Linksradikale Straßenschlachten, vermummte Demonstranten greifen die Polizei an. Fürwahr Demonstrationsfreiheit, wie radikale Minderheiten sie verstehen. Fehlte nur noch, daß sich die Frauen, die am Wochenende in Köln für und gegen den Schwangerschaftsabbruch demonstrierten, ebenfalls in die Haare geraten wären. Glücklicherweise kam es nicht soweit. Doch hier wie dort wird eine zunehmende politische Ungeduld erkennbar, die sich nicht mehr damit abfinden will, daß in der Demokratie die Mehrheiten beziehungsweise deren gewählte Vertreter entscheiden. Hinzu kommt eine moralische Aufladung des politischen Verständnisses, das sich gegenüber anderen Auffassungen absolut setzt und sich notfalls mit Gewalt verwirklichen will.

Von der Villa bis zur Au: Sinowatz bleibt nichts erspart

In Österreich wachsen die Zweifel an der Koalition / Von Carl Gustaf Ströhm

Österreichs Bundeskanzler Fred Sinowatz könnte dieser Tage versucht sein, den Kaiser Franz Joseph zu zitieren: Mir bleibt auch nichts erspart. Die Wogen um die *Affäre seines Verteidigungsministers* Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) – den Empfang für den aus italienischer Haft entlassenen ehemaligen SS-Sturmbannführer Walter Reder – hatten sich kaum geglättet, da brach innerhalb der Regierung die nächste Krise aus.

Der Bundesminister für Bauten und Technik, Karl Sekanina, zugleich mächtiger Gewerkschaftsboß der Metallarbeiter, mußte wegen eines, gelinde gesagt, nicht korrekt abgewickelten Kredits aus der Gewerkschaftskasse und wegen eines offenkundig nicht zu Marktpreisen vollzogenen Hauskaufs im Wiener Nobelbezirk Hietzing seine Posten in Gewerkschaft und Regierung zur Verfügung stellen. Dem Kanzler, der bereits vor einigen Tagen seinen Verteidigungsminister gerügt hatte, blieb nichts als eine philosophische Betrachtung über die Moral von Spitzenpolitikern.

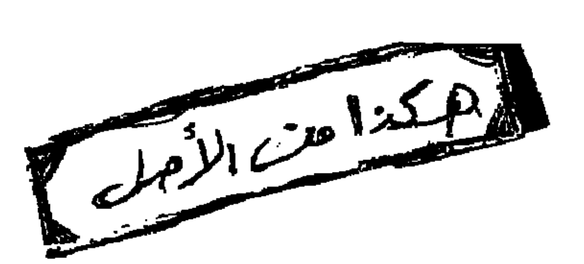
Die Redensart, daß es im Unglück ein Gesetz der Serie gibt, scheint sich an der österreichischen *Koalition* aus *Sozialisten* und Freiheitlicher Partei in den letzten Monaten zu bestätigen. Der Versuch der Regierung, den Bau des Donaukraftwerks Hainburg rasch durchzuziehen, endete mit Massenaufmärschen. Sinowatz trat, da er keine Konfrontation mit Au-Demonstranten riskieren wollte, den Rückzug an – sehr zum Ärger der sozialistischen Gewerkschaftsführung.

Ein Konflikt des zur (christlichdemokratischen) Volkspartei gehörenden Salzburger Landeshauptmanns Wilfried Haslauer mit dem sozialistischen Arbeitsminister Dallinger wegen der Ladenschlußzeiten vor Weihnachten endete zunächst damit, daß der ÖVP-Landeschef entgegen einer Weisung des sozialistischen Ministers den Salzburger Geschäften am 8. Dezember – dem katholischen Feiertag Mariä Empfängnis – das Offenhalten gestattete. Seltsame Umkehrung der Fronten: Ein „roter" Sozialminister, zugleich Chef der *Angestellten-Gewerkschaft, kämpfte* für Arbeitsruhe an einem katholischen Feiertag; der katholische und „schwarze" Haslauer dagegen hatte trotz der mahnenden Worte des Salzburger Erzbischofs in erster Linie die deutsche Konkurrenz jenseits der bayerischen Grenze im Visier. Jetzt soll der Verfassungsgerichtshof klären, ob der Salzburger Landeshauptmann rechtswidrig gehandelt hat. Aber wie immer das Verfahren ausgeht: Im Lande Salzburg, wo Wien ohnedies nicht sehr beliebt ist, wird sich die Bundesregierung damit keine Lorbeeren verdienen.

Der Wiener Kanzler hat nicht Unrecht, wenn er darauf verweist, daß es Österreich wirtschaftlich ganz gut gehe und folglich objektiv gar kein Anlaß zu einer Krisen- oder gar Katastrophenstimmung bestehe. Aber die objektiven Daten sind eben nur ein Teil der Wirklichkeit. Subjektiv herrscht in der kleinen Republik zwischen Donau und Alpen tiefes Unbehagen, und *jeder neue Fall im Zusammenhang* mit der Regierung verstärkt noch diesen Effekt. Offenkundig gibt es nach vierzehn Jahren Regierung durch die Sozialisten gewisse Ermüdungserscheinungen im Apparat.

Der Fall des Bautenministers Sekanina kann in diesem Zusammenhang als Musterbeispiel dienen: Der macht ein einfacher Metallarbeiter eine traumhafte Karriere als Gewerkschaftschef, Fußballpräsident und Bundesminister. Er ist energisch, tatkräftig, ein Produkt der „Machergeneration", die nach dem Krieg die Ärmel aufkrempelte. Er ist sogar als künftiger Präsident des österreichischen Gewerkschaftsbundes im Gespräch – und dann stolpert er über eine Villa und ein Privatauto. Der mit allen Wassern gewaschene Politiker hatte das Augenmaß für das Machbare und wohl auch für das Wesentliche verloren. Ähnlich, wenn auch aus ganz anderen Moti[ven], erging es dem zur Freiheitlichen Partei gehörenden Verteidigungsminister: Auch hier erstaunen der Mangel an Augenmaß, de[r] fehlende politische Instinkt.

Alles das führt zur Frage nach der Tragfähigkeit der kleinen Ko[alition] aus SPÖ und FPÖ – und nach dem inneren Zustand de[r] österreichischen Sozialisten. So lange Bruno Kreisky am Ballhausplatz regierte – wobei ihm all[er]dings die nun wohl für lange Ze[it] verlorene absolute Mehrheit seine[r] Partei zustatten kam –, konnte[n] viele Probleme und Reibungen, [ja] sogar menschliche Unzulänglichkeiten zugedeckt werden. Sinowa[tz] besitzt die magischen Fähigkeite[n] seines Vorgängers nicht. Dah[er] muß man sich heute bereits d[ie] Frage stellen, ob seine Regierun[g] bis zum Ende der Legislaturperi[o]de halten kann.



WIE WAR DAS?

Das Fanal für die Demokratie

Von EBERHARD NITSCHKE

Wenn US-Präsident Ronald Reagan im Mai bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Hambacher Schloß in der Pfalz zur deutschen Jugend sprechen wird, dann hat er als Plattform den Ort, von dem 1832 die erste deutsche Demokratie ihren Ausgang nahm. Ihr kurzes Leben endete unter anderem mit einer Massenauswanderung nach Amerika.

Am 27. Mai 1832 versammelte sich vor der Ruine der aus dem 11. Jahrhundert stammenden Burg oberhalb von Neustadt eine Volksmenge von angeblich 30 000 Personen, die unter der schwarz-rot-goldenen Fahne der Burschenschaft „Deutschlands Wiedergeburth" und das Ende der Fürstenherrschaft in damals 38 Einzelstaaten forderte. Nicht nur für den Fürsten Metternich, der nach dem Ende von Napoleons Herrschaft die alten Machtverhältnisse in Europa wiederhergestellt hatte, war das ein gigantischer Skandal, der in den folgenden Monaten gerichtlich verfolgt wurde. Die Nachwelt ist über die Prozesse gegen die Hauptangeklagten, an der Spitze Philipp Jakob Siebenpfeiffer, so gut unterrichtet, weil im Gerichtssaal erstmals ein Franz Xaver Gabelsberger die neue Kunst der Stenographie anwandte.

Daß gerade das Dorf Hambach und seine Burg, die übrigens der brandenburgische Markgraf Albrecht 1552 auf einem Raubzug zur Ruine gemacht hatte, zur Wiege der deutschen Demokratie wurde, lag am politischen Sonderstatus der Pfalz. Zwanzig Jahre lang hatte das linke Rheinufer zu Frankreich gehört, ehe mit dem Wiener Kongreß die Pfalz als Exklave dem Königreich Bayern zugeschlagen wurde. In „Rheinbaiern", wie es fortan hieß, galt nich nur die für damalige Zeiten außergewöhnlich liberale bayerische Verfassung, sondern es bestanden auch daneben noch viele unter dem Freiheitsbaum der Französischen Revolution erlassene Gesetze weiter. So sammelten sich hier, wo man sich freier bewegen und äußern konnte als anderswo in Deutschland, viele freiheitliche Geister.

Von ihnen kam auch ein Großteil der insgesamt 19 überlieferten Reden, die an jenem 27. Mai 1832 vor dem Hambacher Schloß gehalten wurden und deren Inhalt sich im Lande in der Kurzform des bei diesem „Hambacher Fest" gesungenen Liedes „Fürsten zum Thore hinaus" verbreitete.

Pressefreiheit und Vaterland hießen die Hauptforderungen von Hambach. Für die Veranstaltung, die auch erstmals die politische Betätigung von Frauen in den Vordergrund rückte, wurde mit dem Satz geworben: „Auf, ihr deutschen Männer und Jünglinge jedes Standes, welchen der heilige Funke des Vaterlandes und der Freiheit die Brust durchglüht, strömet herbei!"

Zum 150. Jahrestag des denkwürdigen Festes ließ das Land Rheinland-Pfalz das Schloß für acht Millionen Mark restaurieren, als „nationale Besinnungsstätte".



Anti-Atom-Protest als makabrer Klamauk: Enthüllung eines Pranger-Gedenksteins in Trebel FOTO: AP

Aus dem Protest gegen die Sache wird eine Jagd auf Personen

Der Protest der Atomkraft-Gegner wird immer mehr personalisiert. Geblasen wird zur Psycho-Treibjagd auf mißliebige Politiker, auf „noch lebende Personen".

Von DETLEV AHLERS

So stand im Programm: „Kantelberg, Bürgermeister von Gorleben: Ein typisches Beispiel, wie ein an sich biederer Landwirt von der Atom-Mafia ‚umgedreht' werden konnte. Eigentlich eine Hauptperson in der Tragikomödie: Biedermann und die Giftmischer."

Oder: „Hans Borchardt, Samtgemeindedirektor in Gartow: Er wäre ohne ständige Zuflüsse aus Schmiergeldern und Wohlverhaltensprämien schon längst zum Offenbarungseid seiner 'Kommunalpolitik' gezwungen. Besonders übel sind seine Äußerungen über die Anti-Atombewegung."

Oder: „Klaus Wojahn, Landwirt, CDU-Kommunalpolitiker: Ein besonders typisches Beispiel, wie Postenfängerei und Machtversuchung aus einem kritisch veranlagten Menschen, der 77/78 noch Atomkraftgegner war, einen Heimatverkäufer machen."

Drei Zitate aus dem Programm einer Rundfahrt, die die Atomkraftgegner im Landkreis Lüchow-Dannenberg am Sonntag mit zehn Bussen und etwa 500 Demonstranten machten. Die Fahrt führte vorbei an den Privathäusern dieser und anderer namentlich erwähnter Politiker und an einigen Firmen, die Geschäfte mit dem atomaren Lager machen. Die Politiker werden auf dem Umschlag der Broschüre „noch lebende Personen" genannt.

Psychologische Kampfführung könnte man diese Art von Rundfahrt nennen, die eine der Höhepunkte der „Aktionstage Wendland" waren, zu denen am Wochenende trotz eines Versammlungsverbotes etwa 1000 Demonstranten in den Landkreis des umstrittenen Zwischen- und Endlagers für radioaktiven Müll kamen.

Verteilt wurde die Broschüre bei Abfahrt der Busse von Mitgliedern der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), die seit Jahren mit Ideenreichtum, Verwaltungsgerichtsklagen und vielen gesetzestreuen Aktionen versucht, das Atomlager zu verhindern, in das in den nächsten Wochen die ersten abgebrannten Brennelemente des Kraftwerks Stade gebracht werden sollen.

Der erste psychologisch-kämpferische Teil der Aktionstage war am Samstag nachmittag die Enthüllung eines Steins im Garten der „Trebeler Bauernstuben". Maskiert als Gevatter Tod und Gespenster tanzten einige um den Stein, dessen Inschrift in der Art von Grabsteinen gehalten ist (siehe Foto). Der Klamauk hatte manchmal die Art einer Voodoo-Beschwörung mit norddeutschem Tonfall.

Es herrschte in den Bauernstuben, die logistisches Zentrum und Treffpunkt der Demonstranten waren, eine durchaus heimelige Atmosphäre: Die Bürgerinitiative kochte Kartoffel- und Mohrrübensuppe in Bottichen und schmierte Vollkornbrote mit Margarine und Wurst für die Angereisten, von denen viele auch im Festsaal ihre Schlafsäcke ausrollten. Es war ein großes Treffen; man kannte sich von den vielen vorhergegangenen Gorleben-Kundgebungen, Kinder spielten, Musikgruppen traten auf, es floß viel Bier. Hier versammelten sich Bauersleute, Revoluzzer und einige Punks.

Die Klammer, die alle umfaßte, war das gemeinsame Feindbild. Zur Durchsetzung ihres Zieles – Verhinderung des atomaren Lagers – ist der Bürgerinitiative, da alle legalen Wege inzwischen nicht mehr weiterführen, fast jedes Bündnis recht. Feinde sind andersdenkende Politiker und die Polizei.

Bündnispartner der BI sind unter anderem das als militant einzuschätzende „Göttinger Aktionskomitee gegen Atomkraft" und andere Gruppen aus Bremen, Hannover und Hamburg. Die Göttinger versammelten sich in der Nacht zum Sonntag in einem Lokal in Platenlaase. Dort beschlagnahmte die Polizei bei einer Razzia Flugblätter mit den Privatadressen von Polizisten, die bei den Brokdorf-Demonstrationen eingesetzt waren. Die Flugblätter riefen dazu auf, sie zu „besuchen", sich an ihren Autos „zu schaffen zu machen", ihre Häuser zu besprühen: „Ihr habt die Möglichkeit, die Schweine direkt zu kriegen."

Hans Kempmann, Sprecher der Bürgerinitiative, meinte dazu gegenüber der WELT, die Adressen, wie auch die von der BI veröffentlichten, seien jedermann in den Telefonbüchern frei zugänglich. Er hält die Handlungsweise der BI für gerechtfertigt, weil auch die Polizei „plötzlich nachts auf meinem Hof erscheint und Autonummern notiert". In Kempmanns Ausführungen erscheint das Bündnis mit jenen, die Barrikaden bauen, Gleis-Muttern lösen, Telefonmasten absägen und Schienen mit Schnellbinde-Beton verkleistern, als gleichwertiges Gegengewicht gegen die „Polizei-Atomlobby".

Zwar gebe es – dies ist auch die Argumentation der niedersächsischen Grünen – „unterschiedliche Methoden des Widerstands", doch man lasse sich nicht durch eine „Kriminalisierungswelle auseinanderdividieren". So schrieb die linke Szene-Zeitung „taz" gestern über die „Aktionstage im Wendland", die Übergänge zwischen friedlichem und militantem Protest seien hier, im Gegensatz etwa zur Friedensbewegung, fließend.

Auf einem Tisch voller Flugblätter in den „Trebeler Bauernstuben" lag bereits ein Programmentwurf für das nächste Ziel der reisenden Protestler: der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn.

Der schlaue Oskar sagt wir, wenn er ich meint

Als Gastautor der WELT macht sich der ehemalige Bundestagsabgeordnete Professor Ulrich Lohmar Gedanken über seinen Parteifreund, den SPD-Politiker und Spitzenkandidaten seiner Partei im Saarland, Oskar Lafontaine.

Von ULRICH LOHMAR

Oskar Lafontaine will nicht nur saarländischer Ministerpräsident werden, sondern offenbar auch einer der nächsten Führer der deutschen Sozialdemokraten. Da er von Politik etwas versteht, sagt er das nicht, aber er verhält sich so. Unter den Söhnen und Enkeln Willy Brandts ist er nicht der einzige, der sich berufen fühlt, aber keiner hat bislang seine politischen Ansichten und die Aussichten der SPD in seiner Perspektive so klar auszudrücken vermocht wie er. Es lohnt sich also, die beiden Essays nachzulesen, die er dem „Spiegel" anvertraut hat – für seine Freunde und für seine Gegner. Wer sich wie Oskar Lafontaine anschickt, der Million deutscher Sozialdemokraten ein Handlungskonzept für die weitere Zukunft vorzuschlagen, muß allerdings darauf gefaßt sein, daß man seine Sprache etwas genauer betrachtet.

Man kann mit ihm darin einig sein, daß jede Erneuerung der Politik in den Köpfen der Menschen beginnen und dort Wurzeln schlagen muß. Und da er seinen eigenen Kopf dazu benutzt hat, wäre es schön gewesen, das auch so zu sagen. Die eigene Vorstellung von der Zukunft zu entwickeln, genügt dem ungestümen Denker aber offenbar nicht. Er verwendet leider das Wort „wir", wenn er seine realen Utopien entfaltet. Damit suggeriert er uns, daß wir eigentlich alle so denken wie er, oder doch wenigstens so denken sollten, wenn wir unsere Tassen im Schrank haben.

Diesen Umschlag des „Ich" in das „Wir" finde ich eigentlich ein wenig anmaßend: Entweder sind Argumente dazu angetan, auch andere zu überzeugen, dann braucht man sie nicht in die „Wir"-Form zu setzen; oder sie schlagen bei den nachdenklichen Mitbürgern nicht durch, dann ist das „Wir" eine hohle Behauptung. Es trotzdem zu benutzen, ist der Trick Nummer eins aller Demagogen seit altersher.

Genauso verfährt der Oberbürgermeister der schönen Stadt Saarbrükken mit anderen Worten: Er spricht nicht von diesen oder jenen Menschen, solchen und anderen Jugendlichen, unterschiedlichen Formen der Arbeitswelt oder von der vielschichtigen Arbeitslosigkeit, sondern klebt diesen in sich vielgestaltigen Tatbeständen jeweils ein ganz simples Etikett auf: d i e Jugend, d e r Mensch, d i e Arbeitswelt, d i e Massenarbeitslosigkeit. Der Gebrauch des „Wir" setzt sich also fort, um in den angesprochenen Gruppen ein kollektives Empfinden zu erzeugen: Ja, so ist es mit uns allen, es kann gar nicht anders sein.

Dem schlauen Oskar entgeht dabei, daß seine oft plausiblen sachlichen Argumente für eine neue Politik auf diese Weise unscharf werden, weil er sie nicht als ein Denkangebot an einzelne Menschen richtet, sondern an Kollektive, von denen er dann ein im ganzen zustimmendes Votum zu seiner Strategie erwartet. Die alte Überzeugung, die in den drei Buchstaben SPD ausgedrückt wird – selbständig politisch denken – geht dabei vor die Hunde.

Das sprachliche Pendant des „Wir" ist das andere Lieblingswort Oskars: „gesamt". Er verwendet es von vermeintlich „gesamtgeschichtlichen" Zusammenhängen bis zu „gesamtgesellschaftlichen" Forderungen. Philosophische Überzeugungen wie die von Helmut Schmidt oder Karl Popper lehnt er deshalb auch entschieden ab – sie greifen ihm zu kurz, eben nicht „gesamt".

In Wirklichkeit ist die Flucht Lafontaines in das „Gesamte" ein Ausweichen in eine Art Sprachmystik: Da wir in einer arbeitsteiligen Gesellschaft des Wissens und Könnens leben, in der niemand mehr in der Lage ist, alles vorhandene Wissen und alle Fertigkeiten auch nur zu überschauen, geschweige denn zu handhaben, ist der Rückgriff auf das „Gesamte" ein Ersatz totalen Wissens durch Glauben. Der flinke Oskar tut hier den Schritt von einer arbeitsteiligen, im Ansatz ihres Selbstverständnisses rationalen Gesellschaft in eine von ideologischen Formeln geprägte Art des Zusammenlebens. Denn das Wort „gesamt" ist eine Leerformel, die inhaltlich nicht m e h r als die Teile arbeitsteiligen Wissens und Könnens ausdrückt, sondern w e n i g e r.

Man kann auf diese Weise zwar den eigenen Argumentationshaushalt harmonisieren, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die arbeitsteilige Art zu leben eine Existenzbedingung für ein menschenwürdiges Dasein von uns allen ist.

Der Sozialingenieur Oskar Lafontaine kommt denn auch immer dann ins Schwimmen, wenn er dazu ansetzt, neue „Utopien" konkret zu skizzieren: Mehr als Schlagworte treten dabei nicht zutage: „Umverteilung innerhalb des Staatshaushalts", „Vermeidung von organisatorischer Mehrgleisigkeit und Kompetenzstreitigkeiten", „Angemessenheit von Hilfen und Bedürftigkeit".

Ich bin mit Lafontaine einer Meinung, daß wir alle, aber im Kern jeder für sich, nach Wegen Ausschau halten müssen, die uns mehr Selbstverwirklichung und ein erfülltes Leben erlauben. Den Inhalt dieses Lebens aber kann keine Partei definieren oder gar ihren Mitgliedern und Wählern verordnen. Genau das war der Grund, weshlab die SPD in ihrem beinahe dreißig Jahre zurückliegenden Godesberger Programm nicht für die Gleichheit aller, sondern für die Chancengleichheit eines jeden plädiert hat. Gleichheit will die Einebnung der Resultate von Leben, Chancengleichheit öffnet den Weg zum Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Lebensmustern. Das ist ein fundamentaler Unterschied. Ich fürchte, Oskar Lafontaine ist dabei, sich mit seiner „gesamten" Person auf die eintönige Prachtstraße der Gleichheit zu begeben. Dabei könnte ich ihm nicht folgen.

So ist es nicht verwunderlich, wenn er die politischen Taten auch seiner sozialdemokratischen Altvorderen ein wenig barsch abtut. Das Godesberger Programm, befindet er, sei so etwas wie eine zeitbedingte Antwort auf die Probleme von damals gewesen, und nach dem Wirtschaftswunder hätten wir damals erlebt, daß „eine satte Wohlstandsmentalität allenthalben vorgeherrscht habe". Was hat der Knirps jener Jahre eigentlich für eine Vorstellung davon, welche Mühen die Sozialdemokraten der Nachkriegszeit aufgewendet haben, um ein zerstörtes Land wieder aufzubauen, mit anderen zusammen, aber auch zu ihrem Teil? Was weiß er denn über die Hoffnungen, Ziele und Motive der fünfziger Jahre, als die SPD sich aufmachte, diesen Staat auch einmal politisch führen zu können?

Man könnte versucht sein, dies die Arroganz der Vierzigjährigen zu nennen. Doch da diese Generation genauso unterschiedlich empfindet und denkt wie die Menschen vor ihnen es getan haben, begegnen wir in solchen Platitüden vor allem der Überheblichkeit des Oskar Lafontaine. Er neidet den Grünen, daß sie bei sich und für sich eine Heimat in einer neuen politischen Kultur gefunden hätten. Ich kann diesem Bedauern nicht folgen, denn die Grünen überfrachten ihre sachlichen Überlegungen permanent mit einem Maß von Emotionen, die sie bald in die totale persönliche Frustration treiben werden.



Oskar Lafontaine: Ein Politiker, der sich hohe Ziele gesteckt hat
FOTO: FERDI HARTUNG

Nein, Heimat kann der Mensch nicht in einer politischen Partei finden. Parteien verfolgen reale Ziele, meinetwegen auch reale Utopien, sie verbinden Menschen mit gemeinsamen Überzeugungen und Interessen. Heimat kann man nur in persönlichen Lebensbereichen finden. Wer diesen Anspruch über die Ufer des Privaten treten läßt, zerstört nicht nur die Chancen einer rationalen Politik, sondern auch die Gehäuse ganz einfachen menschlichen Zusammenlebens.

„Ein Eingriff in die Rundfunkfreiheit“

Professor Ossenbühl zum Vorschaltgesetz für den WDR

MANFRED SCHELL, Bonn

Teile des von der SPD-Mehrheit im Düsseldorfer Landtag beschlossenen Vorschaltgesetzes für den Westdeutschen Rundfunk (WDR) sind nach einem Gutachten von Professor Fritz Ossenbühl verfassungswidrig. Nach Informationen der WELT hat Ossenbühl, Direktor des Instituts für öffentliches Recht an der Universität Bonn, dieses Ergebnis in einer gutachtlichen Stellungnahme für den WDR-Verwaltungsrat zusammengefasst und begründet. Im einzelnen kommt Ossenbühl darin zu folgendem Ergebnis:

„Paragraph 4 des beschlossenen WDR-Vorschaltgesetzes stellt unzweifelhaft einen Eingriff in die als Bestandteil der Programmfreiheit und damit auch der grundrechtlich geschützten Rundfunkfreiheit bestehende Personalfreiheit des WDR dar. Für diesen Eingriff läßt sich den Materialien des Gesetzgebungsverfahrens kein sachlicher rechtfertigender Grund anführen. Die zeitlich begrenzte Besetzungssperre für Direktoren ist weder durch die Notwendigkeit der Sicherung der Funktionsfähigkeit des WDR noch durch den Gedanken eines Legitimationszuwachses durch die neu vorgesehenen Rundfunkorgane zu rechtfertigen. Diese Vorschrift ist demzufolge wegen Unvereinbarkeit mit der Rundfunkfreiheiot gem. Art. 5 Abs.1 Satz 2 Grundgesetz verfassungswidrig“.

„Genau besehen“, so urteilt Professor Ossenbühl in seinem Gutachten, „ist das gesamte Vorschaltgesetz - von Paragraph 1 abgesehen - aber weder notwendig noch geeignet, der Funktionsfähigkeit des WDR zu dienen“. Die Vorschrift des Artikels 4 führe nicht zur Bewahrung der Funktionsfähigkeit des WDR, „sondern stellt durch die Beschränkung der Personalfreiheit gerade diese Funktionsfähigkeit in Frage“. Die Regelungen für den Verwaltungsrat und den Programmbeirat „sind unter dem Gesichtspunkt der Bewahrung der Funktionsfähigkeit nicht nur unnötig, sondern eher schädlich, weil sie nach Ablauf der dort vorgesehenen Endtermine ein Organvakuum erzeugen, falöls sich bis dahin die vorgesehenen neuen Organe des WDR noch nicht konstituiert haben sollten“.

Die verfassungsrechtlichen Bedenken hierzu hat Ossenbühl so formuliert: „Die Paragraphen 2 und 3 des WDR-Vorschaltgesetzes *statuieren* eine Verkürzung der Amtszeiten des derzeitigen Verwaltungsrates und des Programmbeirates. Durch die terminlich fixierten Beendigungen der Amtszeiten ohne Gewißheit, daß zu diesen Zeitpunkten arbeitsfähige neue Organe zur Verfügung stehen, verstoßen auch diese Regelungen *gegen die Rundfunkfreiheit*, weil sie ohne Grund eine Gefährdung der Funktionsfähigkeit des WDR bedeuten. Diese Gefährdung kann nur durch eine sachliche Verquickung mit dem WDR-Gesetz beseitigt werden, kraft deren ein nahtloser Übergang der Funktionen der derzeitigen Organe auf die neuen Organe gewährleistet ist“.

Der Gedanke eines „Legitimationszuwachses“ hinsichtlich neuer Gremien könne nicht als Rechtfertigung dafür dienen, die „Personalfreiheit des WDR zeitlich begrenzt einzufrieren“. Ein solches Verhalten des Gesetzgebers sei schon deshalb *widersprüchlich, weil es einerseits zugelassen* habe, daß Intendant Nowottny noch am 22. Januar 1985 vom derzeitigen Verwaltungsrat gewählt worden ist, es aber „nunmehr im Interesse eines Legitimationszuwachses verhindern will, daß Ähnliches mit dem Fernsehprogrammdirektor einige Monate später geschieht. Damit dürfte schon nach dem zeitlichen Ablauf nahe liegen, daß andere Motive als die eines Legitimationszuwachses eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben“, betont Ossenbühl.

Zu denken sei auch an eine „Verletzung des Rechtsstaatsprinzips“, das den Gesetzgeber binde. „Es begrenzt die Ausübung der legislativen Gestaltungsfreiheit in dem Sinne, daß Überschreitungen und Mißbrauch der legislativen Gestaltungsfreiheit als verfassungswidrig zu qualifizieren sind“. Ossenbühl: „Denkbar ist nach dem vorhandenen Tatsachenmaterial der Schluß, daß der Landesgesetzgeber *seine gesetzgeberische Gestaltungs*freiheit mißbraucht hat. Dieser Mißbrauch kann sich darin manifestieren, daß das in Rede stehende Gesetz kein Vorschalt-Gesetz, sondern bei genauerem Hinsehen ein Vorwand-Gesetz darstellt“. Als „Vorwand“ werde im Verwaltungsrecht „jener Fall bezeichnet, in welchem die Verwaltung ihre wahren Motive hinter anderen verbirgt. Also die eigentlichen Beweggründe nicht nennt, sondern andere Gründe angibt“, schreibt Ossenbühl. Bei dem Geschehensablauf liege es nahe, das „WDR-Vorschaltgesetz *als ein Handschellenge*setz für einen von der Landtagsmehrheit nicht gewollten Intendanten zu verstehen ...“

Aussicht auf absolute CDU-Mehrheit bringt Berliner FDP in Bedrängnis

Beiträge von Senatoren für Regierungserklärung gehen schon von Alleinregierung aus

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Knapp zwei Wochen vor dem Wahlgang an der Spree am 10. März lautet die Frage nur noch: Schafft die CDU die absolute Mehrheit? Eine Umfrage von Ende *Januar (s. Seite 1) und im* Rathaus Schöneberg kursierende noch jüngere Berechnungen aus der vergangenen Woche signalisieren schwere Zeiten für die FDP. CDU-Chef Eberhard Diepgen versuchte gestern, drei führenden Berliner Unter*nehmern, die sich für die Liberalen* engagiert haben, angesichts der möglichen Entwicklung ihre bisherige Wahlhilfe für die FDP auszureden.

Diepgen traf mit dem Fabrikanten Dr. Peter Herlitz (Herlitz AG), dem Unternehmer Donald Herbst und Pe*ter Lorenz (Thyssen AG, Berlin)* zusammen. Die drei Manager riefen zum Jahresbeginn die erfolgreiche, der CDU abträgliche Wählerinitiative *„Bürger für Berlin“ ins Leben.* Von ursprünglich 200 Gründungsmitgliedern wuchs die Gruppe auf jetzt 5000 Mitglieder, die sich für eine Weiterarbeit des CDU/FDP-Senats unter Eberhard Diepgen einsetzen. In der bisher sicheren Annahme, daß die Union es „allein nicht schafft“, werben sie in Anzeigen für die FDP.

Die Aktion war bisher außerordentlich erfolgreich und zeigte vor allem in der CDU-Spitze erkennbare, in Nervosität umschlagende Wirkung. Im CDU-Blatt „Berliner Rundschau“ hieß es dazu, der „ganz plötzlich aufgekommene Pessimismus“, *es könne nach dem 10. März für die* Union doch nicht reichen, sei durch eine „stark einsetzende Mundkampagne“ veranlaßt. Sie laufe darauf hinaus, die Zweitstimme der FDP zu geben.

Die Union aber setzt weiterhin oh*ne Rücksicht auf die FDP darauf,* sämtliche bürgerlichen Stimmen auf sich zu ziehen. Im jüngsten CDU-Wahlkampfblatt vom 22. Februar heißt es sogar sehr vergröbernd: „Wer glaubt, seine Zweitstimme an eine andere Partei (außer der CDU, d. Red.) geben zu können, gefährdet den bisherigen Aufwärtstrend in unserer Stadt.“

Inzwischen gibt es weitere Indizien für die innere Vorbereitung der Union auf eine absolute Mehrheit: So befindet sich nach Informationen der WELT beispielsweise im Material für die am 25. April von Eberhard Diepgen – auch als Chef eines Minderheitssenats – beabsichtigte Regierungserklärung ein Passus aus der Feder von Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien, der ausdrücklich bestimmt „Für den Fall der absoluten Mehrheit gilt folgendes“. Hier werden weitergehende bildungspolitische Ziele formuliert als in ihrem Text für den Fall der Fortsetzung der bisherigen Koalition stehen.

Aufgrund dieser Entwicklung stellt die FDP möglicherweise ihren Wahlkampf noch auf eine Abwehr der drohenden absoluten CDU-Mehrheit um: Laut SFB-Umfrage halten noch immer 39 Prozent eine solche Pro-CDU-Entwicklung für „wenig oder gar *nicht* wahrscheinlich“. Im November 1984 lag dieser Anteil jedoch noch bei 49 Prozent, sinkt also erkennbar.

Die Parteien richten sich darauf ein, vielleicht noch in den letzten Tagen vor der Wahl Boden gutzumachen: Denn die Berliner sind beeinflußbar – zwei Drittel von ihnen votieren, laut Umfrage, für die Partei, die ihnen aktuell als „besonders geeignet“ erscheint.

Für die FDP gingen schon gestern Martin Bangemann und Vorgänger Hans-Dietrich Genscher ins Gefecht. Am Donnerstag treten Willy Brandt und Johannes Rau am ehemals „roten“ Wedding auf. Bundeskanzler Helmut Kohl und der gesamte CDU-Bundesvorstand tagen am nächsten Montag in Berlin. Sämtliche Spitzenpolitiker der Union schwärmen dabei zu Wahlkampfeinsätzen aus.

„Bewohner der DDR freier reisen lassen“

Appell von Bundespräsident Weizsäcker an Ost-Berlin

hrk. Berlin

Bundespräsident Richard von Weizsäcker appellierte am Wochenende in einer erstmals mit ihm veranstalteten Telefonaktion des Norddeutschen Rundfunks an die „Autoritäten in der DDR, ihre Menschen doch freier reisen zu lassen“. In einem solchen Falle „kämen sie ja auch eher wieder, und dann bedürfte es weniger der Mauern und anderer Hindernisgründe“.

Der Politiker sprach sich zugleich dagegen aus, von westlicher Seite aus jemanden „in der DDR quasi mit geistiger Gewalt davon abzuhalten, den Weg zu uns zu suchen“. In seiner Antwort auf eine besorgte Anfrage, ob der Westen nicht vor allem junge Menschen drüben gleichsam „verführe“, die „DDR“ zu verlassen, sagte der Bundespräsident ferner: „Ich finde Ihre Mahnung natürlich richtig, dort, wo sie *notwendig* sein sollte, daß man nicht eine Art von Werbung gegenüber Menschen führt, bei denen man dann im einzelnen gar nicht weiß, welche Voraussetzungen sie mitbringen, um dann auch in der Freiheit ihren Weg zu finden.“

Er habe „ungezählte Gespräche“ über das Ausreisethema bei Besuchen drüben geführt. Von Weizsäcker bezog sich dabei auf private Reisen während seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister und danach bis zu seinem Amtsantritt als Bundespräsident.

Der Präsident gab in der Sendung ein anschauliches Beispiel: „Ich habe in Ost-Berlin einen jungen Mann getroffen, der eine sehr gute Stellung hatte – einen Koch. Es gehe ihm gut, was seinen Beruf betreffe, sagte er. Aber er fügte hinzu, er möchte nicht gerne ein Leben lang in einem Land bleiben, das es ihm *immer verbietet*, irgendwann mal in seinem Leben Italien kennenzulernen ...“

Im Zusammenhang mit Fragen zum innerdeutschen Verhältnis sprach sich der Bundespräsident für mehr kulturellen Austausch aus – unabhängig von dem in Arbeit befindlichen Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin. Wörtlich sagte von Weizsäcker dabei: „Es ist jedoch unbedingt notwendig, auch bei Chören, weniger bekannten Ensembles und Laienmusikern zu einem Austausch und zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Das halte ich für etwas, das, bei allen ideologischen Gegensätzen, niemandem als gefährlich erscheinen kann, wohl aber für etwas, was den Menschen in einer sehr menschlichen Weise entgegenkommt.“

Bangemann und die „zwei Lager“

Die These des neuen FDP-Bundesvorsitzenden stößt in der Partei auf Bedenken

THOMAS KIELINGER, Bonn

Im Vorfeld und am Rande des Saarbrücker FDP-Parteitages spielte sich eine aufschlußreiche Debatte um einen politischen Begriff ab, den der neue FDP-Vorsitzende Martin Bangemann seit längerem verwendet, der aber bei vielen seiner Parteifreunde auf zunehmende Bedenken stößt: das Wort von den politischen „zwei Lagern“ in der Bundesrepublik.

Der Begriff der „zwei Lager“ ent*stammt ideologiehistorisch dem* kommunistischen Sprachgebrauch; er wurde endgültig nach dem Zweiten Weltkrieg als Abgrenzungsvokabel zwischen dem „kapitalistischen“ und dem „sozialistischen“ Lager von Moskau in Umlauf gebracht.

Bangemann hatte zum ersten Mal in einem WELT-Gespräch im Juni 1984 den Begriff der „zwei Lager“ auf die heutige Situation in der Bundesrepublik angewendet. In seiner Rede auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen, am 6. 1. 85, vertiefte er diesen interpretatorischen Ansatz noch. In seinem neuen Buch, „Kurs '87“ (Seewald-Verlag), das rechtzeitig auf dem Saarbrücker Parteitag auslag, schreibt er dazu: „Die neue SPD, unsicher und anfällig geworden, in Klassenkampf-Attitüden zurückgefallen und von grünen Weltverbesserungsideen infiziert, hat solche Gemeinsamkeiten aufgegeben. So gibt es auf absehbare Zeit das hergebrachte Parteienspektrum, angereichert durch Grüne, in der Bundesrepublik nicht mehr. An seine Stelle sind zwei politische Lager ... getreten. Die Unionsparteien und die FDP auf der einen, denen Sozialdemokraten und *Grüne gegenüberstehen.*“

In der FDP regt sich deshalb Kritik an dieser Art der Darstellung, weil die Partei fürchtet, auf diese Weise allzu unverrückbar in ihrer zukünftigen Koalitionsfreiheit eingeengt zu werden. Die „zwei Lager“ könnten, so wurde in Saarbrücken argumentiert, aus der gegenwärtigen Koalition doch wieder ein „historisches Bündnis“ machen. Im Übrigen sei „Lager“ kein besonders sympathischer Begriff. Andere schlossen sich den Gedanken Ralf Dahrendorfs an, die dieser in der „Zeit“ vom 22. 2. vorgetragen hatte: Daß es in der Bundesrepublik weiterhin eine „gemäßigte, vernünftige Mitte“ gäbe, darüber hinaus „alte wie neue Kräfte auf beiden Seiten des politischen Spektrums“. Auf der FDP-Vorstandssitzung vom Freitag wurde besorgt gefragt, ob die „Zwei-Lager“-Theorie nicht eine unnötig scharfe Polarisierung herbeirede; damit befördere man nur eine „self-fulfilling prophecy“. Die SPD dürfe nicht vollends als „vernunftun*fähig*“ ausgegrenzt werden.

Bangemann selber, von dieser Zeitung befragt, meinte, er wolle keinen Streit um Worte entfachen. Er beschreibe nur eine Konstellation, wie sie heute bestünde. Davon werde er nicht abrücken. In seiner Abschlußrede auf dem Saarbrücker Parteitag verwendete der FDP-Vorsitzende das Wort von den „zwei Lagern“ nicht mehr.

Rau wirbt an der Saar für den Genossen Oskar

GEORG BAUER, Dillingen

Der Saal ist gut besetzt. Die örtliche SPD aus Heiligenwald im Saarland mag sich zwar mehr versprochen haben, zumal ihr Lokalmatador Friedel Läpple heißt, immerhin Fraktionschef der Sozialdemokraten im Saarbrücker *Landtag. Doch im gro*ßen und ganzen nimmt sich die Zahl der Besucher für einen Samstagnachmittag, den die Saarländer normalerweise dem *Auto*, der *Familie* oder dem Fußball widmen, zufriedenstellend aus. Auf den langen, mit Papierdecken überzogenen Tischen stehen Kaffee und Kuchen. Das Publikum, durchweg Ältere, die das Pensionsalter noch nicht ganz oder schon erreicht haben, soll sich wohlfühlen. Wahlkampf als Kaffeeklatsch mit Sprecheinlagen.

Beifall kommt auf, als der Redner, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau, eskortiert von der örtlichen Parteiprominenz, den Saal betritt. In kurzen, knappen Sätzen, die die Bedeutung der Entscheidung am 10. März für den Bund unterstreichen, erklärt er, wie es um die SPD im Bundesrat und die Chancen auf Durchsetzung sozialdemokratischer Politik bestellt ist. Wo sein Vorredner, der designierte SPD-Wirtschaftsminister Reinhard Überhorst, komplizierte Rechnungen mit drei, vier und fünf Stimmen pro Land den Zuhörern professoral zu erläutern versucht, sagt Rau ganz einfach: „Hans Koschnick, Klaus von Dohnanyi, Holger Börner und ich, wir können machen, was wir wollen. Es geht immer 7:4 aus.“

Der Oskar, gemeint ist der SPD-Spitzenkandidat Lafontaine, müsse daher den zur Zeit regierenden Ministerpräsidenten Werner Zeyer ablösen, denn dann stiegen die Möglichkeiten, soziale Politik zu machen. Sozial – auf diesem Stichwort, das Stimmungen, Emotionen so leicht beflügelt und anregt wie eine gute Flasche Wein das Wohlbefinden, reitet der Landesvater von Rhein und Ruhr herum. Von einem Kahlschlag der Bundesregierung ist die Rede, vom *Verteilen der Lasten zur Sanierung* des Staates auf den Schultern der Schwachen und von einem Aufschwung, der die Arbeitslosigkeit nicht senkt, und „uns daher gestohlen bleiben kann“.

Hart formuliert Rau: „Dieser Regierung ist soziale Gerechtigkeit ein Fremdwort.“ Selbstverständlich fällt kein Satz über die zur Zeit der SPD/FDP-Koalition geleerten Kassen und auch kein Satz über die Maßnahmen, die von einer SPD-Regierung getroffen werden müßten. Statt dessen heißt es: „Der Oskar hat ein klares Bild für die Probleme des Saarlandes.“

Aber was ist klar? Lafontaine, *läßt* der nordrhein-westfälische Ministerpräsident außerhalb der Versammlung wissen, müsse als Ministerpräsident des mit Bremen höchstverschuldeten Bundeslandes und angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Saarlandes mit seiner Monostruktur Kohle und Stahl eine sehr realistische Wirtschaftspolitik betreiben. Heißt das: Lafontaine träume zur *Zeit? Er müsse Abschied nehmen* von seinem für die SPD formulierten Ziel eines ökologischen Godesbergs und hinfinden zu einem ökonomisch-ökologischen Godesberg? Rau sieht es wohl so. Mit Blick auf die umweltpolitischen Fragen predigt er, die großen Fragen unserer Zeit müßten nicht von den kleinen, sondern den großen Parteien gelöst werden. Und die SPD werde an den Antworten auf diese Fragen gemessen. Im übrigen seien die Grünen, die ihren Zenit an Stimmenanteilen bei Wahlen bereits überschritten hätten, überflüssig *wie ein* Kropf.

In den außenpolitischen Vorstellungen seines Parteifreundes Lafontaine sieht Rau keine Gefahr. Er sei *in* erster Linie Kommunalpolitiker, der sich als Ministerpräsident an der normativen Kraft des Gegebenen reiben *und sie akzeptieren müsse.*

Doch so ganz sicher scheint sich Rau nicht zu sein. Während er auf der einen Veranstaltung von dem beruhigenden Gefühl sprach, das die Bürger der Bundesrepublik Deutschland hatten, als sie auf internationalen Konferenzen vom *früheren* Bundeskanzler Schmidt vertreten wurden, fügte er auf einer anderen Veranstaltung, an der auch Lafontaine teilnahm, den Namen Willy Brandt hinzu. Wußte der Gast aus Düsseldorf von den Ressentiments Lafontaines gegenüber dem Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses, Helmut Schmidt?

Auch Beamte brauchen Attest

dpa, Koblenz

Ein Beamter muß auch bei einer nur einen Tag bis drei Tage dauernden Erkrankung der Aufforderung seines Dienstvorgesetzten grundsätzlich nachkommen, ein ärztliches Attest vorzulegen. Dies entschied das Koblenzer Oberverwaltungsgericht (OVG, Akz.: 2 A 104/84) in einem ge*stern veröffentlichten Urteil in zwei*ter Instanz. Der Dienstherr habe nach geltendem Recht einen Anspruch auf die Dienstleistung des Beamten. Da eine Erkrankung „diesen Anspruch rechtlich gesehen vorübergehend aber vernichtet, muß ein Staatsdiener die Voraussetzungen für diese ihn letztlich begünstigende Rechtsfolge auf Verlangen auch selbst beweisen“, urteilten die Richter.

Mit dieser für das geltende Beamtenrecht grundsätzlichen Entscheidung wies das Gericht die Klage einer Studienrätin gegen die Bezirksregie*rung Rheinhessen-Pfalz in Neustra*ße/Weinstraße ab. Das OVG entschied, daß der Dienstvorgesetzte bei berechtigten Zweifeln ein Attest selbst dann verlangen könne, wenn er bisher stets darauf verzichtet habe.

„Sauberer Diesel“: Keine Kfz-Steuer

rtr, Stuttgart

Käufer von schadstoffarmen Dieselfahrzeugen brauchen in Baden-Württemberg von sofort an keine Kraftfahrzeugsteuer mehr zu bezahlen. *Mit einem gestern veröffentlich*ten Erlaß dehnte das Landesinnenministerium die bisher für schadstoffarme Fahrzeuge mit Ottomotor geltende Regelung auf schadstoffarme Dieselfahrzeuge aus.

Damit greift Baden-Württemberg einer *voraussichtlich im Frühjahr* 1985 in Kraft tretenden bundesweiten Regelung vor. Innenminister Dietmar Schlee erklärte, das Land wolle mit der vorläufigen Steuerbefreiung einen Anreiz für den Kauf schadstoffarmer Fahrzeuge schaffen.

Die Regelung, die eine Steuerersparnis von bis zu 1500 Mark bringt, beziehe sich nur auf neu zuzulassende schadstoffarme Diesel-Pkw. *Steuererstattungen für bereits* zugelassene Fahrzeuge seien erst nach Inkrafttreten der Bundesregelung möglich. Erforderlich ist die Einhaltung der US-Emissionsgrenzwerte von 1983.

Neuralgische Punkte in der Koalition

kie., Bonn

Nach ihrem Parteitag in Saarbrükken geht die FDP mit gestärkter Geschlossenheit in die kommende Wahlsaison, aber auch mit neuem Selbstbewußtsein in die weitere Arbeit innerhalb der Koalition. Doch erst die kommenden Wochen werden zeigen, wieweit die FDP als kleinerer Koalitionspartner ihren thematischen Dissens mit der Union zu akzentuieren gedenkt. Die möglicherweise strittigen Punkte in der Koali*tion berühren die folgenden* Bereiche:

1. Demonstrationsstrafrecht. Der sogenannte „Berliner Kompromiß“ der Innen- und Rechtsexperten der Koalitionsfraktion darf nach Beschluß des FDP-Parteitages von Saarbrükken nicht angetastet werden. Zentraler Punkt: Vermumung bei Demonstrationen soll nur als Ordnungswidrigkeit, nicht als Straftatbestand, ge*ahndet werden. Der Dissens inner*halb der Fraktion ist so groß, daß möglicherweise auf der Ebene der Parteivorsitzenden eine Einigung gesucht werden müßte.

2. Ausländer- und Asylrecht. Die FDP wird sich dagegen sträuben, in diesen Gesetzbereichen von der gegenwärtigen Regelung abzurücken. Die Union fordert besonders beim Asylrecht eine Novellierung, da die Zahl der Asylsuchenden zuletzt wieder sprunghaft gestiegen ist. Beim Ausländerrecht war Innenminister Zimmermann gegenüber der FDP beispielsweise nicht mit seinem Vorschlag durchgekommen, das Nachzugsalter für Familienangehörige auf bis zu 6 Jahre zu begrenzen.

3. Erziehungsgeld. Die FDP unterstützt den Referentenentwurf aus dem Familienministerium, der ein Erziehungsgeld von 600 DM für das erste Jahr nach der Geburt in Aussicht stellt, hat aber gegenüber der einjährigen Arbeitsplatzgarantie Bedenken. Der Parteitag befand, daß mit einer solchen Garantie neue Beschäftigungsbarrieren für arbeitslose Frauen geschaffen würden.

4. Ehescheidungsfolgenrecht. Da die FDP die alte Gesetzgebung mitgetragen hat, schließt sie sich nur ungern dem jetzigen Regierungsentwurf an. Strittig sind besonders die Regelung bei Härtefällen und die Neuverwendung des Begriffs der Verschuldung.

5. Umwelt. Die FDP erhebt die Forderung, dem Umweltschutz Verfassungsrang zu geben. Gegen diesen Plan gibt es einen eindeutigen Beschluß der CDU.

6. Zivildienst. Der Saarbrücker Parteitag beschloß, das der Zivildienst nicht entsprechend dem Wehrdienst verlängert werden dürfe. Mit dieser *Frage* befaßt sich heute auch die FDP-Fraktion.

7. Datenschutz. Jedem Versuch, den Datenschutz, etwa aus Gründen verbesserter Fahndungsmöglichkeiten, aufzuweichen, wird sich die FDP mit aller Macht widersetzen.

8. Renten. Der kürzlich ausgehandelte Kompromiß – Betragserhöhung um 0,2 Prozent – wurde zwar in Saarbrücken abgesegnet, aber nur *mit Graf Lambsdorffs knirschenden* Zähnen. Weitere Rentensanierungsversuche in Richtung späterer Beitragerhöhungen wird die FDP nicht mittragen wollen.

KPI sucht Konfrontation eher denn Ausgleich

Natta beansprucht bei Wahlerfolg Posten des Premiers

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Italiens Kommunisten haben für die am 12. Mai fälligen regionalen, provinzialen und kommunalen Wahlen ihr Ziel aufgezeigt. Sie suchen die Bestätigung des Ergebnisses der Europa-Wahlen vom vergangenen Jahr, bei denen es ihnen zum ersten Mal gelungen war, die Democrazia Cristiana als stärkste Einzelpartei des Landes abzulösen. Sollte sich dieser Erfolg wiederholen, will die KPI auf vorzeitige Auflösung des nationalen Parlaments und allgemeine Neuwahlen dringen. Unter Hinweis auf ihren Status als „Partei der relativen Mehrheit" will sie auf alle Fälle, wenn die Mai-Wahl zu einer Regierungskrise führen sollte, für einen ihrer Politiker den Auftrag zur Regierungsneubildung beanspruchen.

Dieses Zukunftsprogramm wurde dieser Tage von KPI-Sekretär Alessandro Natta in einem Interview mit der Zeitung „Il Manifesto", dem Organ einer links von der KPI stehenden kommunistischen Splittergruppe, entwickelt. Im Lager der Fünf-Parteien-Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen wird es allgemein als Anzeichen dafür gewertet, daß die Kommunisten unter Natta eher die Konfrontation und Polarisierung als den Ausgleich suchen.

Vor allem die sogenannten laizistischen Regierungsparteien – von den Sozialisten bis zu den Liberalen – sind alarmiert. Sie befürchten offensichtlich, daß der Vorstoß Nattas hauptsächlich zu ihren Lasten gehen könnte. Denn die einzige Partei, die den Kommunisten die bei den Europa-Wahlen errungene relative Mehrheit wieder streitig machen könnte, ist die Democrazia Cristiana.

Um diese Partei angesichts des kommunistischen Machtanspruchs zu stärken, könnten sich gewisse laizistisch-antikommunistische Wählerschichten bewogen fühlen, bei den bevorstehenden Wahlen ihre Stimme den Christdemokraten anstatt den Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern oder Liberalen zu geben. Die Folge wäre eine Tendenz zum Bi-Polarismus, der von den kleineren Parteien schon aus Selbsterhaltungstrieb ganz entschieden bekämpft wird.

Von den Christdemokraten wurden die Natta-Äußerungen sofort als Argument zur Unterstützung der Forderung des DC-Sekretärs Ciriaco De Mita aufgegriffen, daß die fünf Regierungsparteien noch vor der Mai-Wahl eindeutig ihre Entschlossenheit zur Ausdehnung der römischen Koalition auf alle lokalen Bereiche bekunden sollten. Die Partner der DC in der Regierung Craxi lehnen eine solche Festlegung ab, weil sie befürchten, damit jeden Bewegungsspielraum zu verlieren und am Ende zu Satelliten der DC zu werden.

Einig sind sich alle Parteien des Regierungslagers darin, daß die Kommunisten, selbst wenn sich das Ergebnis der Europa-Wahlen vom Vorjahr wiederholen sollte, keinerlei in der Verfassung begründeten Anspruch auf den Posten des Ministerpräsidenten hätten. Das schon deshalb nicht, weil die bevorstehenden Wahlen an der Zusammensetzung des nationalen Parlaments nicht das geringste ändern könnten.

Ein solcher Anspruch bestünde nicht einmal dann, wenn aus vorgezogenen allgemeinen Parlamentsneuwahlen die KPI als stärkste Einzelpartei hervorginge. Übereinstimmend weisen Politiker aller Koalitionsparteien darauf hin, daß der Auftrag des Staatspräsidenten zur Regierungsbildung demjeniger gebühre, der am ehesten eine mehrheitsfähige Koalition zusammenbringen könne.

Natta beantwortete diese Argumente auf einer Parteiveranstaltung in Neapel mit der Forderung, daß man den Kommunisten unter den von ihm in seinem Interview aufgezeigten Voraussetzungen zumindest einen Sondierungsauftrag zur Regierungsneubildung geben müsse. „Wir Kommunisten sind der schändlichen Diskriminierung müde, die uns als Partei minderen Rechts einstuft", sagte er. In politischen Kreisen Roms wird daran erinnert, daß ein KPI-Sekretär bisher nur einmal in derart dezidierter Form den Ministerpräsidentenposten für seine Partei verlangt habe: Palmiro Togliatti vor den Wahlen des Jahres 1948. Das Ergebnis: die DC erhielt die absolute Mehrheit.

Spanien beurteilt die Ära Franco jetzt milder

ROLF GÖRTZ, Madrid

Kein Spanier wird die Zeitung „Diario 16" einer konservativen Haltung bezichtigen. Sie steht nur deshalb mit der in gleicher Weise linksorientierten Zeitung „El Pais" im Clinch, weil sich die Konkurrenz „schamlos als Regierungsblatt prostituiert".

So muß denn auffallen, daß „Diario 16" sowie das ideologisch gleichgesinnte Fernsehen zusammen mit den konservativen Stimmen des Landes den langjährigen Minister der Franco-Ära, Gregorio López Bravo, in gebührender Weise würdigten, als dieser bei der Flugzeugkatastrophe im Baskenland umkam.

Der Ton dieser Ehrungen läßt eine neue Phase der spanischen Vergangenheitsbewältigung erkennen. Nach den ersten Jahren ängstlicher Tabus folgte der Triumph. Auf dem Höhepunkt dieser Phase setzt jedoch jetzt offenbar eine Zeit der ersten Besinnung, der historischen Würdigung ein. Sie läßt Oppositionspolitiker aus der Vergangenheit in einem anderen Licht erscheinen. Nicht so sehr seine Vergangenheit „belastet" in Zukunft Oppopositionsführer Fraga Iribarne, sondern sein persönlicher Stil.

Eine Schlüsselfigur für die aktuelle Richtigstellung der Franco-Ära war López Bravo, zunächst Industrie-, dann Außenminister. Der intelligente, glänzend auftretende Politiker gehörte zu einer Gruppe konservativ-liberaler Pragmatiker, die Spanien auf den Weg nach Europa wiesen. Aber nicht gegen Franco, wie man es gerne darstellt, sondern in logischer Verfolgung jener Ära, die der „Caudillo" selbst immer nur als einen Übergang betrachtete. Unter seiner Ägide hatte Spanien nie aufgehört, ein Königreich zu sein.

„Folgt dem König", lautete Francos testamentarischer Tagesbefehl an die Armee. Tatsächlich beschloß auch das von ihm geschaffene Ständeparlament, die Cortes, schon sehr rasch eine Selbstauflösung und gab so den Weg zur Demokratie frei.

López Bravo förderte die Industrialisierung mit den Devisen der Touristen und erreichte, daß Spanien gegen Ende der sechziger Jahre die zehnte Stelle der Industrieländer der Welt erklomm. Der sozialwirtschaftliche Entwicklungsplan des ihm nahestehenden Planministers López Rodo verhalf dem spanischen Volk zum ersten Mal in seiner Geschichte zu einem Mittelstand, der jetzt allerdings allmählich wieder verproletarisiert und politisch nach links abschwenkt.

Der Aufbau folgte den Richtlinien des sozialwirtschaftlichen Entwicklungsplanes. Eine ganze Reihe der damals noch sehr jungen Mitarbeiter des Planungsstabes unter López Rodo haben heute wichtige Positionen in Staat und Regierung inne. Der Übergang bereitete ihnen kaum Schwierigkeiten, da das Franco-System keiner besonderen Ideologie folgte und die sozialistische Regierung sich pragmatisch verhält.

Nur scheinbar gegen Francos Intentionen flog López Bravo – inzwischen Außenminiser – nach Moskau, nahm im persönlichen Kontakt mit Gromyko die über die Botschaft in Helsinki lang angebahnten ersten Beziehungen zur Sowjetuinon auf. Mit der Zulassung eines sowjetischen Fischereistützpunktes auf den Kanarischen Inseln schwenkte Spanien auf den Kurs europäischer Realpolitik.

Der gelernte Schiffbauingenieur López Bravo wußte um die militärische Bedeutung dieses Stützpunktes. Der WELT gegenüber begründete er seinerzeit diesen Schritt deshalb so: „Glauben Sie, wir Spanier wollen wieder einmal draußen vor der Tür stehen, während Ihr Kanzler Willy Brandt seine Ostpolitik betreibt?" Aus der Art, wie Franco die eigenen Intentionen fähiger Minister akzeptierte, spricht die typische Haltung eines seiner Führung sicheren Militärs.

Die historische Richtigstellung in der ersten Anerkennung politischer Persönlichkeiten der Franco-Ära mag der Rechten zugute kommen. Sie läßt allerdings auch ein ganz anderes Phänomen erkennen: Je stärker der sozialistische Ministerpräsident Felipe Gonzalez auftritt, je rücksichtsloser seine Leute die führenden Beamten in Staat und Verwaltung auswechseln, je mehr das Parteibuch selbst die Führung in der Gesellschaft auszuwechseln versucht – um so mehr sehen die Spanier in ihm den gewohnten „Caesar", den „General" – und wählen ihn deshalb. (SAD)

Portugals Präsident gründet eigene Partei

Für NATO und EG, gegen Allianz mit anderen Parteien

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Partei der Demokratischen Erneuerung" (PRD) heißt das jüngste Kind der portugiesischen Demokratie. Gemeint ist die Partei der „Eanisten", der Anhänger des Staatspräsidenten General Antonio Ramalho Eanes. Pate stand ein politischer Marktforscher, denn PR ist das Kürzel für „Präsident der Republik".

Laut Verfassung kann sich der General nicht zum drittenmal in den Belem-Palast wählen lassen, wenn Ende 1985 ein neuer Staatspräsident gewählt werden muß. Zurück in die Armee kann der derzeitige Oberbefehlshaber nicht. Mit 50 Jahren fühlt sich der General auch zu jung, um aus der aktiven Politik auszusteigen, zumal er während seiner zehn Jahre dauernden Präsidentenzeit im ganzen Land Achtung und Beliebtheit erlangte.

Die Gründungsversammlung der 300 führenden Eanes-Anhänger aus ganz Portugal in Troia, einem modernen Touristenkomplex auf einer geschützten Insel an der Atlantikküste, wählte per Akklamation den Agraringenieur Hermanio Martinho zum Interimsvorsitzenden. Der erst 38 Jahre alte Landwirt erklärte unter Beifall, daß er sein Amt an Eanes abtreten werde, sobald dieser das Präsidentenpalais in Belem verläßt.

Über der Gründungsversammlung prangte die Bezeichnung CNARPE, die Abkürzung für jene Komitees, die vor fünf Jahren die Wiederwahl des Staatspräsidenten organisiert hatten. Auch dieses Kürzel wird zum politischen Symbol, wenn der erste Parteitag in drei Monaten den Vorstand wählen und das Programm bestimmen soll.

Die Wahlkomitees von 1980 setzten sich nämlich im wesentlichen aus Mitgliedern der Ortsvorstände der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei zusammen. Im Laufe der Jahre gesellten sich zu ihnen viele unabhängige, sogar konservative Lokalpolitiker. Selbst Anhänger des vor zwölf Jahren verstorbenen Diktators Salazar lobten ihn wegen seiner persönlichen Bescheidenheit.

Diese Vorgeschichte der neuen Partei fand ihr Echo in der Antwort Martinhos auf die Frage nach seinem Verhältnis zur Kommunistischen Partei: „Mehr als eine Million Portugiesen wählten die KP. Wie sollten wir sie im Dialog um die wirtschaftliche Misere überhören?" KP-Chef Alvaro Cunhal fand denn auch schon seit Monaten immer wieder aufmunternde Worte für die Eanisten-Partei. Von ihr erhofft sich Cunhal für seine Partei die Beteiligung an der politischen Führung des Landes, die ihm die anderen Parteien, von den Sozialisten bis zu den Christdemokraten, stets verweigerten.

Die rotgrünen Nationalfarben finden sich auch in etwas veränderter Form in der Parteifahne wieder. Auch dies ein bewußt gewählter Hinweis auf den Inhalt der neuen Partei, die sich streng nationalistisch gibt. Aus den wenigen konkreten Programmhinweisen bei der Gründungsversammlung läßt sich ein sozialistisch bestimmter Nationalismus herausfiltern.

Allianzen mit anderen Parteien will die PRD vermeiden; denn, so betonte Martinho: „Wir sehen keinen Grund, warum wir nicht alleine regieren sollten." Sie rechnen mit 30 Prozent der Wähler, die sich, enttäuscht von den anderen Parteien, zurückziehen könnten. Und die Armut, in die Portugal seit der Revolution versank, läßt die Zahl der Unzufriedenen rasch anwachsen.

Nach außen hin wünscht die PRD „Freundschaft mit allen Völkern". An den bestehenden außenpolitischen Einbindungen, NATO und EG-Beitritt, soll sich aber nichts ändern. Dennoch wird sich ihr Hauptinteresse in Richtung auf die Dritte Welt orientieren. Voller Zustimmung hörten die Eanisten von Zamora Machel, dem Präsidenten von Mozambique, daß er in General Eanes bereits den künftigen Sprecher und Verteidiger der Dritten Welt im Westen sieht. Eanes selbst bemühte sich auf seinen zahlreichen Reisen, die wegen ihrer politischen Äußerungen keineswegs immer den Beifall der Außenminister fanden, um eine Allianz der früheren Kolonien Portugals in Afrika: Angola, Mozambique, Guinea-Bissao und die Kapverdischen Inseln. (SAD)

Mubarak trifft König Hussein am Roten Meer

AFP, Kairo

Der ägyptische Staatspräsident Mubarak und Jordaniens König Hussein treffen am 6. März im ägyptischen Badeort Hurgada am Roten Meer zusammen. Offizielle Stellen in Kairo nannten keine Tagesordnung. Es gilt jedoch als sicher, daß die jüngste jordanisch-palästinensische Nahost-Initiative breiten Raum bei den Unterredungen in Hurgada einnehmen wird. Die ägyptische Regierung hat der von König Hussein und PLO-Chef Yassir Arafat vereinbarten Initiative offiziell ihre Unterstützung zugesagt.

Beide Staatschefs sind seit der Wiederaufnahme der jordanisch-ägyptischen Beziehungen und Mubaraks Jordanien-Reise am 9. Oktober vergangenen Jahres viermal zusammengekommen. Das letzte Treffen hatte am 5. Januar in der jordanischen Hafenstadt Akaba stattgefunden. Mubarak reist am 8. März zwei Tage nach der Begegnung in Hurgada zu politischen Gesprächen nach Paris, Washington und London.

Südlibanon wird ruhiger

Israels Politik der starken Hand / Kataeb beugt sich Assad

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Israelische Militärkreise äußern sich zufrieden über die Bilanz der ersten Woche, seit in Südlibanon die „Politik der starken Hand" eingeführt wurde. Zwar habe es noch 22 Terrorangriffe, aber keine Verluste auf israelischer Seite mehr gegeben. 13 Terroristen wurden getötet, eine Höllenmaschine rechtzeitig entschärft und 43 Häuser gesprengt. Hauptgrund für die Zufriedenheit: In den letzten drei Tagen gab es keine Bombenanschläge oder Überfälle aus dem Hinterhalt mehr. Den Terroristen fehlten die früheren Unterschlüpfe.

Die „starke Hand" bedeutet in erster Linie vorbeugende Maßnahmen in Form von Hausdurchsuchungen, bei denen ganze Dörfer oder Viertel umstellt werden. Bei Widerstand oder Waffenfunden wird das Haus zerstört. Vor allem Verteidigungsminister Rabin drängte, unterstützt von Likud-Ministern, in den Kabinettsitzungen auf die Einführung dieser Politik. Als ihm ein Kollege vorwarf, die „starke Hand" werde Israel auch die letzten Freunde in Südlibanon kosten, erwiderte Rabin: „Wir haben keine Freunde mehr, die wir uns zu Feinden machen könnten."

Die südlibanesischen Bewohner sind mehrheitlich Schiiten, allerdings nicht unbedingt Anhänger des iranischen Revolutionsführers Khomeini. Die meisten Schiiten in diesem Teil des Landes unterstützen die „Amal-Miliz", die unter dem Kommando des libanesischen Ministers Nabih Berri steht. Aber gerade diese Amal-Miliz ist es, die die meisten Angriffe auf israelische Truppen unternimmt.

Die israelische Regierung ist ferner übereingekommen, daß die Räumung Libanons nicht beschleunigt werden solle. Sie will nicht den Eindruck erwecken, daß sich die Israelis durch Terror verjagen lassen. Auf einer Sondersitzung am kommenden Donnerstag soll das Problem Libanon nochmals aufgerollt und die zweite Phase des Rückzuges beschlossen werden.

Politisch ist die Trennung zwischen Jerusalem und Beirut offenbar vollzogen, nachdem sich nun auch die Kataeb-Partei (Phalangen) dem syrischen Diktat gebeugt hat. Der Besuch einer hochrangigen Delegation in Damaskus hat in Jerusalem Erbitterung hervorgerufen, zumal ausgerechnet der Parteivorsitzende Eli Karame, der immer einen arabischen Charakter Libanons bestritt und sich auf die Abstammung der Libanesen von den Phöniziern berief, nun vor den Medien in Damaskus erklärte: „Syrien ist der Garant für die Stärkung der Arabität Libanons. Nur mit Syriens Hilfe ist ein Ende der Kämpfe zwischen den ethnischen Gruppen in Libanon möglich." Die dreiköpfige Delegation war auch mit dem syrischen Militärdiktator Assad zusammengetroffen.

Dschumblat: Israel ist mein Feind

lim. Bonn

Der libanesische Minister und Drusenfürst Walid Dschumblat hat in zwei öffentlichen Stellungnahmen seine eigene politische Position bemerkenswert deutlich markiert. In einem Interview in der jüngsten Ausgabe der Wochenzeitschrift „La Revue du Liban" bezeichnet er Israel als „Feind", mit dem er gezwungenermaßen Kontakte unterhielt, als die israelische Armee im mittellibanesischen Bergland stationiert war. Den libyschen Revolutionär Khadhafi hingegen nennt er „meinen Freund", der ihm über Syrien Waffen liefere. Den Palästinensern, die „nach wie vor an meiner Seite kämpfen", schulde er viel. Im internationalen Ost-West-Gegensatz bezieht er deutlicher als manche kommunistische Partei Stellung: „Ich werde immer für den Ostblock und gegen den amerikanischen Imperialismus entscheiden ... Ich werde die sowjetischen Thesen verteidigen, von Afghanistan bis Polen." In einer Pressekonferenz auf seinem Familienschloß Muchtara sprach er sich zugunsten der Entführungsaktion einer Flugmaschine durch einen Sicherheitsbeamten des Flughafens aus: „Wir sind für diese Aktion und wir unterstützen die legitimen Forderungen." Der Entführer, ein Druse, reklamierte eine berufliche Besserstellung. Dschumblat nutzte die Gelegenheit noch für einen Stoß gegen die Regierung Gemayel, in der er Minister ist: „Wir müssen dieses Regime mit der Wurzel ausreißen."

Muskelspiel am Horn von Afrika

ACHIM REMDE, Bonn

Daß Präsident Numeiri von Sudan sich noch einiges einfallen lassen werde, um sich aus dem Strudel des Niedergangs zu befreien, stand zu erwarten. Daß er nun nicht einmal mehr diskret zu verstehen gibt, er könne die libysche Karte spielen – „Khadhafi bietet mir zwei Milliarden für die Auslieferung libyscher Oppositioneller" –, überrascht auch nicht. Es stellt einen Höhepunkt im Ost-West-Spiel dar, zu dem die strategische Lage in der Nähe des Horns von Afrika Sudan, Äthiopien und Somalia prädestiniert. Nur das kleine Dschibuti, nach später Unabhängigkeit ununterbrochen französischer Militärstützpunkt, hat nie versucht, dieses Spiel zu spielen, und ist damit am besten gefahren: Während ringsum Bürgerkriege toben und Flüchtlingsströme die Grenzen überschreiten, herrscht in Dschibuti Ruhe und relativer Wohlstand.

Ursache der zahlreichen Konflikte der Region sind ethnische und innenpolitische Auseinandersetzungen. Die sich bekämpfenden Parteien suchen und finden Unterstützung im Ausland. Durch hemmungslose Waffenlieferungen hat die Sowjetunion dafür gesorgt, daß aus internen Konflikten völkermordende Kriege wurden, in deren Gefolge sich Hunger ausbreitet.

Der Westen ist dadurch in eine schwierige Situation geraten. Soll er sich verweigern und seine Hilfe darauf beschränken, die Trümmer wegzuräumen und die Opfer von Hungersnöten zu versorgen? In Somalia und Sudan haben die USA einen Mittelweg zu steuern versucht. Dem Argument Siyad Barres von Somalia, er brauche im Kampf gegen Äthiopien moderne Angriffswaffen, haben sie nie nachgegeben. Barre versucht nun die islamische Karte zu spielen.

Obwohl die USA nun wieder dementiert haben, daß sie die Entwicklungshilfe für das Numeiri-Regime in Sudan kürzen wollen, scheinen sie dennoch vor der Entscheidung zu stehen, das sinkende Schiff Numeiris zu verlassen. Nur die Aussicht, daß die Alternative zu Numeiri weitgehende Ungewißheit ist, kann sie zögern lassen. Rebellenführer John Garang, dem Numeiri im verzweifelten Bemühen, sich aus der selbst geschaffenen Verstrickung zu befreien, bereits – vergeblich – einen Vizepräsidentenposten angeboten hatte, trifft auf den Widerstand orthodox-islamischer Kräfte. Die Gefahr, daß er von Libyen und Äthiopien ferngesteuert sei, wird als verhältnismäßig gering eingestuft. Auch er mußte Hilfe nehmen, wo er sie kriegen konnte. Fazit: Wenn die USA und die Bundesrepublik zu erkennen geben, daß sie für Numeiris Drohung mit einem Allianzwechsel empfänglich sind, laufen sie Gefahr, in Zukunft ähnliche Erpressungsversuche zu provozieren. So schrecklich der Gedanke ist, daß Numeiri libysche Oppositionelle für zwei Milliarden Dollar zur Hinrichtung an Khadhafi ausliefern könnte, so darf er doch nicht zu dem Schluß verleiten, den Westen treffe nun eine moralische Pflicht, dies zu verhindern, indem er Numeiri an der Macht hält.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

NOTIZEN

Vier Planeten entdeckt

Düsseldorf (AP) – Durch einen Zufall hat der Astronom Martin Hoffmann auf alten Fotoplatten der Außenstelle der Bonner Universitäts-Sternwarte in der Eifel vier bislang unbekannte Kleinplaneten entdeckt. Wie Universitätssprecherin Dorothea Carr mitteilte, bewegten sich die neu entdeckten Objekte mit einem Durchmesser von etwa 100 Kilometer auf Bahnen zwischen den Planeten Mars und Jupiter.

Abgasarme Flugzeuge?

München (gur) – Der bayerische Umweltminister Alfred Dick sieht keinen „Regelungsbedarf" für weitere emmissionsbegrenzende Vorschriften im Luftverkehr. Nach Untersuchungen trügen Flugzeuge nur mit einem Prozent zu den Gesamtemissionen an Stickoxiden, Kohlenmonoxiden und Kohlenwasserstoffen in der Bundesrepublik bei. Die von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation zusammen mit der Bundesregierung erarbeiteten Regelungen und neue sparsame Triebwerke würden den Schadstoffausstoß weiter vermindern.

Tiefgefrorene Zwillinge

Melbourne (dpa) – Zwillinge, die aus tiefgefrorenen Embryonen stammen, sind jetzt erstmals in Melbourne geboren worden. Wie eine Sprecherin des Krankenhauses in der australischen Hauptstadt mitteilte, sind die beiden Mädchen bereits in der vergangenen Woche durch Kaiserschnitt zur Welt gekommen. Den Säuglingen einer 29 Jahre alten Frau aus Melbourne gehe es gut. Das erste Kind, das aus einem tiefgefrorenen Embryo stammt, kam im April 1984 ebenfalls in Melbourne zur Welt.

Sturmholz aufarbeiten

Frankfurt (dg) – Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald hat die Aufarbeitung der schweren Windwürfe aus den Novemberstürmen des vergangenen Jahres angemahnt. Falls das Sturmholz nicht zügig aufgearbeitet werde, wäre nach den Worten des hessischen Landesvorsitzenden Adolf Schmitt-Weigand für alle Waldbesitzarten im kommenden Frühjahr mit einer „Borkenkäferkalamität größten Ausmaßes" zu rechnen.

50 Jahre gesetzlicher Naturschutz in Deutschland – doch nur rund ein Prozent der Fläche des Bundesgebietes steht unter Naturschutz. In Nordrhein-Westfalen werden beispielsweise noch zehn Prozent der Landesfläche als schutzwürdig angesehen. Die bisherigen Ergebnisse stellen die Fachleute nicht zufrieden. Im Gegenteil: Namhafte Naturwissenschaftler fordern heute neue Konzepte für den Schutz der Arten und der Biotope. Ein Gedanke dazu könnte die „Vernetzung" der vielen kleinen Schutzgebiete sein.

Naturschützer wollen die einzelnen Biotope durch „Korridore" zu einem Netz verbinden

Von ALBERT SCHMIDT

Als 1935 das Reichsnaturschutzgesetz in Kraft trat, lag seine große Leistung in der erstmals per Gesetz geschaffenen Möglichkeit, Naturschutzgebiete, Naturdenkmale und Landschaftsschutzgebiete ausweisen zu können. Auch bei der mit Beginn der siebziger Jahre in den einzelnen Bundesländern einsetzenden Ablösung des *Reichsnaturschutzgesetzes* durch neue Gesetze für Naturschutz und Landschaftspflege auf Länderebene wurde das Instrument der *Schutzausweisungen* beibehalten. Das Bundesnaturschutzgesetz vom Dezember 1976, durch das endgültig das inzwischen überholte Reichsnaturschutzgesetz ersetzt wurde, gab dann dafür bundesweit den Rahmen. Inzwischen stehen in der Bundesrepublik rund ein Prozent der Fläche unter strengem Naturschutz. Rechnet man noch die Schutzgebiete in der Nord- und Ostsee hinzu, so kommt man lediglich auf fast zwei Prozent. Außerdem stehen mit starken regionalen Schwankungen etwa ein Drittel unter dem wesentlich schwächeren Landschaftsschutz.

Demnach müssen wir uns heute fragen: Sind wir den richtigen Weg gegangen? Beinahe 50 Jahre nach In*krafttreten des Reichsnaturschutzgesetzes* hat die in fast allen Bundesländern durchgeführte Kartierung schutzwürdiger Lebensräume (Bio*tope) ergeben, daß die bisherige* Naturschutzpolitik dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nicht mehr gerecht wird. Die von den Na*turschutzbehörden jahrzehntelang* verfolgte Strategie, einzelne Gebiete und Landschaftsbestandteile zu schützen, in denen wertvolle Tier- und *Pflanzenarten* vorkommen, hat zwar so manches einzigartige Kleinod vor der Zerstörung bewahrt. Aber über eine Ansammlung von isolierten Schutzgebieten sind wir kaum hinausgekommen. Diese Gebiete sind nur in seltenen Fällen durch wechselseitige Lebensraumbeziehungen miteinander verbunden. Das Prinzip der Vernetzung von Lebensräumen unterschiedlicher Größe, Struktur und Ausprägung wurde weitgehend außer acht gelassen. Heute müssen wir *uns eingestehen, daß wir auf diese* Weise eine Vielzahl von Arten der Tier- und Pflanzenwelt vor dem Aussterben nicht bewahren können.

Dies soll nun anders werden. Die flächendeckende Biotopkartierung liefert erstmals dem Naturschutz die notwendigen Grundlagen, um die vorhandenen isoliert in der Landschaft liegenden Schutzgebiete durch „Korridore" miteinander zu verbinden. Das neue Schlagwort des Naturschutzes heißt: Vernetzung statt Verinselung. Dadurch sollen zusammenhängende Lebensräume geschaffen werden, in denen gefährdete Arten überleben können.

So hat zum Beispiel die Biotopkartierung in Nordrhein-Westfalen, die im ersten Durchgang 1984 in einer gemeinsamen Aktion zwischen dem ehrenamtlichen und behördlichen Naturschutz abgeschlossen werden konnte, ergeben, daß noch etwa zehn Prozent der Landesfläche als schutzwürdig anzusehen sind. In dem Biotopkataster NRW, das die Landesanstalt für Ökologie (LÖLF) in Recklinghausen federführend erstellt, sind alle bisher bekannten schutzwürdigen Biotope des Landes unabhängig von ihrer Größe uind ihrem Grundstückszuschnitt erfaßt worden. Sie bilden das Grundgerüst, um linienhafte Landschaftselemente (Hecken und Alleen), *Saumbiotope an Wegen,* Wasserläufen, Wald- und Ackerrändern sowie „Trittsteinbiotope" wie Kleingewässer mit den großflächigen Schutzgebieten zu Biotopverbundsystemen unterschiedlicher Ausprägung zusammenzuführen. Je enger der Verbund ist, desto besser.

Biotopverbundsysteme sollen dazu beitragen, daß die Isolierung der wenigen überlebenden Vertreter aussterbender Arten aufgehoben wird und die häufig in ihrer Größe nicht mehr ausreichenden Minimalareale für bestimmte Tier- und Pflanzenarten zu größeren Lebensräumen zusammengefaßt werden können. Überall, wo noch Lücken bleiben, ist geplant, durch die Schaffung neuer Biotope die Vernetzung zu vollenden.

Der Gedanke der Biotopverbundsysteme beginnt sich nur langsam durchzusetzen. In einigen Bundesländern werden gegenwärtig erste Erfahrungen gesammelt, wie am schnellsten und wirkungsvollsten die vorliegenden Biotopkataster angewandt und die Biotope vernetzt werden können. In Nordrhein-Westfalen wird dafür der verbindliche Landschaftsplan als das am meisten geeignete Instrument angesehen.

So haben sich im Kreis Höxter auf Veranlassung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die höhere Landschaftsbehörde des Regierungspräsidenten in Detmold, der Kreis, die Landesanstalt für Ökologie, das Amt für Agrarordnung sowie die betroffenen Behörden und Verbände von Land- und Fortwirtschaft dafür eigens in einem Arbeitskreis zusammengeschlossen. Im Rahmen einer modellhaften Sicherungsaktion der im Kreis kartierten Biotope sollen hier auch Erfahrungen mit Biotopverbundsystemen gewonnen werden. Schon die Zusammensetzung des Arbeitskreises macht deutlich, daß es sich nicht um einen akademischen Zirkel handelt, sondern daß man zu Taten entschlossen ist. Wichtigster Partner sind dabei die Land- und Forstwirte. Die Vernetzung schutzwürdiger Lebensräume setzt nämlich vor allem ihre Bereitschaft voraus, die Ränder von Äkkern, Wiesen und Wäldern so zu pflegen und zu bewirtschaften, daß sie möglichst naturnah bleiben.

Albert Schmidt ist Präsident der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung Nordrhein-Westfalen in Recklinghausen.

Naturschutzgebiete in der Bundesrepublik

	78	79	82	1983
Gesamtzahl	1242	1302	1682	1850
Fläche in km2	4396	4229	4522	4727
in % der Gesamtfläche	1,8	1,7	1,76	1,9

Nicht einmal zwei Prozent der Fläche des Bundesgebietes stehen unter Naturschutz. Die Schutzgebiete in der Nord- und Ostsee (2163 qkm) machen fast die Hälfte des Gesamtschutzgebietes aus GRAFIK: DIE WELT

Droht jetzt Gefahr aus dem Grundwasser?

Führender Toxikologe zu den Arsenfunden in Hamburg

Die Hamburger Arsenfunde haben eine breite Öffentlichkeit in der Bundesrepublik aufgeschreckt. Wie berichtet, wurden in der Umgebung einer Kupferhütte bei Bodenuntersuchungen Werte bis zu 918 Milligramm pro Kilogramm Erde ermittelt – ein Teelöffel davon, so war in einigen Berichten zu lesen, würde *für ein Kind schon tödlich sein.*

Unsinn, meint dazu der Düsseldorfer Toxikologe Friedrich Karl Ohnesorge, der zu den führenden Spezialisten für Arsenvergiftungen in der Bundesrepublik zählt; diese Dosis sei zu klein. Außerdem sei für die Giftigkeit immer entscheidend, so Ohnesorge in einem Gespräch mit der WELT, in welchen Verbindungen das Halbmetall auftrete. In seiner reinen Form könne Arsen sogar als weitgehend ungiftig gelten. In Hamburg müßten deshalb erst einmal die Verbindungen analysiert werden, in denen *das Element* gefunden worden sei.

Selbst bei dem hochgiftigen Arsenik (chemisch: Arsentrioxid) gibt es *laut Ohnesorge keine zuverlässigen* Angaben über die tödliche Dosis. Das auch in der Literatur vielfach als Mordgift beschriebene und oft mit *dem Element Arsen verwechselte* weiße Pulver kann schon bei Mengen zwischen 70 und 180 Milligramm im Magen eines Erwachsenen zum Tode führen. Andererseits, so Ohneaorge, könne der Mensch bei regelmäßiger Einnahme kleiner Dosen aber auch eine Gesamtdosis von 500 Milligramm überleben.

Vergleiche fehlen

Der Düsseldorfer Toxikologe erklärt die Unsicherheit in diesem Forschungsbereich mit fehlenden Vergleichsmöglichkeiten. Die Fütterung von 50 Milligramm Arsenik pro Kilogramm Futter über drei Wochen habe bei Ratten, Meerschweinchen, Kaninchen und Hamstern völlig unterschiedliche Arsenrückstände in den einzelnen Organen erbracht. Rückschlüsse auf den Menschen seien deshalb nicht möglich.

Die in Hamburg gemessenen Arsen-Höchstwerte geben nach Meinung von Ohnesorge zu einer Hysterie keinen Anlaß, seien gesundheitlich aber bedenklich. Das Arsen werde im Erdreich je nach Bodenbeschaffenheit in unterschiedlicher Weise gebunden. So bänden beispielsweise lehmige Böden das Element weit besser als sandiger oder nur leicht lehmiger Untergrund.

Durch Regen könne Arsen aus sandigen Böden außerdem auch ins Grundwasser gelangen. In der Nähe der Norddeutschen Affinerie in Hamburg, die als Verursacher der Verseuchung gilt, wurden tatsächlich auch bereits Werte von 23 Milligramm pro Liter im Grundwasser gemessen. Der Grenzwert für Rohwasser, das zur Trinkwassergewinnung verwendet wird, liegt nach einer EG-Richtlinie aber bereits bei 0,1 Milligramm pro Liter. Das bedeutet: Der Grenzwert ist um das 230fache überschritten!

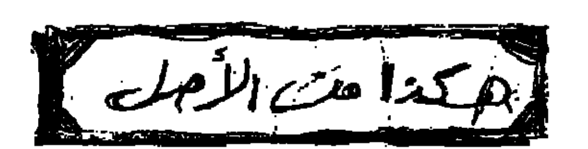
Krebserregende Wirkung

Besondere Bedeutung mißt Ohnesorge der krebserregenden Wirkung des Arsens zu. Dabei spiele es keine Rolle, ob das Halbmetall mit dem Trinkwasser oder der Nahrung aufgenommen oder als Staubteilchen mit der Luft eingeatmet werde. So könnten sich bei Arbeitern, die über Jahrzehnte mit Arsen zu tun haben, bei der Inhalation kleinste Partikel in den Lungenalveolen festsetzen und Krebs erzeugen. Für die kanzerogene Wirkung von Arsen gebe es bisher auch keinen Grenzwert im Sinne der Maximalen Arbeitsplatzkonzentration (MAK-Wert), weil schon geringste Mengen als nicht mehr unbedenklich angesehen würden.

Nach neueren epidemiologischen Untersuchungen in der Umgebung von Arsen emittierenden Betrieben wollen Fachleute auch eine gentoxische Wirkung von Arsen nicht ausschließen. Eine Studie in Nordschweden habe ergeben, daß das Vorkommen von Fehlgeburten, Mißbildungen und verminderten Geburtsgewichten sogar dann stark erhöht sei, wenn nur der Vater im Beruf verstärkt Arsen ausgesetzt sei.

Auf die Umgebung der Hamburger Kupferhütte könnten diese Erkenntnisse dennoch nicht ohne weiteres übertragen werden, meint der Düssel*dorfer Arsenexperte.* In Hamburg wurde das Arsen nicht in geschlossenen Räumen, sondern im Freien ermittiert – und damit in einer unvergleichlich größeren „Verdünnung".

ULRICH SCHMIDLA



Der Butler wird zum Relikt vergangener Zeiten

Nebenfach Karatekampf

Bei den Dinner-Parties der feinen englischen Gesellschaft kommt es dieser Tage immer häufiger vor, daß eine wohlvertraute Person die Haustür öffnet: ein Bediensteter, den man doch gestern abend erst bei Lord Trumpington sah, der einen vorgestern bei Lady Killie-Krankie mit dem genau richtigen Akzent so formvollendet begrüßte. Der Schein trog nicht. Es war ein und dieselbe Person. Von Beruf Butler. Heruntergekommen zu einem Bediensteten auf Abruf, der vielen Herren dient, weil er für einen unerschwinglich geworden ist.

In Englands High Society müssen sich viele nach der Decke strecken, da blieb der Butler als erster auf der Strecke. Die vom Aussterben bedrohte Spezies sah sich vor die Alternative gestellt: entweder auswandern in Länder, wo es Lords und Ladies zwar leider nicht gibt, doch wo man ein Relikt aus schwindenden Zeiten noch zu schätzen weiß, oder mit der Zeit gehen und umsatteln. Den „Mietbutler" gibt es nur, weil feine, aber nicht mehr sehr betuchte Leute aus der Not eine Tugend machten. Sich einen

Die Gentlemen geben sich die Ehre – ZDF, 20.30 Uhr

Butler zu mieten, wäre vor nicht allzu langer Zeit die feine englische Art nicht gewesen.

Sichtbarstes Indiz für den Wandel einer Institution, die zu vielen englischen Krimis gehört wie der Mörder und der Detektiv, ist die Gründung der ersten Butler-Schule vor vier Jahren in London. Diese Butler-Akademie ist nichts anderes als der Beweis für die Säkularisierung einer traditionsreichen Institution. Um das „Butlern" zu lernen, brauchte man früher nicht die Schulbank zu drükken. Der Schliff kann nur anerzogen werden. Um ein „Gentlemen's Gentleman" zu werden, bedurfte es langjähriger Praxis. In einem vornehmen Haus, als Lehrling eines Butlers. Das war der beste Nährboden zur Entfaltung von Anlagen, die der Wandel der Sozialstruktur weitgehend verschüttet hat.

Als Stichjahr für den Wandel nennen Englands Gesellschaftswissenschaftler einhellig 1939. Vorher wurden im Vereinigten Königreich noch 30 000 Butler gezählt. Heute gibt es kaum noch hundert. Auch die Butler-Akademie bildet weniger für heimische Bedürfnisse aus, sondern produziert Butler für den Export. Waren „echt englische" Butler bei Hollywood-Filmstars und texanischen Multimillionären schon lange beliebt, so schätzen inzwischen auch die Japaner dieses Status-Symbol, zumal der auf Diskretion getrimmte „Haushofmeister in vornehmen Häusern" sich bei ihnen nahtlos einfügt.

Auf dem Stundenplan der Butler-Schule finden sich Theorie und Praxis beispielsweise der Menüfolge und der Geheimnisse des Weinkellers. Man lernt, wie man das übrige Personal in Trab hält. Die angehenden Butler müssen üben, bis sie die Gläser nach diesem Ritual nachfüllen können: „Man gleitet auf Zehenspitzen fast wie ein Salontänzer heran und hält das Tablett, als wäre es der Arm eines Mädchens." So bringt Butler-Dresseur Ivor Spencer (53) seine Lehren an den Mann. Er war lange Englands bekanntester „Toastmaster", wie man auf der Insel den Zeremonienmeister nennt. Aus der Schule plaudernd verriet er: „Einen englischen Butler zu haben ist in manchen Ländern fast so, wie einen Rolls-Royce zu besitzen."

Bei dem angeschlagenen Selbstverständnis des Butlers konnte es nicht ausbleiben, daß auch Frauen in diese Männerdomäne einzubrechen versuchten. Als sich Lorraine Woods, eine bildhübsche 22jährige, bei der Abschlußprüfung zur ersten „Butlerin" der Welt qualifizierte, stimmte für traditionsbewußte Engländer die Welt nicht mehr. Kein Wunder, daß die junge Dame zunächst keine Angebote bekam und sich als Mannequin durchschlagen mußte. Mittlerweile gibt es sogar schon den Butler mit Nebenfach Karatekampf, zur Verbesserung der Anstellungschancen.

Noch ist der Butler nicht museumsreif. Doch Butler vom Schlage eines „Hudson" alias Gordon Jackson aus der TV-Serie „Das Haus am Eaton Place" sind Produkte der Butler-Nostalgie, die noch solche späten Blüten wie Higgins aus der US-Serie „Magnum" hervorbringt. Das Rollenfach Butler gehört heute zum Fernsehen, wie einst zur Komödie der „Polternde Alte", den der Western wieder zu Ehren brachte.

SIEGFRIED HELM

KRITIK

Verzeichnete Persönlichkeit

Nicht sehr erfreulich war der abschließende Beitrag „Mit dem Rücken zur Wand – Heinrich Brüning und das Ende von Weimar" des Bayerischen Rundfunks für die ARD-Serie **Weimarer Köpfe**. Autor Jürgen Martin Möller ignorierte, daß dem halbpräsidialen System Brünings das Scheitern der letzten vollparlamentarischen Regierung Müller – deren sozialpolitische Meinungsverschiedenheiten der damalige Zentrums-Fraktionsvorsitzende Brüning vergeblich zu schlichten versucht hatte – vorausgegangen war.

Verzeichnet wurde die Persönlichkeit Brünings. Wenn schon die Zeitzeugin Hanna Gerik seine geringe Öffnung gegenüber dem Protestantismus konstatierte, so hätte dies durch den Hinweis darauf, daß Brüning bereits 1920 für die Bildung einer überkonfessionellen Partei eingetreten war, korrigiert werden müssen.

Mit keinem Wort erwähnt wurde Brünings Leben nach seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt. Nichts erfuhr man über seinen vergeblichen Kampf gegen die Zustimmung der Zentrums-Fraktion zu Hitlers Ermächtigungsgesetz oder auch gegen den Abschluß des Reichskonkordats, kaum etwas über die erzwungene Emigration in die Vereinigten Staaten, nichts über seine Jahre als Professor für politische Wissenschaften in Köln. Als Lichtblick blieb nur der wie immer blitzgescheite Politologe Theodor Eschenburg.

GISELHER SCHMIDT

Schrecknisse des Aufstandes

In Finnland entwickelte sich nach den kriegerischen innenpolitischen Auseinandersetzungen von 1918 zwischen den Bolschewisten und bürgerlichen Kräften eine spezifisch finnische Form des sozialen Romans. Aus dieser Entwicklung speist sich auch der Fernsehfilm **Rote und weiße Fahnen** (ZDF) der in Skandinavien namhaften Autorin Eva Joenpelt. Die Schrecknisse des Aufstandes haben Familienbindungen zerstört, Nachbarn verfeindet und soziale Unterschiede verschärft.

Die Autorin spiegelt diese Folgen des Bürgerkrieges in den Geschehnissen in einem kleinen finnischen Dorfflecken wider. Der Film zeichnet die schwerblütigen, verschlossenen Charaktere im hohen Norden mit feiner Unaufdringlichkeit und in ruhigen Skizzen nach. Namentlich die beiden politischen Lager der damals gespaltenen Nation wurden überwiegend in einer für das finnische Fernsehen durchaus nicht üblichen Unvoreingenommenheit dargestellt.

Indessen wird dieses „Fernsehspiel des Auslands" wegen der späten Sendezeit leider nur wenige Zuschauer gefunden haben. Möglich, daß eine frühere Sendezeit für dieses sich in lang anhaltenden Kameraeinstellungen, einer langsamen Schnittfolge und bedächtigen Dialogen ergehenden Films wegen seiner fremden Thematik gleichfalls nur eine Minderheit von Zuschauern angesprochen hätte. Aber zu Mitternacht wurde die Sendung unverdientermaßen zu wenig frequentiert.

MONIKA REICH

STUDIO

Die Live-Jugendsendung „Klons" von Radio Bremen, ausgestrahlt am 1. März 1984, erhielt den **Adolf-Grimme-Preis** in Bronze. In der Begründung hieß es u. a.: „Der Jugendabend war kein moderiert-moderater Etikettenschwindel, der nur zu gern Erprobtes und Vorhersehbares präsentierte; vielmehr ein spannendes, risikofreudiges Unternehmen, das Möglichkeiten für Unerwartetes nicht von vornherein ausgeschlossen hat." Eine „Ehrende Anerkennung" erhielt Elke Heidenreich alias „Else Stratmann" für ihre Olympia-Fernsehkommentierung im Sommer 1984. „Als Else Stratmann", so hieß es, „spielt sie mit den Emotionen des Publikums, mit denen der Akteure vor und hinter der Kamera, ihr eigenes Spiel, ausgerechnet inmitten von langatmigen, mehr und mehr in pompösen Bild- und Sprachschablonen erstarrten Sportberichten." Die Adolf-Grimme-Hauptpreise werden Anfang März bekanntgegeben. dpa

ARD / ZDF

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 denkmal
11.05 Ohne Filter
Moderator: Frank Laufenberg
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Angela Sommer-Bodenburg, Schriftstellerin
Film von Didi Benoit
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Werner und Zini
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Report
Isoliert oder privilegiert? – Die Terroristen in deutschen Gefängnissen / Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Die FDP auf Wählersuche / Die deutsche Herzhilfe – Geschäfte mit dem Mitleid?
Moderation: Günter von Lojewski
21.45 Magnum
Dicker als Blut
22.30 Tagesthemen
23.00 Schaukasten
Kulturwelt Film
Von Michael Strauven
Ein Bericht über die interessantesten Produktionen der 35. Berliner Filmfestspiele
Heute gehen die 35. Internationalen Filmfestspiele Berlin zu Ende. Michael Strauven versucht, mit aktuellen Beispielen aus den verschiedenen Programmen des Festivals Entwicklungen und Schwerpunkte der internationalen Film-Produktion zu belegen. Im Wettbewerb waren 25 Spielfilme und 16 Kurzfilme sowie 7 Spielfilme außer Konkurrenz – aus insgesamt 25 Ländern. Neben dem offiziellen Programm machte wieder das internationale Forum des Jungen Films von sich reden, es liefen Sondervorführungen, es gab eine Informationsschau und ein „Ostsee-Panorama", die Kinder hatten ihr eigenens Filmfest. Eigentliche Attraktion aber waren die filmhistorischen Vorführungen mit 60 phantastischen Filmen aus 80 Jahren Filmgeschichte unter dem Motto „Special Effects".

ZDF

16.00 heute
16.04 Trickbonbons
Calimero und das große Geheimnis
16.20 Schüler-Express-Special
Rock in Rio
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gast vorgesehen: Dieter Thomas Heck mit „Erfüllte Wünsche"
17.45 Eine Klasse für sich
Geschichte aus einem Internat (12)
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Der eiserne Weg
4. Überfall auf die Eisenbahn
20.30 Die Gentlemen geben sich die Ehre
Betrachtungen über die feine englische Art
Von Ruprecht Eser
Die Butler drohten auszusterben. Nachwuchs kommt jetzt von einer Butlerschule / Tradition verpflichtet, deshalb ist bei einer Fuchsjagd der „Huntman" eine Frau / Nicht jeder hat das „Glück", beim Pferde-Polo Prinz Charles vom Pferd fallen zu sehen / Beim Pferderennen in Ascot kann auch ein Hutmacher sein Glück machen
21.15 WISO
Tips rund ums Geld: Pfundanleihe – eine „pfundige" Sache? / Ölraffinerie-Sterben: Steigen die Preise? / Dauerarbeitslosigkeit: Sackgasse für immer mehr Menschen
Moderator: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.15 Abschied von der Hinterbank
Von Joachim Roering
Mit Manfred Reddemann, Irmgard Riesse und Stefan Orlac
23.45 Wie Sie wünschen
Spielfilm Volksrepublik China (1982)
Regie: Huang Jianshong
Deutsche Erstaufführung
Anschließend: Gute-Nacht-Musik
Wieniawski: Capriccio-Valse



... (I. Riesse) möchte, daß ihr Mann (M. Reddemann) als Politiker ... macht (Abschied von der Hinterbank – ZDF, 22.15) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
Algebra (34) Potenzrechnung
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Hans Gerd Wiegand aus New Mexico:
Pueblo Indianer
20.45 Rückblende
Vor 25 Jahren: Erdbeben in Adgadir
12 000 Menschen fanden den Tod
Film von Olrik Breckoff
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Der Pate von St. Pauli
23.00 Auslandsmagazin
Anschließend: Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Videomacher (8)
19.00 Schach für jedermann
Endspiele
19.15 Startschuß
Jugendsportschau mit Gästen und Musik
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Mit V. S. Naipaul
21.15 Der Spion (3)
Schwedischer Fernsehfilm
22.00 Gefühls-Sachen
22.45 Offerte
23.00 Per Anhalter durch die Galaxis
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Wovon wir leben
19.05 Formel Eins
20.00 Rote Lippen – blaue Bohnen
Franz.-ital. Spielfilm, 1955
21.30 Drei aktuell
21.45 Kinowerkstatt
22.00 Vor vierzig Jahren
Wochenschau

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Reizwort: „Finther Landnahme"
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Supermarkt
Ein Film von Roland Klick
22.45 Science Report
Antarctica – Laboratory for science
23.00 Nachrichten

BAYERN
18.15 Spaß mit sport
18.45 Rundschau
19.00 Flash Gordon (5)
19.30 Schiffbruch unter Palmen
Amerikanischer Spielfilm aus dem Jahr 1934
Mit Bing Crosby u. a.
Regie: Norman Taurog
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Die Waltons
Die Krankenschwester
15.00 Indian River
Bronco Smith
15.30 Musicbox
16.30 Kum Kum
Roman kehrt zurück
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Trampas holt die Braut
18.00 Hoppla Lucy
Tut mir leid, Sid Caesar
Lucy hat ausgerechnet eine Anstellung in der Bank gefunden, in der Mr. Mooney tätig ist. Ihm blieb gar nichts anderes übrig, wenn er Lucy und ihre extravaganten Finanztransaktionen unter Kontrolle halten will.
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Almenrausch und Edelweiß
Heimatfilm, Österreich 1957
Mit Elma Karlowa, Karin Dor, Harald Juhnke, Theo Lingen u. a.
Regie: Harald Reinl
Kaum vorstellbar, was da passiert, wenn der Kammerdiener den Generaldirektor spielt, der von der Mutter seiner unehelichen Tochter gesucht wird. Für die unvermeidlichen Verwechlungen sorgt mit fast unbewegtem Gesicht Theo Lingen
20.30 Kultermagazin
21.30 APF blick:
Aktuell, Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Tu das nicht, Angelika
Komödie, USA 1962
Mit Bob Hope, Lucille Ball u. a.
Regie: Don Weis
Parker Ballantine, Star unter den Theaterkritikern New Yorks, ist in zweiter Ehe glücklich mit Angelika verheiratet. Sein harmonisches Familienleben gerät jedoch ins Wanken, als seine Frau ein Theaterstück schreibt, das dem Kritiker gar nicht gefallen will.
Zum Sendeschluß:
APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Zum Sehen geboren
Ein Lebensbild von Konrad Lorenz
Buch und Regie: Brigitte Vacha
Nobelpreisträger Prof. Konrad Lorenz, Österreichs populärster Wissenschaftler, der lange Jahre in Deutschland und Amerika gewirkt hat, gilt als „Vater" der modernen Verhaltensforschung. Das Filmporträt zeichnet die Linien eines langen, erfolgreichen Forscherlebens nach.
20.30 Familie Merian
von Jörg Mauthe
10. Bohnen, Gelsen, Paradeiser
Mit Elfriede Irrall, Alfred Reiterer, Stefan Fleming u. a.
Regie: Walter Davy
Heini hat heftige Auseinandersetzungen mit den Hausbewohnern wegen der Hofbegrünung. Herr Merian überrascht sich, die Seinen und die zankenden Mitbewohner als überzeugender Volksredner und Beherrscher der verwirrenden Situation.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
anschl.: 3SAT-Nachrichten

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Lohnt sich der Streit?

„Mit 46 in Pension?"; WELT vom 12. Februar

In seinem Plädoyer gegen die Vorschläge zur Erhaltung der Kampfkraft und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zieht Minister Schmidhuber als einziges Fazit die Belastung des angespannten Arbeitsmarktes.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, hat in der vergangenen Woche (während Minister Schmidhuber seinen Beitrag für die WELT schrieb) bei einer internen Zusammenkunft des bayerischen Industrieverbandes Steine und Erden erklärt, daß er mit einer „Gesamtentlastung bei der Arbeitslosigkeit von rund 320 000 Personen" für 1985 rechnet.

Wenn tatsächlich alle 250 pro Jahr pensionierten Offiziere auf den Arbeitmarkt „drängen" – wer gibt Minister Schmidhuber eigentlich diese Gewißheit? –, so wären das, an Frankes Entlastungszahl gemessen, 0,07 Prozent.

Lohnt sich ein Streit um diesen Bruchteil?

W. Richter, Oberstleutnant, Siegburg

*

Zwei Drittel Milliarden Mark sollen aufgebracht werden, damit 1500 aktive, im besten Mannesalter stehende Offiziere sich „freiwillig" von ihrem Beruf trennen, für den sie vor Jahrzehnten dringend geworben wurden. Keiner hat ihnen damals eröffnet, daß ihre Verwendung in der Truppe, zum Beispiel als Kompaniechefs und Bataillonskommandeure, an ein bestimmtes jugendliches Lebensalter gebunden sei, das im Interesse der Schlagkraft der Truppe nicht wesentlich überschritten werden dürfe, und daß diese Altersbegrenzung für viele von ihnen weit unter den im Soldatengesetz Paragraph 45 festgelegten Altersgrenzen liegen werde. Anders ausgedrückt: Von einem bestimmten Lebensalter an könnten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im militärischen Bereich nicht mehr voll genutzt werden.

An diesem Punkt stehen wir heute. Können wir uns das leisten? Glauben wir denn ehrlich, daß diese Männer – meist Familienväter mit Frau und Kindern – sich einer ungewissen Zukunft aussetzen wollen und können? Das Ergebnis dieser „freiwilligen Abwerbung" wird uns eines Besseren belehren.

Der Verfasser des Artikels meint, eine andere Lösung als die vorzeitige Pensionierung gäbe es nicht. Wirklich?

Zwei Lösungen, die im Truppendienst nicht mehr voll einsatzfähigen Offiziere nutzbringend zu verwenden, sind denkbar:

- Eingliederung in Stellen des Wehrersatzwesens in Nachfolge planmäßig ausscheidender Beamter. Erfahrungen hierfür liegen vor, aus der Zeit bis 1918 und nach 1935. Man sollte sie ausgraben.
- Einsatz zur Aus- und Weiterbildung der Reservisten.

Der Inspekteur des Heeres hat erst kürzlich auf diese Fundgrube ausgebildeter und wehrwilliger Männer hingewiesen, die für eine wirksame Verteidigung unentbehrlich sind.

Das letztere kostet natürlich Geld, wahrscheinlich mehr als die erwähnten zwei Drittel Milliarden. Aber hier geht es nicht nur ums Geld, sondern um das Vertrauen der betroffenen Offiziere und des Offizierskorps im ganzen in die politische und militärische Führung.

Es ist unfair, Fehler, die seinerzeit im Personalaufbau der Streitkräfte begangen wurden, vielleicht begangen werden mußten, heute auf diejenigen abzuwälzen, die daran keine Schuld tragen, die uns vielmehr in den vergangenen bald drei Jahrzehnten Sicherheit gewährt haben.

Können wir uns das leisten?

Mit freundlichem Gruß, H. Schäfer, Heidelberg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

abgesehen von der Tatsache, daß der von der bayerischen Staatsregierung vorgebrachte Ablehnungsgrund „Frühpensionäre drängen auf den Arbeitsmarkt" bei der geplanten Anzahl von 250 Offizieren pro Jahr als Scheinargument betrachtet werden muß, und abgesehen davon, daß – wie vorgeschlagen – eine Unterbringung auf Beamtendienstposten des höheren Dienstes zu Recht auf den erbitterten Widerstand des Deutschen Beamtenbundes stoßen dürfte, ist das vorzeitige Ausscheiden m. E. nur für zwei Gruppen von Offizieren erwägenswert.

- Offiziere, die aus den verschiedensten Gründen auf Nebenverdienste nicht angewiesen sind,
- hochqualifizierte Spezialisten, die niemandem den Arbeitsplatz wegnehmen, sondern lediglich nichtbesetzbare Stellen ausfüllen.

Unter diesen Voraussetzungen stellen sich für mich zwei Fragen:

- Wird sich überhaupt die erhoffte Anzahl von Offizieren finden, die bereit sind, unter den angebotenen Bedingungen zu quittieren?
- Konnte der Einspruch der CSU nicht koalitionsintern vorher ausgeräumt werden, um so nicht schon wieder den Anschein der Uneinigkeit zwischen den Partnern zu erwecken?

Sollte es aus irgendeinem Grund nicht zu dem geplanten Gesetz kommen, so tritt ein Schaden ein, der auch durch den dann wohl unumgänglichen Rücktritt des Ministers nicht behoben werden könnte. Schließlich hat der Bundeskanzler vor den Kommandeuren sein Wort verpfändet.

Ich weigere mich zu glauben, daß Franz Josef Strauß beabsichtigt, auf diese Weise dem Kanzler zu schaden.

Mit freundlichen Grüßen, F. von Wyszecki, Koblenz

Provinz Sachsen

„Bangemanns Mutprobe": WELT vom 19. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist immer wieder zutiefst zu bedauern, daß Artikelschreiber Ihrer Zeitung über die Sowjetzone schreiben und keinerlei Ahnung haben, wie es da drüben aussieht.

Wie kann es vorkommen, daß Ihr Artikelschreiber Heydeck im dritten Absatz seines o. a. Artikels schreiben kann ... ‚Die beiden in Thüringen geborenen Rechtsanwälte' ... Weiß er denn nicht, daß der Geburtsort von Genscher bei Halle liegt, was nicht zu Thüringen gehört, wie auch der Geburtsort von Bangemann Wanzleben ist, was auch nicht in Thüringen liegt. Wanzleben liegt im Bezirk Magdeburg, ehemals Provinz Sachsen-Anhalt wie auch Halle/Saale.

Mit freundlichen Grüßen W. Sauerzweig, Neumünster 8

Subventionen

„Der Milliarden-Wahnsinn der EG-Stahlwirtschaft"; WELT vom 16. Februar"

Ihr oben genannter Artikel nennt eine Reihe richtiger und nachdenkenswerter Zahlen über die Subventionierung von Stahlwerken in europäischen Staaten. Er verschweigt allerdings vier entscheidende Aspekte:

- Die Milliarden-Subventionen werden nicht durch die EG ausgeschüttet, sondern samt und sonders aus nationalen Töpfen bezahlt.
- Ohne die EG und den durch sie gestarteten Versuch der Überwachung wären die nationalen Regierungen noch weniger gehindert, ihre Stahlwerke zu subventionieren, als sie es heute tun.
- Die Tatsache, daß die nationalen Subventionen noch nicht vollständig verboten werden konnten, liegt an der Notwendigkeit des Einstimmigkeitsvotums im EG-Ministerrat. Hätten EG-Parlament und EG-Kommission bereits heute genügend Einfluß, wären entsprechend der vorgelegten Parlamentsberichte die Subventionszahlungen durch die nationalen Regierungen längst eingestellt.
- Schuld am Milliarden-Wahnsinn ist demzufolge nicht eine schlimme EG-Bürokratie, sondern die zu starke nationale Eigenbrötlerei und der nationale Egoismus der EG-Mitgliedsstaaten.

Mit freundlicheln Grüßen Dr. Ingo Friedrich, Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU)

Das Doppelte

In früheren Zeiten hat man die Rentenversicherung mit Aufgaben betraut, die a) Geld gekostet haben und b) nichts mit den Aufgaben einer Rentenversicherung zu schaffen hatten.

Heute kommen Mindereinnahmen durch Arbeitslosigkeit und Kinderlosigkeit hinzu.

Somit werden auch in Zukunft die Beiträge steigen und die Leistungen fallen!

Da heute schon die Angestellten eine Alter-Durchschnittsrente von nur DM 1184 erhalten, kann man sich leicht vorstellen, wie die Renten in 15 oder 30 Jahren aussehen werden. Jeder, der auch nur bis drei zählen kann, sollte als Pflichtversicherter zusätzlich etwas für sein Alter sorgen.

Jeder, der bis heute freiwillige Beiträge zahlte, sollte sich bei einer privaten Versicherung versichern. Dort bekommt man mehr für sein Geld (in meinem Fall mehr als das Doppelte an Leistung bei gleichem Aufwand), und die Leistungen sind einem sicher. Ich für meinen Teil werde der BfA keine Mark mehr geben.

W. Kreuer, St. Märgen

Wort des Tages

„Ich glaube nicht, daß es Allgemeingesetze und Rezepte gibt, mit denen dem einzelnen gedient ist. Die Gesetze und Rezepte sind im Gegenteil auch nicht für den einzelnen da, sondern für die vielen."

Hermann Hesse; dt. Autor und Nobelpreisträger (1877–1962)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Nürnberger Fabrikant Dr. **Eugen Sasse** feiert am 9. März seinen 90. Geburtstag. 1946 gründete er in Schwabach die Dr. Eugen Sasse KG, die vor kurzem in eine GmbH für die Herstellung von Bauelementen für die Elektronik umgegründet wurde. Als es nach dem Kriege galt, die Elektroindustrie zum gemeinsamen Handeln zu organisieren, war Sasse einer der Mitbegründer des Zentralverbandes der elektronischen Industrie (ZVEI) mit dem heutigen Hauptsitz in Frankfurt am Main. 1947 war er Gründer des Fachverbandes Bauelemente der Elektronik, der noch heute seinen Sitz in Nürnberg hat. Als während des Zweiten Weltkrieges die Gebäude der Hochschule für Wirtschaftswissenschaften in Nürnberg in Trümmer gesunken waren, war es Sasse, der im Jahre 1946 den Wiederaufbau in die Hand nahm. Er stellte sich dieser Hochschule bis zum Jahre 1962 als Dozent zur Verfügung und gehörte bis zur Überführung in die Universität Erlangen dem Verwaltungsrat und dem Senat an.

AUSZEICHNUNGEN

Der durch die Entdeckung des „Mössbauer-Effekts" international bekannt gewordene deutsche Physiker Professor **Rudolf Mössbauer** ist mit der höchsten Auszeichnung der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion, der goldenen Lomonossow-Medaille, ausgezeichnet worden. Mössbauer (56), der 1961 den Nobelpreis für Physik erhielt und an der Technischen Universität in München tätig ist, gehört der sowjetischen Akademie der Wissenschaften seit 1982 als ausländisches Mitglied an.

*

Die Autoren **Matthias Esche**, **Siegfried Lenz** und **Paul Mommertz** erhalten den Fernsehpreis 1985 der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG). Esche erhält den Preis in Gold für sein Fernsehspiel „Die Friedenmacher", der Preis in Silber wird an Siegfried Lenz für das Drehbuch zu „Ein Kriegsende" verliehen. Eine ehrende Anerkennung sprach die Jury für „Die Wannseekonferenz" von Mommertz aus.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter Neuseelands in der Bundesrepublik Deutschland wird **Edward Farnon**, bisher Assistent Secretary im Außenministerium und zuständig für Wirtschaftsfragen, vor allem für die Beziehungen zu Australien und zu Europa. Farnon löst im April in Bonn Botschafter **Jack Shepherd** ab, der in den Ruhestand tritt. Shepherd war 36 Jahre lang im diplomatischen Dienst seines Landes tätig. Zum Abschied von der Bundesrepublik Deutschland schrieb er: „Deutsche und Neuseeländer ... verbindet die Anerkennung von ‚Fair play', Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte." Zur Ernennung seines Nachfolgers Edward Farnon erklärte Neuseelands Premierminister **David Lange**: „Es ist wichtig für Neuseeland, daß die herzliche und verständnisvolle Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt wird."

VERANSTALTUNGEN

Peter Lord Carrington, NATO-Generalsekretär, wird am Mittwoch Gast der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn sein. Der frühere britische Außenminister spricht im Bad Godesberger Rheinhotel Dreesen vor Mitgliedern der Gesellschaft zum Thema „Die NATO und die europäische Verteidigung".

*

„Como Foulard", Seidentücher aus Como mit treffsicherem Geschmack präsentiert und dazu mit viel Witz, so stellte sich Italien während eines Galaabends in der Bonner Beethovenhalle vor. Schirmherren waren der italienische Botschafter in Bonn Professor **Luigi Vittorio Ferraris** und seine Frau, die Organisation hatten die Handelskammer Como und das Italienische Institut für Außenhandel in Düsseldorf übernommen. **Como Foulard** kam zum ersten Mal in die Bundesrepublik Deutschland. Modeinteressierte mußten bisher in die Villa Olmo nach Como fahren, wenn sie die besten Sommer- und Winterkollektionen von Schals, Stolen und Halstüchern bewundern wollten.

Mit einer schnellen Bank kann man alles überholen. Selbst ein altes Haus.



NACHRICHTEN

Heute Bundesliga

München (sid) – Bereits heute abend um 20.00 Uhr bestreitet Bayern München, Spitzenreiter der Fußball-Bundesliga, sein Meisterschaftsspiel gegen Bayer Uerdingen.

Daviscup ohne McEnroe

Tokio (dpa) – Ohne John McEnroe und Jimmy Connors bestreiten die USA ihr erstes Daviscup-Spiel dieser Saison gegen Japan. Für die Begegnung in Kyoto wurden Eliot Teltscher, Aaron Krickstein, Robert Seguso und Ken Flach nominiert.

Proteste gegen Grand-Prix

Rom (sid) – Mit Protesten reagieren italienische Umweltschützer auf den für den 13. Oktober geplanten Großen Preis der Formel 1 in Rom. Der Grand-Prix soll in einem Stadtviertel durchgeführt wrden, der als die „Grüne Lunge" Roms gilt. Auch der Präsident der Automobilfirma Alfa Romeo, Ettore Massaccesi, hat sich inzwischen gegen den römischen Plan ausgesprochen.

Mang fand Sponsor

München (dpa) – Auf einem neuen Motorrad (Honda) und mit einem neuen Sponsor wird der viermalige Motorrad-Weltmeister Anton Mang (Inning) die kommende Saison bestreiten. Das „World Championship Team" der amerikanischen Zigarettenfirma Philipp Morris/Marlboro, für das auch Mang-Konkurrent Martin Wimmer fährt, soll Mang rund 350 000 Mark geboten haben.

Gewinnverteilung unklar

Calgary (sid) – Weiterhin unklar ist die Form der Auszahlung des Olympia-Gewinns an die teilnehmenden Mannschaften. Das Nationale Olympische Komitee der USA (USOC) hat dem deutschen NOK bisher lediglich telefonisch erklärt, der Gewinn von 7 Millionen Dollar, der den Mannschaften zusteht, läge in den USA als eine Art Gutschrift für Trainingsmaßnahmen bereit.

Schockemöhle in Führung

Düsseldorf (sid) – Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) gewann beim Hallen-Reitturnier im holländischen s'Hertogenbosch auf So Long das Abschiedsspringen. Zuvor hatte er auf Deister den zweiten Platz belegt und damit in der Europaliga die Führung vor dem Briten Nick Skelton übernommen.

Derwall versöhnt

Istanbul (dpa) – Nach einer Woche heftiger gegenseitiger Kritik haben Fußball-Trainer Jupp Derwall und Ali Uras, der Präsident des türkischen Klubs Galatasaray Istanbul, ihren Streit beendet. Beide versicherten, Derwall werde seinen Zweijahres-Vertrag bis Juni 1986 erfüllen.

Berlin wurde nominiert

Berlin (dpa) – Der Deutsche Motorsport-Verband (DMV) hat sich um die Austragung der Eisspeedway-Weltmeisterschaft 1987 beworben und als Austragungsort des Finales das Wilmersdorfer Eisstation in Berlin nominiert.

Erfolg nach Ballsuche

Miami (dpa) – Der Amerikaner Mark McCumber gewann das Golf-Turnier in Miami vor Pokalverteidiger Tom Kite. McCumber hatte am letzten Loch seinen Abschlag verzogen und bestand anschließend auf der Ballsuche, um den sonst fälligen Strafschlag zu vermeiden. Er fand den Ball und gewann das Turnier mit einem Schlag Vorsprung.

ZAHLEN

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft Norwegen, Gruppe 1: Spanien – Finnland 29:19, Gruppe 2: Ungarn – Bulgarien 28:22, „DDR" – USA 21:15, Polen – Niederlande 29:23. – **Europapokal**, Frauen, Halbfinale, Landesmeister: SC Leipzig – Spartak Kiew 17:24 (Hinspiel 18:25), Südstadt Wien – Radnicki Belgrad 21:21 (16:19), Finale: Kiew – Belgrad. – Pokalsieger: Topolniki – ZSKA Sofia 22:18 (19:23), Titograd – Krasnodar 29:22 (20:26), Finale: Topolniki – Titograd. – IHF-Pokal: Vasas Budapest – Iskra (CSSR) 25:16 (23:21), Lützelinden – ASK Frankfurt/Oder 21:32 (10:25) – Finale: Budapest – Frankfurt/Oder.

TENNIS

Damen-Turnier in Oakland, Finale: Mandlikova (CSSR) – Evert-Lloyd (USA) 6:2, 6:4. – Herren-Turnier in Toronto, Finale: Curren (Südafrika) – Jarryd (Schweden) 7:6, 6:3.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 6, 27, 29, 30, 40, 41, Zusatzzahl: 39. (ohne Gewähr).

LÄNDERSPIEL / Plötzlich zeigt sich, daß der deutsche Fußball doch noch (oder wieder?) aus dem vollen schöpfen kann

● Nach dem 2:1-Erfolg über Portugal in Lissabon ist die deutsche Fußball-Nationalmannschaft als einziges Team der Weltmeisterschafts-Qualifikationsgruppe 2 (6:0 Punkte) noch unbesiegt. Pierre Littbarski und Rudi Völler, die besten deutschen Spieler, erzielten die Tore. Teamchef Franz Beckenbauer: „Damit haben wir einen großen Schritt in Richtung Weltmeisterschaft Mexiko 1986 getan." Das nächste Spiel auf dem Weg nach Mexiko findet am 27. März in Saarbrücken statt. Der Gegner heißt Malta.

● Die Mannschaft hat gewonnen, doch zu den großen Verlierern zählte ihr Kapitän Karl-Heinz Rummenigge, der wegen einer Grippe zuschauen mußte. Ohne den Star von Inter Mailand lief das Spiel so gut wie lange nicht mehr. Er selbst reagierte verärgert: „Wenn man nun sagt, ohne mich läuft es besser, dann wurmt mich das." Seinen Stürmerkollegen hat Rummenigge den Kampf angesagt: „Es müßte um mein Selbstbewußtsein schlecht bestellt sein, wenn ich um meinen Stammplatz bangen sollte."

● Die internationalen Fußball-Experten haben die deutsche Mannschaft wiederentdeckt. Frankreichs Sport-Zeitung „L'Equipe" schreibt: „Die Deutschen haben ihre Gradlinigkeit wiedergefunden. Sie erteilten in Lissabon den nervösen Portugiesen in dieser Hinsicht eine Lektion. Die deutsche Mannschaft hat gezeigt, wie einfach Fußball sein kann." In Portugal ist die Stimmung gedrückt. Die Zeitung „A Bola" faßte ihre Befürchtungen in einer Zeile zusammen: „Adios Mexico!"

Eine Notlösung wurde zum Test der Stärke. Beckenbauer in der Kabine: „Männer, ich bin stolz auf euch"

ULRICH DOST, **Lissabon**

Der Spieler Franz Beckenbauer war es, der mit dem Unfug in den Kabinen aufhörte, vor Spielbeginn einen Kreis zu bilden, Händchen zu halten und einen Treueschwur abzulassen. Diese Art von befohlener Männerfreundschaft hielt er für nicht mehr zeitgemäß. Am Sonntag aber, die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hatte soeben Portugal in Lissabon mit 2:1 besiegt, ging eben dieser Franz Beckenbauer in die Kabine, stellte sich gelassen, wie es seiner Mentalität entspricht, in die Mitte und sagte: „Männer, ich bin stolz auf euch."

Für gewöhnlich, so sagte der Bremer Mittelstürmer Rudi Völler später, würden die Spieler bei solchen pathetischen Worten in sich hineinlachen, doch von Beckenbauer fühlten sie sich persönlich angesprochen. Dieser Sieg hatte sie näher zusammenrücken lassen, ihnen das Gefühl vermittelt, tatsächlich gemeinsam etwas Großes geleistet zu haben. Irgendwie hatten sie alle vorher die Schlinge um den Hals gespürt. Ohne Förster, ohne Thon und ohne Rummenigge, die alle fieberkrank waren, gegen eine portugiesische Mannschaft, die zur allerersten Güte in Europa zählt, und dann noch im fremden Stadion – da kann man schon mal eine Gänsehaut bekommen.

Doch nichts von alledem war später zu spüren, sie hatten sich erfolgreich Mut gemacht. Trainer Horst Köppel: „Ich habe es jedem erzählt, der es hören wollte, daß ich beim Skat schon oft einen Grand ohne drei Bauern gewonnen habe." Hinterher läßt sich das leicht erzählen. Von den Zweifeln und Ängsten, die sicherlich vorhanden waren, bleibt dann nichts mehr übrig.

Es sei ein Kraftakt gewesen, sagte Teamchef Franz Beckenbauer später, und den könne man nicht beliebig oft wiederholen. Gerade aber dieser Kraftakt dürfte den Nationalspielern, seit Monaten, ja fast seit Jahren, ständig die Blamierten, endlich wieder jene Stärke eingebracht haben, die sie schon verloren glaubten. Selbstverständlich wollte Franz Beckenbauer nichts davon wissen, daß es sich bei der Elf, die in Lissabon spielte, um ein Verlegenheitsteam handelt. „Es ist doch so," sagte Horst Köppel, „daß wir glaubten, Alternativen zu besitzen. Jetzt wissen wir, daß wir sie tatsächlich haben." Nur vage kann man sich daran erinnern, wann eine deutsche Nationalmannschaft zuletzt so gut besetzt war, daß selbst die Reservespieler noch erste Klasse darstellten.

Franz Beckenbauer ist in eine glückliche Lage geraten, auch wenn der Zufall, sprich: Grippevirus, nachgeholfen hat. Nach dieser Glanzvorstellung von Lissabon, die für den Teamchef „ein ganz großer Schritt in Richtung Weltmeisterschaft Mexiko 1986" war, fällt es Beckenbauer nicht schwer, so zu reden: „Für die Zukunft muß man sehen. Wir können abwarten, wie die Spieler in Schuß sind, wenn Länderspiele anstehen. Es ist ein beruhigendes Gefühl zu wissen, welch starke Leute wir noch in Reserve haben."

Bis Lissabon hat der Teamchef bestenfalls geahnt oder gehofft, gute Leute beisammen zu haben. Spieler wie Frontzeck oder Falkenmayer wollte er behutsam an die internationale Spitze heranführen, zur Zeit hatte er ihnen diese Qualifikation noch nicht zugetraut. Doch wie das so oft ist: Gerade solche Spieler beweisen ihre Klasse, wenn sie dazu gezwungen werden. Eine Notlösung kann oft der beste Test sein.

Diese Mannschaft von Lissabon, die kämpfte und spielte wie schon lange kein DFB-Team mehr, konnte es aufgrund ihrer Einstellung sogar verkraften, ohne einen Spielmacher auszukommen. Der Hamburger Felix Magath sollte in diese Rolle schlüpfen. Doch es blieb wie so oft beim Versuch. Torwart Harald Schumacher, für Rummenigge Kapitän des Teams, verteidigte den Hamburger vehement. Magath habe gerackert und gekämpft, er habe versucht, Löcher zu stopfen, als die Portugiesen in den zweiten 45 Minuten wach wurden und ungestüm anstürmten. Doch reicht so etwas aus?

Was bei Magath auffällt, ist etwas ganz anderes. Selbstverständlich kann er immer noch mit dem Ball umgehen, das verlernt man auch im Alter von 31 Jahren nicht. Doch was passiert, wenn Magath den Ball besitzt? Dann müßte eigentlich Bewegung und Tempo ins deutsche Spiel kommen. Doch was macht der Hamburger? Er schiebt den Ball meist nur über wenige Meter zum nächsten Mitspieler. An der Schnelligkeit hapert es bei ihm, da kommt er einfach mit den Jüngeren nicht mehr mit. Auch der Aufmerksamkeit von Franz Bekkenbauer kann so etwas nicht entgangen sein. Doch auch hier gibt er sich zurückhaltend. Nach diesem Sieg konnte er es, doch das Problem bleibt bestehen.

Beckenbauer gehört nicht unbedingt zu denen, die uneinsichtig sind, die stur an einer Richtung festhalten. Auch er läßt sich überzeugen. Von seinem Plan, den Uerdinger Mathias Herget zwischen Mittelfeld und Abwehr spielen zu lassen, ist er nach diesem Spiel abgekommen. Herget wird künftig Libero spielen, so wie Beckenbauer selbst diese Rolle geprägt hat: Hinter der Abwehr. Auch ein Felix Magath darf sich nicht sicher sein. Beckenbauer wird klug genug sein, die Möglichkeiten, die sich ihm neuerdings bieten, auch zu nutzen. Auf Namen kann und braucht er keine Rücksicht zu nehmen.

Freude bei den Konkurrenten

Zwei Mannschaften aus der Gruppe 2 qualifizieren sich für die Endrunde der Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko. Kein Wunder also, daß der deutsche Sieg auch in Schweden und in der CSSR gefeiert wird. Grundlage der Rechnungen in diesen Ländern: Deutschland (6:0 Punkte) wird Gruppensieger, Portugal (6:4) hat es jetzt schwerer, Platz zwei zu erreichen.

So sagt denn auch Lars Arnesson, Nationaltrainer von Schweden (4:4 Punkte): „Ich bin sehr zufrieden. Der Sieg der Deutschen ist ein perfektes Ergebnis für uns." Sein tschechoslowakischer Kollege Josef Masopust reagiert ähnlich: „Für uns ist der Sieg der Deutschen das beste Resultat, das aus diesem Spiel zu haben war. Am schlimmsten wäre für uns ein Unentschieden gewesen." Die CSSR (2:2 Punkte) spielt am 30. April in Prag gegen Deutschland. Masupusts Erkenntnis: „Die zweite Halbzeit hat gezeigt, daß die Deutschen unter Druck auch ihre Probleme bekommen. Wir müssen konzentrierter zur Sache gehen, als es die Portugiesen taten."



Im Mittelpunkt der Gratulationen: Pierre Littbarski (links) und Rudi Völler, die beiden Torschützen. Ihre Leistung hat dazu beigetragen, daß Rummenigge, vorher unumstritten, Konkurrenz bekommen hat. FOTO: DPA

Rummenigge muß jetzt kämpfen

ULRICH DOST, **Lissabon**

Karl-Heinz Rummenigge hatte beide Hände tief in den Taschen seiner Trainingshose versteckt. Er wurde ins Abseits gedrängt, neben den Mannschaftsbus. Rummenigge auf dem Abstellgleis? War das mehr als purer Zufall? Ohne ihn, den großen Star und Mannschaftskapitän, gewann die deutsche Nationalmannschaft gegen Portugal. Nun stand er etwas einsam und verloren da, die Wangen stark gerötet.

Hatte er nur soviel Farbe im Gesicht, weil das Fieber seinem Körper immer noch zu schaffen machte? Oder waren es vielleicht die Aufregung und die Verblüffung über die starke Leistung der Stürmer Rudi Völler und Pierre Littbarski? Rummenigge und Völler, von Teamchef Franz Beckenbauer als bestes Stürmer-Duo Europas gelobt, fielen in den letzten Spielen nur durch ihre Rückennummern auf. Lissabon sollte für beide eine Wende werden. Doch sie wurde es nur für Rudi Völler. „Keine Frage", meinte Karl-Heinz Rummenigge, „der Rudi Völler war der beste Mann auf dem Platz, und auch Pierre Littbarski spielte stark."

Ausgerechnet seine direkten Konkurrenten gehörten zu den großen Gewinnern des Spiels. Ob er nicht auch gerne dabei gewesen wäre, wurde er gefragt, schließlich tut so ein Sieg dem Selbstvertrauen gut. Rummenigge: „Selbstverständlich. Aber es ging eben nicht. Ich hatte einen Virus im Körper, der mit Antibiotika behandelt wurde. Leider vergeblich. Niemand trifft die Schuld."

Diesen Umstand nimmt er als gegeben hin, nicht aber, daß man ihn ausbooten könnte. „Die Leistung soll entscheiden", sagt er mit Bestimmtheit, „wir haben jetzt mit Völler, Littbarski, Allofs und mir vier gute Stürmer. Die Tagesform muß entscheiden." Rummenigge muß den Kampf aufnehmen. Er weiß, daß er nach diesem Spiel längst keinen Freifahrtschein mehr besitzt, auch als Kapitän nicht. Auf der Tribüne meinte schon während des Spiels Helmut Beyer, Präsident von Borussia Mönchengladbach: „Wir müssen erkennen, daß Rummenigge nicht die Nationalmannschaft ist und die Nationalmannschaft nicht Rummenigge. Es muß endlich Schluß sein mit dem Denkmalschutz für ihn."

Beim Deutschen Fußball-Bund wird es nicht anders gesehen. Trainer Horst Köppel sagt: „Rummenigge muß seinen Stellenwert nun neu bestimmen. Er muß zeigen, was er wert ist." Teamchef Franz Beckenbauer ging sehr vorsichtig an das Thema heran. Das muß er auch, will er nicht unglaubwürdig erscheinen. Denn noch vor zwei Monaten hat er den Star von Inter Mailand als besten Stürmer der Welt bezeichnet. Jetzt sagt Beckenbauer: „Bislang lagen unsere Probleme im Angriff. Nun haben wir die Qual der Wahl." Gegen Malta, wenn am 27. März in Saarbrücken das nächste Qualifikationsspiel auf dem Programm steht, wird er wohl mit drei Stürmern spielen, um möglichst hoch zu gewinnen. Littbarski und Völler sind nach ihrer Vorstellung von Lissabon auf jeden Fall dabei.

Dennoch wissen sie alle, wie schwer es ist, einen gesunden Karl-Heinz Rummenigge zu verdrängen. Rudi Völler verhält sich diplomatisch: „Mit dem Pierre Littbarski habe ich in der Junioren-Auswahl schon die tollsten Spiele gemacht. Aber wer spielt, entscheidet der Teamchef."

Pierre Littbarski, über den Torwart Harald Schumacher sagt, er sei erwachsen geworden, sieht in seinem Kölner Teamkollegen Klaus Allofs eine große Konkurrenz. Er sagt: „Wie auch immer: Es gibt untereinander keine großen Unterschiede mehr."

EISHOCKEY / Das Halbfinale steht fest

EV Landshut ausgeschieden und finanziell fast am Ende

sid/dpa, **Kaufbeuren**

Der Außenseiter benötigte nur vier von fünf möglichen Spielen, um dem Favoriten dessen Grenzen aufzuzeigen: Mit einem 4:2-Sieg im vierten Spiel gegen den EV Landshut qualifizierte sich der ESV Kaufbeuren für das Halbfinale der Eishockey-Endrunde. Kaufbeuren, jahrelang von der Konkurrenz eher mitleidvoll über die Schulter angesehen, feierte mit seinem Erfolg eine Art verspätete Revanche für die im Vorjahr erlittene Demütigung, als es von Landshut zunächst regelrecht verprügelt und anschließend noch besiegt worden war. Diesmal blieben die Ausschreitungen jedoch aus. Nur zwei zerbrochene Stühle und Fensterscheiben in der Landshuter Kabine zeugten von der Gemütsverfassung der geschlagenen Favoriten, die das Debakel erahnt und nichts unversucht gelassen hatten, es noch zu verhindern.

Mit einer einstweiligen Verfügung gegen die Ansetzung von Schiedsrichter Würth und der fristlosen Entlassung von Trainer Jaroslav Pitner sollte das Ausscheiden verhindert werden. Doch die Bemühungen waren ebenso kopflos wie überflüssig. Spielerisch war Landshut dem ESV Kaufbeuren erneut unterlegen.

100 000 Mark Verlust hat der Landshuter Vorstand nach dem Scheitern errechnet. Eine Summe, die wahrscheinlich durch den Verkauf einiger wichtiger Spieler ausgeglichen werden muß. Im Gespräch ist bereits ein Transfer des Nationalmannschafts-Kapitäns Erich Kühnhackl und dessen Sturmpartners Helmut Steiger, der mit der Düsseldorfer EG in Verbindung gebracht wird.

Teure Spieleinkäufe kann sich die DEG inzwischen wieder leisten. Zwar schied sie durch eine 0:4-Heimniederlage gegen den Nachbarn Kölner EC aus der Play-off-Runde aus, doch war das Stadion mit 10 500 Zuschauern in dieser Saison sechsmal ausverkauft. Nach Jahren der Mißwirtschaft ist der Klub wieder auf dem Weg nach oben. Davon sind die Fans überzeugt. Deshalb verabschiedeten sie die Mannschaft trotz der Niederlage mit Applaus und anhaltenden Gesängen.

Selbst der Kölner Trainer Jozef Golonka war hingerissen: „So etwas habe ich noch nicht erlebt. Das beste Publikum der Welt." Golonka, der mit dem Kölner EC im Halbfinale auf den Mannheimer ERC trifft, muß in die CSSR zurückkehren, weil sein Auslandsaufenthalt nicht verlängert wurde. Er wird in der kommenden Saison von dem Schweden Hardy Nilsson abgelöst, der 1979 mit dem KEC als Spieler deutscher Meister wurde und den schwedischen Zweitligaklub Örnskjöldsvikum trainiert.

Mögenburg und der Flop als Job

Zwischen den beiden Frühstücks-Brötchen am Montag war ein Anrufer abzufertigen. Dietmar Mögenburg erledigte die Störung dennoch höchst freundlich. Doch nun müsse er schnell los, die bulgarische Hochsprung-Weltrekordlerin Ludmilla Andonova warte darauf, von ihm nach Herzogenaurach (zu adidas) kutschiert zu werden. „Entschuldige, aber ich muß wirklich los. Wenn's sehr wichtig ist, rufe ich von einer Autobahn-Raststätte aus zurück. Ich bin wirklich im Streß, bei mir sieht's aus wie nach einem Anschlag." Am Morgen nach seinem Kölner Hallen-Weltrekord von 2,39 m hatte der Alltag den 23jährigen Olympiasieger wieder eingeholt.

Dieser Alltag des erfolgreichen bundesdeutschen Leichtathleten der vergangenen Jahre gleicht immer mehr der Arbeitsplatzbeschreibung eines Top-Managers aus der Industrie. Mögenburg hat sich zum „Flop als Job" bekannt, und er geht seinen Weg mit einer bemerkenswerten Konsequenz. Die Leistung ist, trotz aller Freude über sportliche Erfolge und persönliche Verbesserungen, vorrangig Mittel zu dem Zweck, schon in jungen Jahren die Altersversorgung zu sichern. „Millionär bin ich zwar noch nicht, aber sehr zufrieden mit dem jetzigen Zustand." Er bekennt sich zum Gefallen an schnellen Autos, und wenn er davon redet, später mal ein Haus nach eigenen Einfällen bauen lassen zu wollen, ist daran nichts Träumerisches.

Den eigenen Höhenflügen, die ihn zu fast allen erreichbaren Titeln geführt haben, ordnet Mögenburg fast alles unter. Als er die Trennung von seinem Mentor Dragan Tancic vor zwei Jahren für angebracht hielt, trennte er sich vom Bundestrainer – auf Zeit. Als er sich kürzlich für die Meetings in Berlin und Köln am vorigen Wochenende nicht gut genug

STAND ● PUNKT

vorbereitet fühlte, ließ er Karneval Karneval sein, besorgte sich die Hallenschlüssel und trainierte an Weiberfastnacht allein. Als er nach neuen Trainingsvarianten suchte, wurde er prompt fündig: „ich werde demnächst Ballett machen, das bringt hoffentlich was für meine Beweglichkeit." Und als seine langjährige Freundin Astrid von Moltke ihn am Sonntag kritisierte: „Du springst zu abwartend, zu vorsichtig, der Sjöberg springt viel härter als du", hörte Mögenburg auf sie – und sprang so hoch wie vor ihm nur der Chinese Zhu Jianhua in Eberstadt.

Das Sportfest in Köln war seine Idee, er selbst organisierte, lud Teilnehmer und Presse ein, kümmerte sich um alles. Trotz Fernseh-Fußball aus Portugal und dem benachbarten Eishockey-Knüller zwischen Düsseldorf und den Kölner „Haien" füllten 600 Fans die Halle bis zum letzten Platz. Mögenburg verließ sich dabei nicht auf den Sport allein, er lockte mit einer Tombola, die auch Großveranstaltungen zur Ehre gereicht hätten: Ein Auto war der Hauptgewinn, Reisen nach Los Angeles und auf die griechische Insel Kos (von Tancic gewonnen) für je zwei Personen gab's als Trostpreise.

Als das sportliche Niveau des Meetings zweitklassig zu bleiben schien, schwang sich Dietmar Mögenburg selbst zum Retter seiner Idee auf. Nach 2,24 m war er allein im Wettbewerb und klagte: „Es ist immer so zeitaufwendig, bis die Latte endlich auf Zweidreißig liegt." Doch einer, der sein Produkt Hochsprung als Qualitätsware verkaufen will, gibt sich mit simplen Siegen nicht zufrieden. Also flog „Didi" hoch und höher, bis in die Schlagzeilen, von denen er weiß, daß ein Rekord sie auslöst. Als er den hatte, hörte er auf, die neue „Traummarke" von 240 Zentimetern soll nach seinen Vorstellungen bis Eberstadt (16. Juni) warten. Den Weg dahin wird Dietmar Mögenburg konsequent beschreiten, und die Titelverteidigung am Samstag abend bei der Hallen-Europameisterschaft in Piräus gehört nicht dazu.

H. J. QUAST

FUSSBALL

Kritik von Willi Daume

dpa, **Hamburg/Paris**

Der von meheren Politikern geforderte Rücktritt von DFB-Präsident Hermann Neuberger findet innerhalb des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) keine Zustimmung. Es gibt auch keine Mehrheit für den Wunsch, die EM 1988 zurückzugeben, falls die Einbeziehung von Berlin nicht doch noch gelingt.

Kritik an der Haltung des DFB wurde aber im Nationalen Olympischen Komitee (NOK) für Deutschland laut. So sagte NOK-Präsident Willi Daume: „Diese immerhin noch nicht endgültige Entscheidung der UEFA, ganz gleich, wie sie zusstande gekommen sein mag, ist falsch." Innerhalb des DFB formiert sich nur eine Opposition im Berliner Landesverband (VBB). Geschäftsführer Wolfgang Levien: „Unser Verhältnis zum DFB ist getrübt und schwer belastet." Vielleicht wird der VBB einen Mißtrauensantrag gegen Neuberger stellen.

Sollte der DFB versuchen, nachträglich Berlin als Spielort durchzusetzen, wird die Europameisterschaft 1988 nicht in Deutschland ausgetragen. Das meinte der französische UEFA-Präsident Jacques Georges: „In diesem Fall wäre die Entscheidung des Organisationskomitees hinfällig." Dann müßte ein anderes Land bestimmt werden.

In Jerusalem erwarten Strauß besorgte Fragen

Hauptvorwurf: Einseitige Argumente für die Saudis

PMR/lz./lav. Jerusalem

Dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß wird in israelischen Militärkreisen vorgehalten, einseitig pro-saudische Argumente für eine Lieferung deutscher Leopard 2-Panzer an das arabische Königreich vorzubringen. Saudi-Arabien, so hieß es gestern einen Tag vor dem erwarteten Strauß-Besuch in diesen Kreisen, sei keinesfalls bedroht. Im Verband der Golfstaaten könne es jeden Vorstoß der Iraner oder der kommunistischen Südjemeniten abschlagen. Im breiten Katalog der israelischen Argumente wurde von Stabsoffizieren nicht nur auf den Kriegszustand gegenüber Israel und auf eine deutsche Verpflichtung für Israels Sicherheit hingewiesen, sondern punktuell betont:

1. Deutsche Panzer in Saudi-Arabien bedeuteten eine tiefe Verstrickung, weil deutsche Soldaten und Ausbilder kommen müßten. Da der saudische Bestand an technisch erfahrenen Soldaten nicht ausreicht, werden auch Jordanier und Pakistanis eingesetzt. Pakistan unterhält nach dem „Institut für Strategische Studien" in London in Saudi-Arabien allein 20 000 „Leihsoldaten".
2. Niemand könne die Saudis davon abhalten, Panzer zur Unterstützung des Irak im Golfkrieg nach Bagdad zu schicken oder an der Front erproben zu lassen. Die enorme Stärkung der saudischen Panzerwaffe würde Iran als gegen sich gerichtet betrachten und entsprechend reagieren. Bonn müßte mit schiitischen Terrorakten und Selbstmord-Kommandos rechnen sowie mit einem wirtschaftlichen Boykott durch Teheran.
3. Eine neue Panzer-Armee der Saudis zwänge Israel zum Bau weiterer Merkava-Panzer, für die aber das Geld fehle, oder zur Umgruppierung, was die Front gegen Syrien schwäche. Zur Zeit unterhält Israel keine Panzer-Einheiten südlich von Beersheba.
4. Die Furcht Israels vor einer zweiten Front wie im Krieg 1973 wird durch die Aufrüstung Saudi-Arabiens, Ägyptens und Jordaniens verstärkt. Alle diese Länder werden mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet und daran ausgebildet. Sie können daher militärisch gemeinsam operieren. Diese „Südfront" ist schon heute stärker als Israel, das seinen Verteidigungsetat wegen der Wirtschaftskrise um 500 Millionen Dollar zusammenstreichen mußte.
5. In Saudi-Arabien werde in absehbarer Zeit der jetzige Kronprinz Abdallah (61) die Macht übernehmen. Er sei islamisch-fanatisch, anti-westlich und ein Freund der radikalen Syrer, so daß eine moderne Panzerwaffe unter seinem Befehl das Kriegsrisiko erhöhe.

In der bayerischen Staatskanzlei wurden die heftigen Reaktionen mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen. Das Interview, so hieß es, sei bereits im Oktober 1984 gegeben und ohne Wissen der Staatskanzlei jetzt veröffentlicht worden. Strauß hatte darin seinen alten Standpunkt bekräftigt: Saudi-Arabien sei nicht nur einer der wichtigsten Öllieferanten und einer der interessiertesten Handelspartner, sondern auch einer „der wesentlichsten Stabilisierungsfaktoren in dieser Region". In einem Interview der „Bild"-Zeitung versuchte Strauß zu präzisieren: „Wenn wir nicht liefern, liefern andere." Zugleich plädierte er dafür, auch den Israelis „verteidigungstechnische Hilfe zu gewähren, falls sie es wünschen".

In Jerusalem verlautet, die Äußerungen hätten in erster Linie Premierminister Shimon Peres, dessen Gast Strauß sein wird, in Verlegenheit gebracht. Das für den Besucher angesetzte Vier-Tages-Programm wird zwar wie geplant ablaufen, doch es hieß, Peres möchte das Profil des Besuchs reduzieren. Minister Eser Weizman, einer der Vertrauten des Premiers, äußerte sich gestern positiv über den deutschen Gast: Strauß sei ein guter Freund Israels, und man müsse versuchen, ihn zu verstehen.

Israel fordert Garantien bei EG-Süderweiterung

Shamir macht Anerkennung Spaniens davon abhängig

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Auswirkungen eines spanischen und portugiesischen EG-Beitritts auf die israelischen Exporte in die Europäische Gemeinschaft und die Chancen einer nahöstlichen Friedenslösung nach der jüngsten jordanisch-palästinensischen Initiative waren Gegenstand der Gespräche, die Israels Außenminister Yitzhak Shamir gestern in Paris mit Präsident Mitterrand, Außenminister Dumas und Europaministerin Catherine Lalumière führte. Paris war die erste Station einer Europareise Shamirs, die ihn auch nach Bonn und Den Haag führt. Als vordringlich im Vorfeld des deutsch-französischen Gipfels vom kommenden Donnerstag bezeichneten israelische Kreise in Paris indes die drückenden Sorgen der israelischen Landwirte vor einer Überschwemmung des EG-Marktes durch iberische Produkte.

Shamir hat bei Mitterrand mit großem Nachdruck darauf bestanden, daß die Israel vertraglich zugesagten Einfuhrquoten für Obst und Gemüse durch die Süderweiterung der Gemeinschaft nicht eingeschränkt werden. Er forderte „Garantien" für den Fall einer solchen Erweiterung und machte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Spanien (beide Länder erkennen sich bisher gegenseitig nicht an) von solchen Garantien abhängig. In seiner Umgebung war vorher die Erwartung geäußert worden, daß Frankreich, selber ein Agrarüberschußland, für die israelischen Vorstellungen mehr Verständnis aufbringen werde als die nordeuropäischen Länder.

Sehr energisch hat sich Shamir in Paris gegen den jordanisch-palästinensischen „Friedensplan" ausgesprochen, der keine Klarheit, sondern nur „neue Verwirrung" in das nahöstliche Spannungsfeld bringe. Eine Lösung der Krise geht nach Shamir nur über das Camp-David-Abkommen, zu dem sich auch Ägypten nach wie vor bekenne. Die PLO Arafats habe sich nicht geändert und sei allein auf die Zerstörung Israels aus. Auf französische Einwendungen, daß König Fahd von Saudi-Arabien und Präsident Mubarak von Ägypten sich hinter den Hussein/Arafat-Plan gestellt hätten, gab Shamir zur Antwort, daß gerade Mubarak sich Israel in letzter Zeit wieder angenähert habe und zum ersten Mal ein israelischer Minister für Energie-Fragen sich zu Verhandlungen in Kairo aufhalte. Von Journalisten darauf hingewiesen, daß Ministerpräsident Peres sich bei seinem Besuch in Paris Anfang Dezember „moderater" hinsichtlich israelisch-jordanischer Friedensfühler gezeigt habe, antwortete Shamir nur kurz: „Wir haben in Israel eine Regierung der nationalen Einheit, und es gibt keinerlei unterschiedliche Standpunkte in dieser Frage."

Der Außenminister bekannte sich Mitterrand gegenüber dem Vernehmen nach unmißverständlich zum israelischen Rückzugsplan aus dem Süden Libanons, der sich in den vorgesehenen Phasen vollziehen werde. Allerdings spielte er auch auf die neu aufgetauchte Gefahr eines schiitischen Terrorismus in Südlibanon an, der die israelische Regierung nicht „indifferent" lassen könne. Punktuelle Angriffe gegen erkannte schiitische Widerstandsländer gelten dem Ziel, den Rückzug der eigenen Truppe reibungslos zu gestalten und künftige Angriffe aus Südlibanon gegen israelisches Gebiet schon im Ansatz unmöglich zu machen.

Politiker, die den Außenminister nach Paris begleiteten, ließen am Rande der Gespräche erkennen, daß der Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in Bonn, die Bundesregierung solle nicht vor der Lieferung von modernen Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien zurückschrecken, in Israel neue Sorgen ausgelöst habe. Nicht zu verstehen sei, daß Strauß diese Äußerungen im Wissen seines bevorstehenden Besuches in Israel getan habe. „Er wird keinen sehr guten Empfang haben", war in Paris zu hören.

„Schule soll Umgang mit Computern vermitteln"

Bildungsministerin Wilms eröffnet Fachmesse „Didacta"

XING-HU KUO, Stuttgart

Zu den neuen Informations- und Kommunikationstechniken gibt es „keine Alternative". Sie bieten jedoch – wie die dezentralen Mikrocomputer und andere Produkte der Elektronik – „gute Chancen". Dies hat Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) anläßlich der Eröffnung der weltweit größten Fachmesse für „Schule, Bildung und Training", „Didacta", gestern in Stuttgart erklärt.

Frau Wilms erklärte vor rund tausend Gästen aus dem Bildungsbereich, die „zentrale bildungspolitische Aufgabe der Gegenwart" sei das Problem, „die Menschen zu befähigen", diese neuen Möglichkeiten zu erkennen und sie „verantwortungsbewußt zu nutzen". Sie plädierte für den raschen Einzug der Computer in die Schulen der Bundesrepublik Deutschland. Dies bedeute jedoch nicht, „daß wir alle Kinder zu Informatikern ausbilden müssen".

Wichtig sei vor allem, daß die jungen Menschen in die Lage versetzt würden, den „Überblick zu behalten, Zusammenhänge zu erkennen". Der Einzug der Computer in die Schulen habe „erhebliche Auswirkungen auf die Gestaltung der Bildungsziele", so die Ministerin weiter. Der Prozeß der Spezialisierung, der die moderne Wissenschaft präge, dürfe „nicht zum Leitbild des allgemeinbildenden Schulwesens" gemacht werden. Wörtlich sagte Frau Wilms: „Lesen, Schreiben, Rechnen gehören auch morgen zu den Grundfertigkeiten, über die jeder verfügen muß, und diese Fertigkeiten müssen gründlich geübt werden".

Die Bildungsministerin unterstrich, daß auch künftig eine „größere Zahl von Fächern" verbindlich bleiben müsse. Dabei sei „der jeweilige kulturgeschichtliche Zusammenhang" bei der inhaltlichen Ausgestaltung dieser Fächer didaktisch aufzubereiten. Erst wenn es gelinge, der Jugend das Gespür für Gesamtzusammenhänge und die Kontinuität von Entwicklung zu vermitteln, könne man sie vor „Haltlosigkeit, Einseitigkeiten und Orientierungslosigkeit bewahren". Frau Wilms warnte vor zu viel Experimentieren mit den Schülern, weil sich dies nachteilig auswirken könne: Hier sei weder „Euphorie noch Verteufeln" angebracht. Der Computer werde „nicht die Verinnerlichung der zehn Gebote oder das mühsame Erlernen von Vokabeln ersetzen", sagte Dorothee Wilms.

Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder erteilte der „Zettelpädagogik" eine klare Absage. Das Schulbuch sei nach wie vor „die Nummer eins unter den Lehrmitteln. Wir wollen in Baden-Württemberg erreichen, daß wieder mehr mit dem Schulbuch gearbeitet wird." Es sei unsinnig, so der Minister, „kleinen Kindern Stapel von Kopien in die Hände zu drücken". Zum anderen werde zu Recht beklagt, daß die Kinder „zuwenig Bücher lesen". Auch könne bei längerer Krankheit der versäumte Stoff mit Hilfe des Buches besser nachgeholt werden.

Mayer-Vorfelder erinnerte daran, daß gerade in Baden-Württemberg der „Erziehungsauftrag" der Schule wieder in den Vordergrund gerückt und die Lehrpläne auf dieser Grundlage reformiert worden seien. Auch er warnte vor einer Euphorie in Sachen neue Technologien und erinnerte an die Begeisterung, mit der in den 70er Jahren in allen Schulen Sprachlabors eingerichtet worden seien: „Heute stehen sie meistens leer oder werden zweckentfremdet genutzt". Aus diesem Grunde habe Baden-Württemberg einen „schnellen, aber behutsamen" Einstieg in die neuen Technologien beschlossen. Nach Auffassung Mayer-Vorfelders hätten Computer und Informatik „an der Grundschule nichts zu suchen".

Auf der 21. „Didacta" seit 1951 sind 700 Aussteller aus 20 Ländern zum Thema „Schule, Bildung und Training" vertreten. Bestandteil der Fachmesse, die am 1. März zu Ende geht, ist auch ein umfangreiches Rahmenprogramm.

Kreise wollen Bauwirtschaft stärken

PETER JENTSCH, Bonn

Die im Deutschen Landkreistag (DLT) zusammengefaßten 237 Kreise wollen in diesem Jahr ihre Investitionen auf dem Bausektor „so stark wie möglich erhöhen". Damit sollen der Bauwirtschaft notwendige Aufträge gesichert und ihr geholfen werden, „die Talsohle der Baukonjunktur zu durchschreiten". Gleichzeitig soll damit auch ein Abbau der hohen Arbeitslosigkeit bewirkt werden.

Die Kommunen machten freilich zugleich deutlich, daß sich aufgrund der Konsolidierungsbemühungen ihre Haushaltslage zwar gebessert habe, „aber nicht in dem Umfang, der nötig wäre, um die kommunalen Investitionen wieder deutlich steigen zu lassen". Unter dieser Prämisse nannte der DLT die Forderung von Bundespolitikern, im Investitionsbereich „kräftig durchzustarten", weil die Konsolidierungserfolge das „Geld dazu verschafft hätten", nicht in dem gewünschten Maße erfüllbar.

Die Finanzierung eines kräftigen Investitionsschubs müßte nach Auffassung des DLT durch zusätzliche Neuverschuldung erfolgen, was aber dem Konsolidierungsziel entgegenstehe. Zudem würden die staatlichen Investitionszuweisungen nach den bisherigen Planungen der Länder nur geringfügig erhöht.

Stark investitionshemmend wirke sich auch die „sehr hohe Belastung der Kreishaushalte durch die Sozialhilfe" aus. Die Dauerarbeitslosigkeit führe zu einer ständig zunehmenden Belastung der Gemeinden und zu einer Finanzierung der Arbeitslosigkeit aus Steuermitteln. So sei 1983 der Aufwand für die allein von den Kommunen aufzubringende Hilfe zum Lebensunterhalt um mehr als zwölf Prozent gestiegen. Jeder siebte Arbeitslose beziehe heute Sozialhilfe.

Dennoch wollen die Kreise ihre Investitionstätigkeit verstärken und geplante Vorhaben möglichst rasch realisieren. Das gelte vor allem für die Bereiche Stadtsanierung, Umweltschutz, Verkehr und Krankenhausrationalisierung. Bereits im vierten Quartal 1984 hätten die Investitionsausgaben der Kreise Vorjahresniveau erreicht; die Entwicklung lasse also hoffen.



Bund mahnt in der Medienpolitik zur Eile

Schreckenberger zur WELT: Kompetenzstreit nicht hilfreich

GERNOT FACIUS, Bonn

In der Medienpolitik ist Bundeskanzler Kohl in einer heiklen Lage. Einerseits häufen sich in der Bonner Regierungszentrale und im Konrad-Adenauer-Haus die Mahnungen enttäuschter Parteifreunde, im Dauerstreit um ein einheitliches Medienkonzept ein Machtwort zu sprechen, andererseits erreichen Kohl Warnungen aus dem Kreis der Ministerpräsidenten, sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Kohls Rede auf dem CDU/CSU-Kongreß „Medien von morgen" am Mittwoch in Mainz (Kohl spricht als CDU-Vorsitzender) wird deshalb nicht zu einer großen Abrechnung mit den zögerlichen Ländern werden, sondern sich auf den Appell beschränken, endlich eine einvernehmliche Regelung über die Kommunikationsstruktur der Zukunft zu finden.

Der Kanzler möchte einem Kompetenz-Konflikt aus dem Wege gehen. „Es ist müßig, darüber zu streiten, wo welche Kompetenzen enden", sagte gestern Kohls Medienbeauftragter, Staatssekretär Professor Waldemar Schreckenberger, in einem WELT-Gespräch. „Dazu ist die Herausforderung, vor der wir stehen, zu groß. Aber ich habe keinerlei Verständnis für kleinliche partikulare Eigenbröteleien oder gar für Manipulationen, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen erleben", fügte Schreckenberger hinzu. Eine Anspielung auf das „Vorschaltgesetz" der Regierung Rau, das dem WDR als Monopolisten das Recht einräumt, letztlich zu entscheiden, welche neuen Programme in die Kabelanlagen des größten Bundeslandes eingespeist werden dürfen. Diese Regelung ziele gegen die Absicht, die Meinungsvielfalt zu verbreitern, meint man auch im Kanzleramt.

Die Kardinalfrage

Für Schreckenberger ist es „das zentrale Problem", wie ein „dauerhafter Betrieb privater Rundfunkveranstalter" gesichert werden kann. Er geht dabei nicht so weit wie der Bayreuther Professor Walter Schmitt Gläser, der die von den öffentlich-rechtlichen Anstalten reklamierte „Bestands- und Entwicklungsgarantie" für schlicht grundgesetzwidrig hält. Gleichwohl sieht der Staatssekretär die Schutzbedürftigkeit „eher bei den Privaten", zumindest in der Startphase, die Schreckenberger auf rund zehn Jahre veranschlagt. Für die öffentlich-rechtlichen Anstalten hätten „gewisse Restriktionen" zu gelten, zum Beispiel beim Werbevolumen, „aber auch bei den Sendezeiten". Kooperationen zwischen Anstalten und Privaten, etwa zwischen dem WDR und der WAZ-Gruppe, würden die Startchancen Privater „unzumutbar erschweren". Ziel der Politik müsse sein, „daß auch kleinere Medienunternehmen eine Chance haben". Nach dem Verständnis der Union sei die Medienvielfalt durch das Vorhandensein einer Vielzahl kleinerer Unternehmen am stärksten garantiert. Deshalb müßten auch Vorkehrungen gegen Konzentrationen getroffen werden.

Schreckenberger räumte ein, daß eine Medienpolitik, die letztlich eine Schwächung der Position der Anstalten bewirken würde, mit der Union nicht zu machen ist. Er sprach von einem „Stimmungsumschwung" seit der medienpolitischen Fachtagung vom Herbst 1978 in Bonn. Die Öffentlich-Rechtlichen sollten auch nach vorherrschender Unionsmeinung an neuen Sendemöglichkeiten teilnehmen. Es müsse „genügend Raum für Private bleiben", so die Position von CDU und CSU, wie sie auch auf dem Mainzer Kongreß zum Ausdruck kommen wird.

Vorleistungen aus Bonn

Als Forderung an die Adresse der Länder wird von Schreckenberger formuliert: „Der Bund muß Planungssicherheit haben." Immerhin hat er, vertreten durch Postminister Schwarz-Schilling, auf Anforderung der Länder beispielsweise sechs Fernsehkanäle auf dem Satelliten Intelsat V angemietet, die wegen des Zögerns der Ministerpräsidenten brachliegen. Schreckenberger: „Der Bund hat seine Zuständigkeiten, wo er sie klar hat, auch genutzt." Die „Vorleistungen", auf die Bonn für die spätere Nutzung durch die Länder eingegangen ist, erreichen Milliardenhöhe. Seit der „Wende" 1982 werden pro Jahr eine Milliarde Mark für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben. Ende Juli 1983 waren nur rund zwei Prozent aller 22 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland an ein Breitbandkabel angeschlossen. Bis Anfang der neunziger Jahre soll nach den Hochrechnungen der Bundespost jede zweite Wohnung einen Zugang zum Kabel oder zur Glasfaser erhalten. Der Medienbeauftragte des Kanzlers weist auf die industriepolitische Bedeutung dieses Wandels hin: „Bei konsequenter Modernisierungsstrategie können nach Schätzungen mittelfristig bis zu 80 000 neuer Arbeitsplätze in den nächsten zwei bis drei Jahren in den Bereichen der Neuen Medien und Kommunikationstechniken geschaffen werden."

Eine Aufstockung der Mittel für die Verkabelung von einer auf 1,5 Milliarden Mark forderte gestern der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU, Dieter Weirich. Seine Ausführungen signalisieren Unmut weiter Kreise in der Union über die Stagnation in den Ministerpräsidenten-Verhandlungen. Weirich empfahl den unionsregierten Ländern, der sozialdemokratischen Seite bis Anfang März eine Frist zum Einlenken zu setzen. Falls die sogenannten A-Länder nicht auf die Konzessionen der Union eingingen, sei ein medienpolitischer „Alleingang" gerechtfertigt. Bislang wehren sich die Ministerpräsidenten von CDU und CSU gegen einen solchen Weg.

Strauß gratuliert Bangemann

dpa, München

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß verbindet mit dem Wechsel im Vorsitz bei der FDP die Hoffnung, daß der „Begriff der Wende auch auf den Gebieten der Innen- und Rechtspolitik endlich mit Leben erfüllt wird". In einem Glückwunschschreiben an den neugewählten FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann äußerte Strauß gleichzeitig die Hoffnung, „daß die FDP unter Ihrer Führung wieder Klarheit über ihren Standort in der deutschen Politik schafft".

Weiter brachte der CSU-Vorsitzende den „Wunsch nach einer erheblich verbesserten Zusammenarbeit der Vorsitzenden der die Bundesregierung tragenden Parteien" zum Ausdruck. „Am guten Willen wird es auf meiner Seite – wie bisher – nicht fehlen", betonte Strauß.

Keine Teilnahme am Moskauer Festival

hey/p.p. Bonn

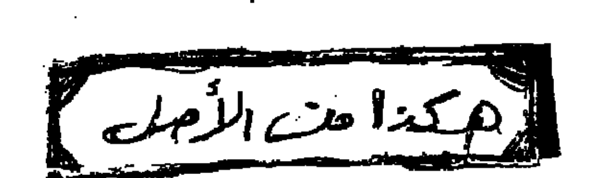
Die Nachwuchsorganisationen der CDU/CSU und FDP, die Junge Union und die Jungen Liberalen, werden im Gegensatz zu den Jungsozialisten der SPD, nicht zu den Weltjugendspielen im Sommer dieses Jahres nach Moskau fahren. Der Juli-Vorstand begründete dies damit, daß die Westberliner Jugendorganisationen getrennt von denen des Bundesgebietes teilnehmen sollen. Ihr Vorsitzender Guido Westerwelle stellte gegenüber der WELT die Frage, wie es der Berliner SPD-Spitzenkandidat Hans Apel erklären wolle, wenn der Juso-Verband der Stadt bei den Spielen unter eigener Fahne einmarschieren würde.

Ein Juso-Sprecher äußerte Erstaunen: Nach monatelanger Arbeit habe man die Einbeziehung der Berliner Verbände in die Bundes-Kontingente erreicht. Ein „Rest" wie die „Karl-Liebknecht-Jugend", die es nur in West-Berlin gibt, werde gesondert „aber nicht wie ein nationaler Verband" behandelt. Einzelheiten der Eröffnungsfeier würden unter Beteiligung eines DGB-Jugend-Funktionärs in Moskau noch ausgehandelt.

Bürgerrechtler Bachmin verhaftet

DW. Bonn

Der sowjetische Ingenieur und Bürgerrechtler Wjatscheslaw Bachmin ist am 22. Februar in Kalinin, unweit Moskaus, verhaftet worden. Die Menschenrechtsorganisation „Kontinent" teilte mit, daß Bachmin bereits im vergangenen Jahr wiederholt verhaftet worden war. Außerdem sei er in einer offenbar geplanten Provokation angegriffen und von der Miliz verhaftet worden. Wegen „Rowdytums" wurde der Bürgerrechtler nunmehr unter Anklage gestellt.



Bauspar-streit

nl. – Im Kampf um Kunden und Marktanteile in der Bausparszene wurde erwartungsgemäß eine weitere Runde eingeläutet. Das Beamtenheimstättenwerk (BHW) hat mit seinem neuen Bauspartarifkonzept „Dispo 2000" die Landesbausparkassen auf den Plan gerufen. Eine Reihe dieser Institute macht mit [illegible] einstweiliger Verfügungen Front gegen diesen Tarif. Ihnen schmeckt vor allem nicht die werbliche Zurschaustellung der Möglichkeit, bei dieser Art von Bausparen über sein Geld ähnlich locker wie beim Sparbuch verfügen zu können. Kritisiert wird ferner, daß der Bausparer nicht mehrere Jahre bis zur Zuteilungsreife seines Vertrags zu warten hat. Das Bausparkollektiv könnte nach ihrer Ansicht die Leistungskraft der Kasse gefährden, wenn auf Grund entsprechender Konjunkturlage und Kapitalmarktverfassung Bausparkonten in größerem Stile geräumt werden sollten. Mit der Genehmigung des Tarifs hat freilich das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen klargemacht, daß es solche Gefahren nicht sieht.

Jenseits solcher grundsätzlicher Bedenken sind zumindest für einen Teil der Konkurrenten strukturelle und ordnungspolitische Gesichtspunkte schwerwiegend genug, um auf die Barrikaden zu gehen. Es droht die Verwischung einer gewachsenen Arbeitsteilung dort, wo gegenseitige Abhängigkeiten und weitgehende Kooperationen bestehen, wie zwischen den Landesbausparkassen und den Sparkassen und im Genossenschaftsbereich. Im Interesse des Bausparers ist nur zu hoffen, daß der Streit in der Branche sich bald legt.

Besonnen

J. G. – Das hat es noch nie gegeben. Schon über eineinhalb Jahre hinweg zeigen die Stahlpreise in Europa eine insgesamt steigende Tendenz. So lange ging es in der nun bald elfjährigen Stahlkrise noch nie gut. Optimisten werten es als Zeichen, daß auch bei hochsubventionierten EG-Stahlwerken Vernunft einkehrt und Steuerzahlergeld nicht mehr in sinnlosen Preiskämpfen verpulvert wird. Rückkehr zur Besonnenheit lassen auch die im Eurofer-Klub vereinten großen EG-Stahlkonzerne nun mit der Absicht erkennen, die Produktion im zweiten Quartal 1985 noch stärker als im Quotenlimit der EG-Kommission zu drosseln. Das soll Begleitschutz sein für die zum 1. April geplante nächste Preiserhöhungsstufe um circa drei Prozent. Kartellierte Preistreiberei? Mitnichten. Immerhin liegt das EG-Stahlpreisniveau noch ein Zehntel niedriger als in Japan und mehrere Zehntel niedriger als in den USA. Auch in dieser Sicht heilen die Wunden aus der horrenden Stahl-Subventionitis nur sehr langsam.

REGIONALPOLITIK / Anhörung im Wirtschaftsausschuß des Bundestages

DIHT: These vom Nord-Süd-Gefälle verkennt die eigentlichen Probleme

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Gegen die These, daß nördlich der Mainlinie der entwicklungsbedürftige Teil der Bundesrepublik beginne, hat sich jetzt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) gewandt. In einer schriftlichen Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Bundestages zur Fortentwicklung der Regionalpolitik, die am Mittwoch in Bonn stattfindet, weist die Kammerorganisation darauf hin, daß es auch im Süden Problemregionen gebe.

Der Eindruck einer räumlich divergierenden Wirtschaftsentwicklung ist nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages nicht von der Hand zu weisen. In der Tat lägen die Arbeitslosenquoten von Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen seit einigen Jahren über dem Bundesdurchschnitt, während Rheinland-Pfalz, Hessen, vor allem aber Bayern und Baden-Württemberg deutlich darunter lägen.

Daraus nun im Umkehrschluß eine nach Norden abnehmende ökonomische Leistungsfähigkeit oder ein im umgekehrten Verhältnis zur Arbeitslosenquote stehendes regionales Entwicklungspotential abzuleiten, sei jedoch unzulässig. „Eine solche an die Nord-Süd-Formel erinnernde These, wonach etwa nördlich der Mainlinie der entwicklungsbedürftige Teil der Bundesrepublik und südlich davon der entwickelte, leistungsstarke andere Teil sich befindet, ist statistisch nicht belegbar", schreiben die Experten des DIHT in ihrer Stellungnahme.

Im übrigen stelle sich die räumliche Verteilung der Arbeitslosigkeit auf der für die regionale Wirtschaftspolitik entscheidenden kleinräumigen Beobachtungsebene etwas anders dar. Werden bei der Betrachtung Arbeitsmarktregionen zugrunde gelegt, die die räumliche Verflechtung zwischen Wohnen und Arbeiten dokumentieren, dann gäbe es auch in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen zahlreich Regionen, deren Arbeitslosenquote etwa der des Bundes entspricht oder sogar unterschreitet. Auf der anderen Seite zähle zum Beispiel der peripherer gelegene ostbayerische Raum mit zu den Problemregionen der Bundesrepublik.

Gegen die These eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen hoher Arbeitslosenquote und niedriger Wirtschaftskraft spräche auch eine genauere Korrelationsanalyse. Danach bestehe zwischen Arbeitslosenquote und Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner beziehungsweise Pro-Kopf-Einkommen keine eindeutige statistische Beziehung. Dieser Befund sei vor allem bei der Berücksichtigung der demographisch bedingten Arbeitslosigkeit plausibel, der gerade in Norddeutschland ein stärkeres Gewicht zukommt.

Ferner besagten die sich in der Arbeitslosenquote niederschlagenden Beschäftigungseinbrüche der zur Konsolidierung gezwungenen Montan- und Großschiffbauindustrie nichts über die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der übrigen Unternehmen einer „altindustriellen" Region. Das Dilemma der Küstenregion sowie des Ruhrgebietes und des Saarlandes bestehe darin, daß nicht zeitgleich mit dem drastischen Belegschaftsabbau in den bislang dominierenden Wirtschaftszweigen ein kompensierendes Arbeitsplatzangebot geschaffen werden kann.

Die norddeutschen Industrie- und Handelskammern führen die über dem Bundesniveau liegende Arbeitslosigkeit, die schwache Steuerkraft und die unterdurchschnittliche Exportquote der vier Küstenländer auf die relativ niedrige Innovationsintensität der Industrie, auf die geringe Anzahl von Forschungseinrichtungen und auf die Randlage wegen der Teilung Deutschlands zurück. Die Bremer Situation sei prekärer als in den übrigen Küstenländern. Der hohe Anteil an Problembereichen habe der Hansestadt das geringste Wachstum aller Bundesländer beschert.

Dagegen sei die hohe Arbeitslosigkeit in Ostfriesland und Papenburg wegen des starken Gewichts der Bauwirtschaft, des Fremdenverkehrs und der Landwirtschaft sehr stark saisonal geprägt. Die Entwicklungsschwäche wird mit dem zu späten Ausbau der Verkehrswege begründet.

INVESTITIONEN

In den tertiären Sektor fließen sehr große Summen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Anteil des Dienstleistungssektors an den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen steigt steil an. Nach einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft geht das Gewicht der anderen Bereiche zurück. Der Trendbruch zu Beginn der siebziger Jahre konzentrierte sich auf das Warenproduzierende Gewerbe. Er fiel besonders kräftig in der Bauwirtschaft, im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich und in den Verbrauchsgüterindustrien aus. Die Ausrüstungen tendierten dagegen vergleichsweise robust.

Die Zuordnung der Ausrüstungen auf Landwirtschaft, Warenproduzierendes Gewerbe, Dienstleistungen und Staat zeigt folgendes Bild:

- Der primäre Sektor, also Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, ist von einer strukturellen Investitionsschwäche geprägt. Sein Anteil am gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsvolumen halbierte sich zwischen 1960 und 1983 von 10,8 auf 5,6 Prozent.
- Der Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes ging während dieser Zeit von 59,9 auf 46,4 Prozent zurück.
- Der Anteil des Staates an den Ausrüstungen erreichte mit 3,9 Prozent zuletzt wieder das Niveau von 1960, nachdem um die Mitte der siebziger Jahre deutlich höhere Werte (1974: sechs Prozent) registriert worden waren. Hier spiegelt sich die expansive Ausgabenpolitik der siebziger und der Konsolidierungszwang der achtziger Jahre wider.
- Im Gegensatz hierzu steht die Investitionsdynamik des tertiären Sektors, der seinen Anteil während des Beobachtungszeitraums um 25,3 auf 44,1 Prozent vergrößern konnte.

Innerhalb des Dienstleistungsbereichs haben die klassischen Zweige Handel und Verkehr als Investoren an Bedeutung verloren. Ein technologisch bedingter Investitionsdruck ließ den Anteil der Bundespost mit Schwergewicht in den achtziger Jahren leicht steigen. Weit über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegen die sonstigen Dienstleistungen, zu denen die Beratungsunternehmen, das Gesundheitswesen sowie soziale und kulturelle Dienstleistungen gehören. Rund die Hälfte der Ausrüstungen der sonstigen Dienstleistungen entfällt inzwischen auf Leasing-Unternehmen (nahezu ein Viertel aller Investitionsleistungen des tertiären Sektors). Dieses bedeutet, daß im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel, wo das Leasing eine nennenswerte Rolle spielt, mehr investiert als bilanziert wird.

Die Industrie konnte bis 1970 ihren Anteil am gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsvolumen in etwa verteidigen, seitdem geht er stetig zurück. Der Trendbruch war in den Sektoren Grundstoffe und Produktionsgüter, Verbrauchsgüter und Bauwirtschaft besonders stark ausgeprägt. Der Investitionsgütersektor konnte seinen Anteil am Ausrüstungsvolumen der Industrie ausweiten.

Paris auf Sanierungskurs

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Höher als erwartet, aber weniger hoch als in den meisten anderen westlichen Industriestaaten, ist die französische Wachstumsrate ausgefallen. Nach ersten offiziellen Schätzungen erreichte sie 1984 real zwei Prozent gegenüber nur 0,7 Prozent im Vorjahr. Diese beschleunigte „Expansion" ist zu gut einem Drittel dem Export zu verdanken, der mengenmäßig um 4,7 Prozent zunahm. Da der Weltmarkt gleichzeitig um etwa sieben Prozent expandierte, hat Frankreich von der internationalen Konjunkturbelebung jedoch nur teilweise profitiert.

Ein weiteres Drittel des Produktionszuwachses, und das relativiert sie noch stärker, entfiel auf die erhöhte Lagerhaltung. Gegenwärtig liegen die Vorräte der Produzenten und des Handels durchweg über dem Normalstand. Das belastet die diesjährigen Konjunkturaussichten. Außerdem verbuchte Frankreich im letzten Jahr Rekordernten, die das Bruttosozialprodukt außergewöhnlich begünstigten.

Der private Verbrauch ist dagegen sehr schwach geblieben. Er erhöhte sich real nur noch um 0,5 Prozent, nachdem er 1983 um 1,1 Prozent und 1982 wegen der anfänglichen sozialistischen Konsumbelebungspolitik um 3,5 Prozent gestiegen war. Der seit März 1983 verfolgte Stabilisierungskurs mit seinen kaufkraftabschöpfenden Maßnahmen hat insoweit voll durchgeschlagen. In den letzten Monaten gingen die Verkäufe des Einzelhandels sogar real zurück.

Dagegen belebte sich die Investitionstätigkeit der französischen Industrie. Zwar wurde der von der Regierung erwartete Realzuwachs von neun Prozent nicht ganz erreicht. Aber mit effektiv sieben Prozent ist das Ergebnis doch recht beachtlich ausgefallen. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß die Investitionen seit den Ölschocks von 1973 kontinuierlich zurückgegangen waren, zuletzt um vier Prozent 1983.

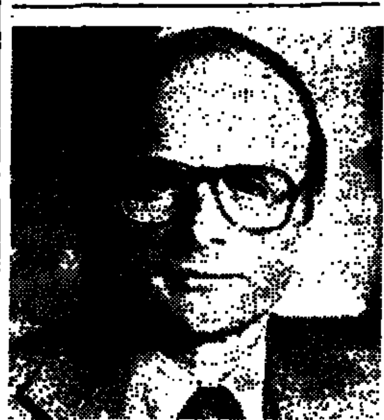
Andererseits hat die finanzielle Lage der französischen Unternehmen inzwischen wieder den Stand vor der Ölkrise (1973) erreicht. Dies war vor allem die Folge davon, daß die Löhne und damit die Lohnkosten weniger stark als die Preise stiegen, welche im Export dank der Dollar-Hausse kräftig aufgebessert werden konnten. Außerdem hat die Regierung die Unternehmenslasten (Sozialabgaben und Steuern) gesenkt. So nahmen die Unternehmensgewinne beträchtlich zu, was sich auch in den überdurchschnittlich gestiegenen französischen Aktienkursen niederschlug. Aber die Unternehmen haben nur einen Teil ihrer besseren Erträge für zusätzliche Investitionen verwendet. In erster Linie tilgte sie ihre durchweg überhöhten Schulden.

Dies ist vielleicht das beste Ergebnis der französischen Stabilisierungspolitik. Das Arbeitslosenproblem wird dadurch allerdings nicht gelöst. Selbst wenn jetzt noch mehr investiert werden sollte – die 150 größten französischen Unternehmen haben für 1985 einen Investitionszuwachs von elf Prozent angekündigt – dürfte man sich weiterhin auf Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen konzentrieren, die eher Arbeitskräfte freisetzen. Im Januar stieg die Zahl der Arbeitslosen um 1,5 Prozent und damit im gleichen Tempo wie 1984. Noch mehr schrumpfte das Stellenangebot. Auch beschleunigte sich die Konkurswelle.

Für die Bundesrepublik dürften sich gleichwohl die Absatzchancen in Frankreich – ihrem größten Auslandskunden – etwas verbessern. Allgemein profitiert sie von der fortschreitenden Überbewertung des Franc, die solange anhalten dürfte, wie der Dollar-Kurs gegenüber der D-Mark so hoch ist. Vor allem aber kann sie die gute französische Investitionsgüterkonjunktur nutzen. Die Importabhängigkeit Frankreichs beträgt hier immerhin 60 Prozent.

Im übrigen lehrten die Erfahrungen, daß die französische Konjunktur gegenüber der deutschen mit einer gewissen Phasenverschiebung verläuft. Dies nutzt jetzt zunächst dem französischen Export, was für die Erfolgschancen der Pariser Sanierungspolitik von großer Bedeutung ist. Über einen längeren Zeitraum betrachtet bleibt aber festzustellen, daß Frankreichs Wirtschaft mindestens ebenso stark gewachsen ist wie die Weltwirtschaft. Die etwas magere Rate des letzten Jahres ist deshalb weniger bedenklich als sie auf den ersten Blick erscheint.

AUF EIN WORT



„Das Tor zur Welt war für die deutsche Exportwirtschaft noch nie so weit offen wie heute. Es hilft nicht, den zweifellos vorhandenen Protektionismus laut zu beklagen. Leistung, besseres Know-how und Schnelligkeit haben sich zu allen Zeiten durchgesetzt. Und: Noch genießt ‚Made in Germany' Weltruf."

Dr. Jürgen Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.
FOTO: CHRISTA KUJATH

EG verschenkt Butter in Berlin

dpa/VWD, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft wird in Berlin vom 15. April bis 30. Juni insgesamt 3,6 Mill. Halbpfundpäckchen (900 Tonnen) Butter verschenken. Die EG-Kommission will damit testen, ob das Verschenken möglicherweise den rund 900 000 Tonnen schweren „Butterberg" abbauen könne. Die Geschenk-Butter wird mit einem halben Pfund „normaler" Butter zusammengepackt. Der Preis dieses 500-Gramm-Pakets darf nicht höher sein als der normale Preis für ein halbes Pfund. Die Kosten von insgesamt 2,67 Mill. DM werden von der EG getragen. Die Aktion geht auf eine Initiative des CSU-Europaabgeordneten Heinrich Aigner zurück.

FINANZMÄRKTE

Dollaranstieg um 7 Pfennig drückt Renten und Aktien

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die anhaltende Dollarhausse, die den amtlichen Kurs gestern um 5,75 Pfennig auf 3,3475 DM hochjagte, hält die internationalen Finanzmärkte weiter in Atem. Sie zieht die Zinsen hoch und drückt auf die Aktienkurse.

Nach einem Anstieg auf 3,3960 DM in New York am Freitag abend überwand der Dollar gestern vormittag mühelos die charttechnischen „Widerstandsmarken" von 3,41 und 3,4250 DM. Nach dem Fixing in Frankfurt kletterte der Dollar am frühen Nachmittag weiter auf über 3,45 DM und strebte damit auf die nächste charttechnische Marke von 3,49 DM zu. Der Dollarmarkt war eine „absolute Einbahnstraße", heißt es im Devisenhandel. Interventionen von Zentralbanken waren nicht zu beobachten, abgesehen von Minibeträgen, welche die Bank von Japan verkaufte. Die übrigen Notenbanken haben den Versuch, den Höhenflug des Dollars zu bremsen, offenbar aufgegeben, weil sie dabei nicht mit amerikanischer Unterstützung rechnen können. Die D-Mark schwächte sich gestern auch gegenüber dem Pfund, dem Schweizer Franken und dem Yen ab.

Die Dollarhausse, der jüngste Zinsanstieg in den USA und der nach Händlermeinung um ⅛ Prozent zu niedrige Zins der neuen Bundesanleihe haben gestern auch den Druck auf den Rentenmarkt verstärkt, wo öffentliche Anleihen bis zu 60 Pfennig und DM-Auslandsanleihen bis zu einer Mark verloren. Die Bundesbank kaufte für 229 Mill. DM Bundestitel, deren Rendite von 7,59 auf 7,67 Prozent stieg. Publikumsaktien reagierten auf den Zinsanstieg mit Einbußen bis zu einem Prozent.

AGRARPOLITIK

Der EG-Ministerrat hat sich politisch übernommen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Landwirtschaftsminister der EG laufen Gefahr, sich wieder einmal politisch zu übernehmen. Alles deutet darauf hin, daß ihr diesjähriges „Agrarpreispaket" erneut mit zahlreichen zusätzlichen Fragen verknüpft werden wird.

So galt gestern in Brüssel zum Auftakt einer neuen zweitägigen Beratungsrunde als nahezu ausgeschlossen, die Reform der europäischen Agrarstrukturpolitik gesondert von den Preisentscheidungen unter Dach und Fach zu bringen. Auch die ungeklärten Beitrittsprobleme Spaniens und Portugals, die Forderung Griechenlands nach einem substantiellen Hilfsprogramm für die Mittelmeerregionen und die Frage der Aufstockung der EG-Einnahmen geraten in einen immer schwerer aufzulösenden Zusammenhang mit den Preisbeschlüssen.

Die neuen Richtlinien zur Modernisierung der Agrarstrukturen liegen seit vielen Monaten auf Eis, da sich die EG-Regierungen nicht über die notwendigen finanziellen Mittel einigen konnten. Die Finanzminister haben bisher vergeblich versucht, sich über den finanziellen Umfang der Förderungsprogramme zu verständigen, die nach unverbindlichen Schätzungen der Kommission zwischen 1985 und 1989 rund 13 Milliarden DM kosten werden. Während Bonn für diese Ausgaben wie bisher eine Obergrenze gelten lassen will, halten andere Mitgliedsländer einen derartigen Plafonds nicht für sinnvoll.

Von einer ersten Aussprache über die Erzeugerpreise wurde in Brüssel noch kein Aufschluß über Kompromißmöglichkeiten erwartet. Auf der Tagesordnung standen außerdem die Reform der Weinpolitik und die Anwendung des Milchquotensystems.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Weniger Neubauten genehmigt

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen in der Bundesrepublik ist im vergangenen Jahr um 20 Prozent zurückgegangen. Insgesamt seien 336 200 Wohnungen genehmigt worden, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Montag mit. Von den 1984 genehmigten Wohnungen waren 314 000 im Rahmen von Neubauvorhaben geplant (minus 21 Prozent), 152 000 davon in Ein- und Zweifamilienhäusern (minus 18 Prozent) und 149 300 in Mehrfamilienhäusern (minus 22 Prozent). 87 100 der Genehmigungen seien für Eigentumswohnungen erteilt worden, was ebenfalls ein deutliches Minus von 18 Prozent bedeute.

Aktionäre wollen klagen

Frankfurt (rtr) – Die in der „Interessengemeinschaft geschädigter Wibau-Aktionäre" zusammengeschlossenen freien Aktionäre der in Konkurs befindlichen Baumaschinenfirma Wibau AG wollen entschädigt werden. Sie verlangen von der ehemaligen SMH-Bank Entschädigung für 1983 begebene junge Wibau-Aktien, teilte der Berliner Anwalt Otfried Bernardi mit. Die Forderung richtet sich sowohl gegen das „Rest-Institut" der früheren Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH-Bank) als auch gegen die neue, zur britischen Lloyds Bank gehörende SMH-Bank. Die Aktionäre fordern für 15 494 Stück jüngste Aktien, die damals zum Kurs von 100 DM emittiert wurden, jeweils 125 DM Schadensersatz, wobei der Betrag von 25 DM als Spesen- und Zinsverlust-Pauschale verlangt wird.

Siemens-Werk in Berlin

Berlin (dpa/VWD) – Im Frühsommer beginnt der Elektrokonzern Siemens AG, München, in Berlin mit dem Bau einer Fabrik für Spitzentechnologie. Sie soll 1987 die Fertigung aufnehmen, teilte das Unternehmen mit. In der neuen Fabrik werden Komponenten der Lichtwellenleitertechnologie wie Sender, Empfänger, Verzweiger und Stecker gefertigt. Mit Investitionen von insgesamt mehr als 200 Mill. DM sollen damit 600 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die Hälfte davon für qualifizierte Ingenieure und Techniker.

Zuschüsse für Reeder

Bonn (Mk.) – Reeder können ihre Anträge auf Baukostenzuschüsse noch bis zum 2. April stellen. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums soll das Schiffahrtsförderungsprogramm 1985 nach Anhörung der Verbände, der Küstenländer und der Gewerkschaften im Mai/Juni aufgestellt werden. Das Programm sieht für 1985 wiederum Verpflichtungsermächtigungen von 250 Millionen Mark für Schiffbauzuschüsse von bis zu 12,5 Prozent der Baukosten vor. Damit können rund 100 Schiffe mit rund einer halben Million Bruttoregistertonnen und einem Auftragswert von zwei Milliarden Mark gefördert werden. Einige Anträge liegen nach Angaben des Ministeriums bereits vor.

Kritik an der Regierung

Bonn (pje.) – Unverständlich zögerliche Bauinvestitionen hat der Hauptverband der deutschen Bauindustrie dem Bund vorgeworfen. Gegenüber dem Ansatz im Bundeshaushalt in Höhe von 6,305 Milliarden Mark für 1984 habe der Bund nur 5,572 Milliarden Mark, also 733 Millionen Mark weniger als angesetzt, für Baumaßnahmen ausgegeben. Bereits 1983 habe die Soll/Ist-Differenz bei 0,7 Milliarden Mark gelegen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sowie 2021 Insolvenzen im vergangenen Jahr sei eine volle Ausschöpfung der investiven Haushaltsansätze unerläßlich.

Höheres Wachstum

London (dpa/VWD) – Die britische Wirtschaft wird 1985 ein reales Wachstum von 3,5 Prozent aufweisen, nach 2,5 Prozent im vergangenen Jahr. Diese Prognose hat die London Business School abgegeben. Dies wäre das beste Ergebnis seit 1973. Ohne den zur Verteidigung des britischen Pfundes notwendigen Zinsanstieg im Januar hätte man dür dieses Jahr sogar einen Anstieg des Bruttosozialprodukts von vier Prozent erwarten können.

NEUE TECHNOLOGIEN

800 Aussteller auf Genter Messe

WILHELM HADLER, Brüssel

Eine ständige Einrichtung verspricht die Internationale Fachmesse für Neue Technologien (Flanders Technology International) zu werden, die gestern zum zweiten Mal in der belgischen Stadt Gent ihre Pforten öffnete. Mit 791 Ausstellern aus 22 Ländern ist sie nach Angaben der Veranstalter bereits heute die größte Messe ihrer Art. Unter den 321 Unternehmen ausländischer Herkunft befinden sich allerdings nur 23 bundesdeutsche Firmen.

Die Idee für die Technologie-Schau hatte der Chef der flämischen Regionalregierung, Gaston Geens, 1981 beim Besuch des Internationalen Salons für Technik und Zukunftsenergien (Sitef) in der südfranzösischen Stadt Toulouse. Geens bemüht sich seit langem darum, das Image Flanderns gegenüber dem vielfach von veralteten industriellen Strukturen bestimmten wallonischen Landesteils Belgiens aufzubessern. An „Flanders Technology" sind nur 23 wallonische Unternehmen – verglichen mit 90 amerikanischen und 49 französischen – beteiligt.

Die Mehrzahl der in Gent gezeigten Innovationen stammt aus dem Bereich der Spin-Off-Forschung beziehungsweise aus dem der Ablegerprodukte. Zu den Attraktionen des Salons gehören der Prototyp eines Scheckverteilungssystems, neue Verfahren zur Abwässeraufbereitung, neue Produkte zur Automatisierung von Tankstellen sowie Innovationen bei der Datenübertragung.

Außerdem werden Neuheiten in der Biotechnologie, im Anwendungsbereich neue Materialien und in der Mikroelektronik vorgestellt. An einer Ausstellung „Der Mensch und der Weltraum" beteiligen sich Weltraumorganisationen aus zahlreichen Ländern. Zu sehen ist vor allem das Laboratorium Spacelab 1. Die Siemens AG präsentiert eine Ausstellung über die Zukunftsaussichten der Chips.

ITALIEN / Zahl der Übernachtungen 1984 um zwei Prozent gesunken – Internationale Touristikbörse in Mailand

Die Ansprüche der Urlauber haben sich geändert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienischen Touristikanbieter bemühen sich, ihr Angebot den veränderten Markterfordernissen anzupassen. Auf der in Mailand veranstalteten Internationalen Touristikbörse BIT '85 (1637 Aussteller, rund 100 000 Besucher) beeindruckten die Anstrengungen von Veranstaltern, Unternehmen und Fremdenverkehrsverbänden, mit neuen Vorschlägen zum Kulturtourismus die Positionen zurückzugewinnen, die Italien im internationalen Fremdenverkehr zu verlieren droht. Experten waren sich einig, daß die bisherige Formel „Meer–Sonne–Wein" allein die Bedürfnisse der ausländischen Urlauber nicht befriedigt und daher durch neue Kombinationen aufgefrischt und erweitert werden muß.

Deutlich umrissen hat die Situation der Präsident des Zentralverbandes der italienischen Touristik- und Dienstleistungsunternehmen, Giuseppe Orlando, demzufolge die wachsende Zahl von Rentnern mit gehobenen Komfortbedürfnissen (heute 25 Prozent der Touristen in Europa gegenüber 15 Prozent vor zwanzig Jahren) und die zunehmende Anzahl von Jugendlichen, die „Exotisches zu Schleuderpreisen" suchen, andere Mittelmeerländer begünstige und damit die Gefahr heraufbeschwöre, daß Italien an den Rand des Marktes gedrängt werde. Nach Auffassung des Verbandspräsidenten reicht das Traditionsangebot preisgünstiger Familien-Pensionen nicht mehr aus, um diese neue Nachfrage zu befriedigen.

Nach einer Untersuchung des Verbandes der italienischen Reisebüros richtet sich die ausländische Touristiknachfrage in Italien unter anderem zu 40 Prozent auf die Strände, zu 30 Prozent auf die Kunststädte und zu 20 Prozent auf die Berge. Dabei bevorzugen die deutschen Urlauber vor allem die norditalienischen Küstengebiete und den Alpenraum in der Region Trentino-Südtirol.

Im vergangenen Jahr verminderte sich die Zahl der Nächtigungen in den Beherbungsbetrieben des Landes erneut, und zwar um 6,4 Millionen oder 1,9 Prozent. Dabei reduzierte sich die Zahl der Nächtigungen inländischer Urlauber um 2,8 Millionen oder 1,2 Prozent, die der Ausländer um 3,6 Millionen oder 3,7 Prozent.

Anders als im vorangegangenen Jahr, in dem vor allem die Hotels und Pensionen den Rückgang zu spüren bekamen, betrug die Verminderung in diesem Fall nur 0,9 Prozent, während außerhalb des Beherbungsgewerbes die Abnahme 3 Prozent betrug. Hier schlug sich hauptsächlich die schlechte Sommersaison in den Monaten Juli/August nieder, in der viele Campings- und Ferienwohnungen wesentlich schlechter belegt waren als im Vorjahr. Eine negativere Sommersaison hatte es nur noch vor vier Jahren gegeben.

Italienische Touristikexperten schieben diese Ausfälle nicht nur auf die Wetterverhältnisse und die durch die hohe italienische Inflation bewirkten Sparmaßnahmen vieler ausländischer Urlauber, sondern auch auf die Tendenz, die Reisezeiten zu verkürzen und dafür im Jahr mehrere Urlaubsziele anzusteuern.

Dieses neue Konsummodell im internationalen Tourismus bereitet Italien zunehmend Schwierigkeiten, weil seine 42 000 Hotels und Pensionen mit 1,5 Millionen Gästebetten, in Europa die größte Kapazität vor Frankreich und Spanien, bisher auf die neue Nachfrage nur in sehr beschränktem Maße eingerichtet sind.

Der Branche muß investieren, um die Nachfrage Jugendlicher nach Sport und Erlebnissen und die der Senioren nach Ruhe und organisierter Unterhaltung decken zu können.

KONJUNKTUR / Investitionen sind in Gang gekommen

Japan als Wachstumsführer

sas. Bonn

Ein freundlicheres und ausgeglicheneres Bild der weltweiten Konjunkturentwicklung zeichnet die Commerzbank in ihrem jüngsten Konjunkturbericht. So seien in den westlichen Industrieländern im vergangenen Jahr die Wachstumsunterschiede geringer geworden und die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Gang gekommen. Gleichzeitig gehe die Teuerung weiter zurück. Sorge bereite allerdings die Budgetplanung in den USA und Japan, da das kräftige Wirtschaftswachstum in beiden Ländern mit hohen Haushaltsdefiziten erkauft worden sei.

Zum Wachstumsführer unter den großen Industrienationen ist inzwischen Japan avanciert, schreibt die Commerzbank weiter, da die seit Herbst 1984 spürbare Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Japan wesentlich milder als in den USA ausgefallen sei. Auch für das Haushaltsjahr 1985/86 erwarten Regierung und Konjunkturbeobachter einen Anstieg des Bruttosozialprodukts zwischen vier und fünf Prozent; eine Wachstumsrate, die die der anderen Industrieländer übersteigt. Expansiver Sektor seien in Japan nach wie vor die Exporte, aber mit deutlich verminderter Schubkraft.

Das Wirtschaftswachstum in den USA mit einer Jahresrate von 3,9 Prozent im vierten Quartal 1984 habe gezeigt, erklärt die Commerzbank, daß die Konjunkturpause im Sommer überwunden sei. Die Industrie beginne allerdings die Importkonkurrenz zu spüren. Für 1985 erwarten die Analytiker eine durchschnittliche Wachstumrate von etwa 3,5 Prozent.

Moderarter dürfte das Wirtschaftswachstum nach ihren Angaben im kommenden Jahr in Großbritannien (+ 2,5 Prozent), Frankreich (+ 1,5 Prozent) und in Italien (+ zwei Prozent) ausfallen.

UNGARN / Lebensstandard geht zurück – Inlandsprodukte nicht wettbewerbsfähig

Inflationsrate wird zehn Prozent erreichen

AFP, Budapest

Der Lebensstandard der Ungarn wird sich erheblich verschlechtern. Diese Ansicht vertraten hochrangige ungarische Wirtschaftsfunktionäre, die nicht genannt werden wollten. Sie stützen ihre Auffassung vor allem auf die voraussichtliche Inflationsrate von 9,5 Prozent, statt der bisher für dieses Jahr vorgesehenen 7,5 Prozent.

Die Wirtschaftsexperten gehen davon aus, daß die im Januar beschlossenen Preiserhöhungen der Postgebühren, Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel, Lebensmittel, Gas- und Stromversorgung bereits eine Steigerung von zwei bis drei Prozent ausmachen. 1984 waren die Verbraucherpreise nach offiziellen Angaben um 8,3 Prozent gestiegen.

Seit Ungarn 1979 begonnen hatte, die Inlandspreise an das internationale Preisniveau anzupassen, lag die jährliche Inflationsrate zwischen sechs und 8,5 Prozent. Im gleichen Zeitraum fielen die Reallöhne um 8,5 Prozent. Für 1985 sind Lohnerhöhungen von sieben bis 7,5 Prozent vorgesehen. Nach Ansicht der Wirtschaftsexperten wird die geplante Verbesserung der Sozialleistungen nicht ausreichen, um die Kaufkraft eines Großteils der Bevölkerung zu erhalten.

Bestenfalls sichern die im Januar beschlossenen Rentenerhöhungen 900 000 der insgesamt 2,2 Millionen ungarischen Rentner ihren Lebensstandard. Die Folgen der schwindenden Kaufkraft schlagen sich bereits im Verhalten der ungarischen Haushalte nieder: Sie halten zwar ihr Konsumniveau, aber sparen weniger.

Nach Berechnungen der Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Budapest, Frau Hoffmann, haben die ungarischen Haushalte im vergangenen Jahr ein Prozent mehr für Lebensmittel und drei Prozent weniger für Kleidung ausgegeben. In den Familien wird zunehmend bei Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen und Urlaub gespart. Die Sparquote – gemessen am verfügbaren Einkommen – ist von zwölf Prozent 1975 auf fünf Prozent gefallen und wird ausschließlich für die Wohnung und den Ankauf eines Wagens verwendet.

Der stellvertretende Ministerpräsient Jozsef Marjai begründete die letzten Preissteigerungen mit der unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Produkte auf dem internationalen Markt und den verschlechterten Exportmöglichkeiten des Landes.

Unternehmer steigen aus Sozialpakt aus

AP, Tel Aviv

Der israelische Unternehmerverband hat am Wochenende den Sozialpakt mit der Regierung und den Gewerkschaften zur Stabilisierung der Löhne und Preise überraschend gekündigt. Der israelische Rundfunk meldete, die Arbeitgeber seien verärgert über die einseitige Preiserhöhung subventionierter Waren durch Finanzminister Yitzhak Modai. Die Preiserhöhung treibt die Inflationsrate vermutlich so hoch, daß ihr nach den Vereinbarungen des Sozialpakts eine Anpassung der Löhne folgen muß, ohne daß die Betriebe die Lohnkosten auf die Preise überwälzen können.

Der Präsident des Unternehmerverbandes, Eli Hurwitz, wurde dem Rundfunk zufolge ermächtigt, bis morgen mit Modai und Ministerpräsident Shimon Peres über eine mögliche Rückkehr des Verbandes in den Sozialpakt zu verhandeln. Ein endgültiges Scheitern des Sozialpaktes könnte zu einer unkontrollierten galoppierenden Inflation führen. 1984 stiegen die Preise in Israel um 445 Prozent.

ÖSTERREICH / Versicherungswirtschaft zufrieden

Sieben Prozent mehr Prämien

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Durchaus zufrieden zeigt sich die österreichische Versicherungswirtschaft mit dem Geschäftsverlauf im vergangenen Jahr. Mit 54 Mrd. Schilling ist das Prämienvolumen gegenüber dem vorangegangenen um 7,2 Prozent gestiegen. Die Schadensleistungen erhöhten sich gleichzeitig um 7,7 Prozent auf 34 Mrd. Schilling. Die zwar nicht in absoluten Zahlen, aber doch prozentuell ungünstigere Schadensentwicklung geht insbesondere auf das Konto der Kfz-Haftpflichtversicherung und des Bonus-Malus-Systems. In dieser Sparte dürften die Assekuranzen 1984 einen Verlust von rund 500 Mill. Schilling erwirtschaftet haben, was die Grundlage für eine vom Finanzministerium in Wien genehmigte Prämienerhöhung von neun Prozent per Jahresanfang bildete.

Von den gesamten Prämieneinnahmen entfielen knapp über 58 Prozent auf die Schadens- und Unfallversicherung, 16 auf die Kranken- und 26 Prozent auf die Lebensversicherung. Bei den Leistungen lauten die entsprechenden Anteile 65, 18 und 17 Prozent. Daraus läßt sich eine günstige Entwicklung, insbesondere in der Lebensversicherung ableiten. Tatsächlich gilt diese Sparte in Österreich nach wie vor als unterrepräsentiert. Der Prämienanstieg um 11,5 Prozent auf 14 Mrd. Schilling im vergangenen Jahr bestätigt diese Hoffnungen. So wie in der Bundesrepublik forcieren seit dem Vorjahr auch in Österreich die Banken das Engagement in diesemBereich, bechränken sich aber zunehmend nicht mehr allein auf Kooperationen mit Versicherungsgesellschaften. Demnächst wird die Erteilung von zwei weiteren Konzessionen an neugegründete Tochtergesellschaften des Sparkassensektors und der Gewerkschaftsbank Bawag erwartet.

Insgesamt operieren in Österreich rund 70 Versicherungsunternehmen, davon 35 in der Sparte Leben. Eine besonders starke Marktstellung haben die diversen Beteiligungen der Münchener Allianz-Gruppe, die Anglo-Elementar und die Reunione Adriatica di Securità (RAS), samt deren Schwestergesellschaft Interunfall.

Austria Metall aus den roten Zahlen

frei. Wien

Endgültig aus den roten Zahlen ist offenbar die Austria Metall AG (AMAG, früher VMW-Ranshofen Berndorf). Nachdem schwere Verlustjahre hingenommen werden mußten, verzeichnete das österreichische Staatsunternehmen nach einschneidenden Sanierungsmaßnahmen im Vorjahr mit 330 Millionen Schilling erneut ein positives Jahresergebnis (1983: 115 Millionen Schilling). Durch einen Zuschuß des Staates in Höhe von 500 Millionen Schilling stieg die Eigenkapitalquote auf 31 Prozent. Der Gesamtkonzern mit seinen 26 Tochtergesellschaften und 6320 Mitarbeitern erreichte einen Umsatz von 10,2 Milliarden Schilling.

Auch für dieses Jahr erwartet die Unternehmensleitung ein positives Ergebnis. Die AMAG, einst ein reiner Aluminiumerzeuger, zeigt derzeit starke Diversifizierungsbestrebungen, so daß der Alu-Anteil stetig zurückgeht. Das Unternehmen beliefert regelmäßig auch die deutsche Automobilindustrie.

ANGOLA / Erdölförderung soll ausgeweitet werden

Ausländer unter Vertrag

AFP, Luanda

Angola will die Erdölförderung durch neue Offshore-Bohrungen erweitern, um Devisen ins Land zu ziehen. Angola fördert gegenwärtig 210 000 Barrel Öl pro Tag, was einen durchschnittlichen Jahresertag von etwa einer Mrd. Dollar ergibt.

Im Rahmen der erweiterten Produktion wird Ende der Woche zum ersten Mal unter Beteiligung der französischen Gruppe „Elf-Aquitaine" Erdöl gefördert. Es stammt aus dem sogenannten „Palanca"-Vorkommen in Block 3 des Offshore-Gebietes vor Soyo, etwa 350 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Luanda. Im selben Block 3 dieses Gebietes hat „Elf-Aquitaine" mit „Pacassa", ein weiteres bedeutendes Vorkommen entdeckt. Es könnte ab Oktober oder November dieses Jahres ausgebeutet werden.

Die staatliche angolanische Ölgesellschaft „Sonangol", die an jeder Förderung mit ausländischen Partnern beteiligt ist, hat „Elf Aquitaine" 50 Prozent der in diesem Gebiet für landesfremde Investitionen reservierten Anteile zugestanden. Die restlichen 50 Prozent teilen sich die US-Gruppe „Mobil" (25 Prozent), die italienische „Agip" (15 Prozent) und die jugoslawischen Gesellschaften „Inanaftaplin" und „Inanaftagaz" mit jeweils fünf Prozent. Entgegen dem Wunsch der französischen Gruppe, eine schnelle Ausbeutung der gefundenen Vorkommen von Block 3 vorzunehmen, bestehe die „Sonangol" auf einer langfristig angelegten Förderung. Die anlaufende Förderung im „Palanca"-Vorkommen wird zunächst 12 000 Barrel/Tag betragen, um dann schrittweise auf 30 000 Barrel/Tag erhöht zu werden.

Außerdem verhandelt die „Sonangol" zur Zeit mit der amerikanischen „Gulf-Oil", kürzlich von „Chevron" aufgekauft, über neue Bedingungen bei der Förderung des bei weitem größten Ölvorkommens Angolas, im Offshore-Gebiet vor der Exklave von Cabinda.

PORTUGAL / Die Unternehmen dürfen überzählige Beschäftigte nicht entlassen

Arbeitsgesetze verhindern Investitionen

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Ende vergangenen Jahres meldeten 798 portugiesische Privatunternehmen Rückstände bei der Auszahlung von Löhnen. Über 58 000 Arbeiter und Angestellte sind davon betroffen. Viele von ihnen erhalten seit Monaten keinen Lohn. Nach Ansicht des Oppositionspolitikers Guedes da Silva, der sich als aktiver Unternehmer aus der Wirtschaft zurückzog, sind es insgesamt wohl 150 000 Arbeiter, die monatelang ohne Lohn blieben, wenn man jene Betriebe hinzuzählt, die nach der Revolution im März 1975 verstaatlicht wurden.

Nicht alle Betriebe, die keine Löhne auszahlen können, müssen deshalb auch als zahlungsunfähig eingestuft werden. Nur 26 Betriebe sind im letzten Halbjahr 1984 als bankrott geschlossen worden. Die Nichtauszahlung der Löhne erscheint in Portugal als der einzige Ausweg, dem drohenden Bankrott zu entgehen und überzählige und unbeschäftigte Arbeiter loszuwerden.

Die portugiesische Arbeitsgesetzgebung verbietet nach wie vor die Entlassung von Arbeitern. Auch wenn keine Arbeit vorliegt, müssen viele so lange „beschäftigt werden", bis der Betrieb praktisch zusammenbricht. Eine der britischen Praxis nachgestaltete Lay-off-Regelung scheitert an einer interministeriellen Kommission, die vorher den „Notstand" des Betriebes bestätigen muß.

Die Arbeitsgesetze bilden nach wie vor das Haupthindernis für eine spürbare Belebung der Investitionstätigkeit, abgesehen von der geringen Nachfrage bei zunehmender Arbeitslosigkeit. Zur Zeit sind zwölf Prozent der aktiven Bevölkerung ohne Beschäftigung. Auch kann die Handhabung bei der Vergabe von Krediten durch die 1975 verstaatlichten Banken nicht gerade stimulieren: die Banken behalten die für die Laufzeit des Kredites festgesetzten Zinsen gleich ein, zahlen also nur den übrigbleibenden Teil des geforderten Kredites aus.

Die erst kürzlich erfolgte Zulassung von drei privaten Banken konnte dieses System noch nicht auflokkern. Die ersten Privatbanken, darunter zwei amerikanische, müssen sich erst einmal in zeitraubender Auseinandersetzung mit den Behörden installieren, ehe sie den Wettbewerb aufnehmen und die Investitionen beleben können.

Die Bürokratisierung der Wirtschaft führte letztlich auch zu dem Beschluß des Internationalen Währungsfonds, die dritte und letzte Tranche ihres 280-Millionen-Dollar-Kredites zunächst einmal zurückzuhalten. Die IWF-Kommission teilte mit, daß sich die portugiesische Finanzverwaltung nicht an die versprochene Drosselung der Staatsausgaben gehalten habe. Auch gelang es nicht, die Inflation, die zur Zeit 30 Prozent beträgt, zu drosseln.

Um dennoch die Kreditwürdigkeit zu erhalten, schloß Portugal ein Abkommen mit einem ausländischen Bankenkonsortium über einen Kredit von 500 Millionen Dollar. Der Kredit soll ausschließlich den Schuldendienst befriedigen. Für 1985 rechnete sich das Finanzminsterium trotz allem eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes auf drei Prozentpunkte aus. Die Belebung der dazu nötigen Investitionen kommt zur Zeit im wesentlichen aber nur aus dem Ausland und aus einigen der erfolgreichen Exportunternehmen. Die Bundesrepublik Deutschland steht an fünfter Stelle der ausländischen Investoren. Diese Einstufung würde sich ändern, wenn man die aus der Schweiz nach Portugal fließenden Mittel auf ihr Ursprungsland untersuchen wollte.

Die guten Erfolge, die deutsche Unternehmen etwa bei der Herstellung von Elektronik- und optischen Geräten in Portugal erzielten, könnten sich nach Ansicht deutscher Manager in Lissabon und Porto erheblich ausweiten, wenn Portugal der EG beigetreten sein wird.

Mit europäischer Rückendeckung könnte sich die Regierung entschließen, die fällige Revision der Arbeitsgesetze gegen den Widerstand der Kommunisten durchzudrücken. Auch unbedeutender erscheinende Schritte wie die Vereinfachung der Zollpraktiken könnte mehr Investitionen nach Portugal ziehen. So könnten hochbezahlte Führungskräfte eingespart werden, die einen großen Teil ihrer Arbeitszeit bei Behördengängen verbummeln müssen. Empfohlen wird auch die Verplombung von Exportwaren in den Betrieben selbst und nicht im Rahmen umständlicher Prozeduren bei den Zollbehörden. (SAD)

SCHOTT-ZWIESEL / Weiter voll ausgelastet

„Wieder günstiges Ergebnis“

INGE ADHAM, Frankfurt

Von einem kräftigen Orderplus zum Auftakt der Internationalen Frühjahrsmesse in Frankfurt berichtet die Schott-Zwiesel-Glaswerke AG, Zwiesel. Damit sind nach einem verhalteneren Jahresbeginn die Kapazitäten des zur Zeiss-Stiftung gehörenden Gebrauchsglasherstellers mit den Produktlinien Christinenhütte, Cristallerie Zwiesel und Zwiesel-Glas weiterhin voll ausgelastet: Auch für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) rechnet der Vorstand vor diesem Hintergrund wieder mit einem „günstigen Ergebnis“. Die Preise waren zu Beginn des Geschäftsjahres um durchschnittlich drei Prozent angehoben worden.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr 1983/84 hatte Schott-Zwiesel bei einer insgesamt für die deutsche Gebrauchsglasindustrie wieder etwas erfreulicheren Entwicklung deutlich besser als die Gesamtbranche abgeschnitten. Der Umsatz stieg um 11,3 Prozent auf 158,6 (142,4) Mill. DM; dabei wuchsen die Inlandsumsätze um 8,4 Prozent auf knapp 86 (79,3) Mill. DM, der Export um 15 Prozent auf 73 (63) Mill. DM.

Der Absatz zog dabei um gut drei Prozent an, Schott-Zwiesel konnte also erneut seine Verkäufe an höherwertigem Glas steigern. Zwar werden die Gläser in insgesamt 77 Länder exportiert, besonders erfolgreich waren die Glasbläser aus dem Bayerischen Wald im vergangenen Jahr aber an den nordamerikanischen Märkten, „besonders erfreulich“ lief auch das Geschäft mit Australien, Hongkong, Singapur und Japan. Umsatzsteigerung und konsequentes Kostenmanagement sorgten für eine erhebliche Ergebnisverbesserung. Der Brutto-Cash-flow hat sich auf 16,5 (8,8) Mill. DM nahezu verdoppelt. An die Mutter in Mainz werden 3,2 (1,2) Mill. DM abgeführt.

Absatzplus für die Gerling-Fonds

J. G. Düsseldorf

Erfreulich bei überdurchschnittlicher Wertentwicklung nennt die Kölner Kapitalfonds-Kapitalanlagegesellschaft mbH die 1984 bei den zwei von ihr verwalteten Gerling-Fonds erzielten Absatzsteigerungen. Der Rendite-Fonds erreichte im Anteileabsatz ein Nettoaufkommen von 74,2 (36,1) Mill. DM und besserte bei nun 428 Mill. DM Vermögen den Wert pro Anteil (bei Wiederanlage der Ausschüttung) um „wiederum überdurchschnittliche“ 12,9 Prozent; im letzten Zehnjahresdurchschnitt lag die Jahres-Verzinsung bei 9,5 Prozent. Der auf Aktien konzentrierte kleine Dynamik-Fonds schwenkte im Anteileabsatz von den vorjährigen 0,2 Mill. DM Minus auf einen Nettozufluß von 1,7 Mill. DM um, besserte bei nun 23,7 Mill. DM Vermögen den Wert pro Anteil noch um 6,7 Prozent und lag im Zehnjahresdurchschnitt noch bei 9,8 Prozent. Bei beiden Fonds sind die jetzt fälligen 1984er Ausschüttungen pro Anteil mit 4,70 DM (Rendite) und 2,75 DM (Dynamik) konstant geblieben.

Karstadt fühlt sich boykottiert

dpa/VWD, Essen

Die Karstadt AG, Essen, fühlt sich von großen Produzenten im optischen Bereich diskriminiert. Ein Sprecher beklagte im Gespräch mit dpa, die wichtigsten deutschen Produzenten im Brillenbereich, die Firmen Zeiss und Rodenstock, belieferten Karstadt nicht. Stichhaltige Erklärungen dafür habe man nicht erhalten. Karstadt vermutet dahinter den Druck anderer Wettbewerber auf die Produzenten und sei deshalb gezwungen, Artikel von Rodenstock und Zeiss aus dem Ausland zu importieren, um ein komplettes Angebot bieten zu können. Das Verhalten von Rodenstock bleibe merkwürdig, da die maschinellen Ausrüstungen für die Optiker-Werkstätten an Karstadt geliefert worden seien.

Karstadt räumt ein, daß es seit dem ersten Test mit einer Optikerabteilung in einem Kaufhaus 1973 in Braunschweig immer wieder Schwierigkeiten auch mit den anderen Wettbewerbern des Einzelhandels gebe. Karstadt hat derzeit in 20 Kaufhäusern Optikerwerkstätten.

DIDIER / Kapazitäten zu 80 Prozent beschäftigt

Umsatz leicht gesteigert

INGE ADHAM, Frankfurt

Im Zuge der strukturellen Anpassung gelang es 1984, an das befriedigende Vorjahr anzuknüpfen, schreibt der Vorstand der Didier-Werke AG, Wiesbaden, in seinem Aktionärsbrief. Auch für 1985 werde eine vergleichbare Ertragsentwicklung erwartet. 1983 hatte Didier seinen Jahresüberschuß deutlich auf 17,9 (12) Mill. DM steigern können und daraus 6 (5,50) DM Dividende plus 1,50 DM Bonus auf 92,4 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet.

Der Umsatz lag, wie das Unternehmen mitteilt, im Geschäftsjahr 1984 mit 714 Mill. DM nur knpap über dem Vorjahresstand, da einige weitgehend fertiggestellte Großaufträge erst in diesem Jahr abgerechnet werden. Im Feuerfest-Bereich sei die Exportquote nochmals auf 62 (60) Prozent gesteigert worden. Bei einer auf durchschnittlich 80 Prozent gesteigerten Kapazitätsauslastung der Werke zeichne sich bei einem deutlich höheren Auftragsbestand auch für dieses Jahr eine überwiegend befriedigende Beschäftigung ab.

Auch im Bereich Anlagentechnik kennzeichnet der Vorstand die Geschäftsentwicklung mit „insgesamt günstig“. In der Gruppe seien die Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr um ein Fünftel gestiegen; Umsatz und Ergebnisse lagen in Vorjahreshöhe. Investiert hat Didier im vergangenen Jahr 31 Mill. DM, in diesem Jahr dürften die Aufwendungen steigen, da man die Investitionen zur Verbesserung von Produktionsabläufen und zur Qualitätssicherung verstärken will. Mit den Auslandsbeteiligungen war Didier zufrieden: Ihre Auslastung stieg und mit Ausnahme der spanischen Gesellschaft wurden „zufriedenstellende“ Gewinne erzielt. In der AG waren am Jahresende 3985 (plus zwei Prozent) Mitarbeiter beschäftigt.

OSRAM / „Internationalisierung“ wird noch stärker forciert – Auf Partnersuche

Japan und USA im Expansionsvisier

DANKWARD SEITZ, Alphen

Für die Erhaltung und den Ausbau ihrer Weltmarktposition will die Osram GmbH, München, unter dem Motto „Internationalisierung“ ihre Auslandsaktivitäten noch stärker forcieren als bisher. In erster Linie bedeutet dies für Helmut Plettner, Vorsitzender der Geschäftsführung, die weitere Erschließung der am schnellsten wachsenden Lichtmärkte der Welt – USA und Japan. Diesen beiden Länden mißt er die „größte unternehmenspolitische Bedeutung“ zu, weil hier auch künftig sowohl mengen- als auch ertragsmäßig mit guten zweistelligen Wachstumsraten gerechnet werden kann.

So ist Osram derzeit in Japan auf der Suche nach einem geeigneten Partner zur Gründung einer gemeinsamen Produktionsgesellschaft, wie Plettner vor deutschen Journalisten in Alphen, dem Standort der niederländischen Osram-Tochter, mitteilte. Notwendigerweise könne dies nur ein großer japanischer Hersteller sein, um auch mit der neuen energiesparenden „Dulux“-Kompaktleuchtstofflampe auf den konventionellen Markt des Landes einsteigen zu können. Mit dieser Lampe habe man gegenüber den Japanern ebenso wie bei Halogenlampen für die Autoindustrie – hier kam Osram 1984 bereits auf einen Umsatz von annähernd 30 Mill. DM und einen Marktanteil von 40 Prozent – einen „absoluten technologischen und kostenmäßigen Vorsprung“, der nicht einzuholen sei. Dies gibt Plettner auch Sicherheit, dem potentiellen Partner „auf keinen Fall eine Mehrheitsbeteiligung“ an der geplanten Gesellschaft einräumen zu müssen.

Ähnlich soll mit technologisch überlegenen Produkten der US-Markt, auf dem man bisher mit Spezialentladungslampen schon eine führende Stellung innehatte, weiter erschlossen werden. So hat sich jetzt auch General Electric, der größte Lampen-Hersteller der Welt, zur Produktion der Dulux-Lampe entschlossen, die Osram seit dem Herbst 1984 in einem eigenen neuen US-Werk (Investitionsvolumen: 4 Mill. Dollar) fertigt. Derzeit werden die entsprechenden Maschinen für General Electric im Osram-Werk Augsburg gebaut.

Die dann ab Ende 1985 konkurrierende General Electric fürchtet Plettner nicht, da der US-Markt wesentlich schneller als die eigene US-Produktion wachsen werde. Dies dürfte auch dazu führen, daß sich diese Lampe weltweit durchsetzt. Gegenüber einer herkömmlichen Lampe hat sie eine achtmal so hohe Lebensdauer und verbraucht 85 Prozent weniger Energie.

Aufgrund der bisherigen Erfolge und der technisch immer anspruchsvoller werdenden Produkte ist Plettner überzeugt, daß sich Osram auch in Zukunft unter verschärften Wettbewerbsbedingungen als internationaler Lampenanbieter „erfolgreich behaupten“ kann. Beachtlich jedenfalls ist die Entwicklung der letzten zehn Jahre: 1973/74 betrug der Osram-Weltumsatz 943 Mill. DM, wovon 529 Mill. DM (56 Prozent) im Ausland erzielt wurden. Im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) waren es knapp 1,7 (1,5) Mrd. DM bei einem Auslandsanteil von 1,1 Mrd. DM (66 Prozent). In zwei Jahren soll das Auslandsgeschäft auf 75 Prozent steigen.

Zur weiteren Ertragsverbesserung – schon derzeit wird „auf allen Märkten mit angemessenen oder guten Gewinnen gearbeitet“ – werden einige der elf europäischen Werke umstrukturiert. Angestrebt wird, so Plettner, wesentliche Lampengruppen nur noch an jeweils einem Standort zu fertigen. Eine Stillegung von Werken sei dabei nicht primäres Ziel.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

O + K zufrieden

Berlin (dpa/VWD) – Die O + K Orenstein & Koppel AG, Berlin/Dortmund, ist mit dem Jahr 1984 insgesamt zufrieden. Wie es dazu im Aktionärsbrief heißt, habe das Unternehmen die 1981 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen abgeschlossen. 1984 werde wie geplant mit einem Gewinn abschließen, der mindestes auf Vorjahreshöhe liege. Alle Unternehmensbereiche hätten zu dem positiven Betriebsergebnis beigetragen. Das Umsatzziel von 1,02 (1,1) Mrd. DM sei trotz der schwierigen Lage der Bauindustrie und der Arbeitskämpfe erreicht worden. Der konsolidierte Umsatz erreichte 1,24 Mrd. DM. Eine Dividendenaussage trifft der Aktionärsbrief nicht.

Umsatzsprung

München (sz.) – „Erheblich verbessert“ hat sich die Ertragslage der Wacker-Chemie GmbH, München, im Geschäftsjahr 1984 gegenüber dem Vorjahr. Konkrete Zahlen liegen zwar noch nicht vor, doch in allen Sparten sei ein positives Betriebsergebnis erwirtschaftet worden, heißt es in einem ersten Überblick. So konnte die Muttergesellschaft bei einem knapp vierprozentigen Absatzzuwachs einen Umsatzanstieg um 16 Prozent auf rund 1,9 Mrd. DM verzeichnen. Im Konzern wurde mit etwa 2,5 Mrd. DM der Vorjahreswert um 22 Prozent übertroffen; weltweit erreichte der Umsatz knapp 2,8 Mrd. DM. Das Inlandsgeschäft des Konzerns wuchs um 14 Prozent, der Export sogar um 29 Prozent und hat jetzt einen Anteil von 57 (54) Prozent.

Engere Zusammenarbeit

Hannover (dos) – Eine engere Kooperation haben die traditionsreiche Schwarzwälder Obstbrennerei Alfred Schladerer, Staufen/Baden, und die Bahlsen-Tochter Gubor Schokoladenfabrik GmbH, Müllheim, vereinbart. Nach Angaben von Bahlsen hat Gubor das Recht erworben, bei der Herstellung von Schokoladenwaren und Pralinen das geschützte Warenzeichen „Schladerer“ zu verwenden. Im Gegenzug verpflichtet sich Gubor, ausschließlich Schladerer-Erzeugnisse zu verarbeiten.

Lufthansa-Werft baut aus

Hamburg (dpa/VWD) – Die Lufthansa-Werft in Hamburg wird in diesem Jahr 327 neue Arbeitsplätze im technischen Bereich schaffen. Wie der Direktor der Lufthansa-Werftbetriebe, Alban Rupp, in Hamburg mitteilte, stehe die Werft im kommenden Jahr vor einer weiteren Expansion und Modernisierung. Zum Jahresbeginn 1985 waren im Hamburger Instandhaltungsbetrieb 5610 Mitarbeiter beschäftigt, darunter 522 Auszubildende. Der Umsatz betrug im vergangenen Jahr knapp 1,5 Mrd. DM. Die Expansion der Lufthansa-Werft läuft parallel zur Aufstockung der Flotte der Gesellschaft.

LEHNDORFF-GRUPPE / Großes Interesse für nordamerikanischen Grundbesitz

Shopping-Center sind gesuchte Objekte

JAN BRECH, Hamburg

Nordamerikanischer Grundbesitz bleibt im Mittelpunkt des Interesses der internationalen Anleger. Wie die zu den größten deutschen Vermögensverwaltungsgesellschaften zählende Hamburger Lehndorff-Gruppe in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1984 erklärt, sie dies in erster Linie auf die wirtschaftliche Stärke und politische Stabilität dieser Anlageregion zurückzuführen. Außerdem schienen die Anleger zu erwarten, daß die Real-Renditen aus Grundbesitz bald wieder den Realzins übertreffen könnten.

Besonders starke Nachfrage registriert die Lehndorff-Gruppe nach Shopping-Center. Einmal profitiere der Einzelhandel überproportional von der guten US-Konjunktur, zum anderen seien in den vergangenen Jahren nur wenig neue Center entstanden. Als Anleger treten vor allem die amerikanischen Pensionsfonds auf, die bislang nur rund drei Prozent ihres Vermögens in Grundbesitz investiert haben. Dieses institutionelle Geschäft betreibt Lehndorff in den USA in Zusammenarbeit mit dem Investmenthaus Babson. Für die Pensionskassen hat Lehndorff spezielle Fonds aufgelegt. Inzwischen seien insgesamt 450 Mill. Dollar an Pensionsgeldern in Immobilien investiert worden, heißt es bei Lehndorff.

Das jüngste Investment in den USA ist der Erwerb eines Shopping-Center im Einzugsbereich von Washington DC. für 170 Mill. Dollar. Die Anfangsrendite von 7,5 Prozent werde, so heißt es bei Lehndorff, in wenigen Jahren auf 15 Prozent steigen. Durch die Verbindung mit starken institutionellen Anlegern ermögliche Lehndorff auch dem europäischen Publikum den Einstieg in Objekte, die in dieser Größenordnung auf anderem Wege nicht zugänglich sein dürften.

Für die verschiedenen Lehndorff-Fonds ist für 1984 eine Vorwegausschüttung von 16 Mill. Dollar vorgenommen worden. Da die Politik fortgesetzt worden sei, stille Reserven durch den Verlauf von Liegenschaften zu realisieren, werde das Jahresergebnis 1984 und damit die Ausschüttungen im Jahr 1985 wesentlich höher ausfallen, heißt es.

THYSSEN HENSCHEL / Investitionsstoß erhofft

Appell an die Bundesbahn

dpa/VWD, Essen/Kassel

Die sechs deutschen Lokomotivenbauer, von denen Krupp, Krauss-Maffei, Thyssen Henschel die mechanische Fertigung und Siemens, AEG, BBC die elektrische Ausrüstung besorgen, hoffen auf einen „Investitionsstoß“ bei der Bundesbahn. Zur Steigerung der Attraktivität der Bahn ist nach Ansicht des zuständigen Vorstandsmitgliedes von Thyssen Henschel, Hans-Richard Hippenstiel, auch „ein neuer Fahrzeugpark“ erforderlich.

Die zuletzt von der Bundesbahn bei der Fahrzeugbeschaffung geübte Zurückhaltung sei „auf Dauer nicht tragbar“, erklärte Hippenstiel. Ihr Marktanteil habe im Vorjahr beim Lokomotivgeschäft der Herstellergruppe unter fünf Prozent und im Waggonbereich bei etwa 30 Prozent gelegen. Bei Thyssen Henschel seien neun von zehn Loks ins Ausland gegangen und der Exportanteil beim Waggonbau auf 43 Prozent des Umsatzes gestiegen. Die Industrie sei nicht nur zur Sicherung der „Basisbeschäftigung“, sondern auch für weitere Ausfuhrerfolge auf Innovationen der Bundesbahn angewiesen.

Hoffnung setzt die Industrie zunächst auf die neuentwickelte Allround-Zugmaschine E 120, deren Stückpreis zwischen 5,6 und 5,7 Mill. DM liegt. Hippenstiel schätzt den Gesamtbedarf der Bundesbahn „über Jahre“ auf rund 2000 dieser Lokomotiven. 36 seien bisher fest bestellt, 24 weitere unter Option. Außerdem arbeiten die deutschen Lokbauer mit Förderung durch das Bundesforschungsministerium gemeinsam an einem „Intercity Experimental“ (ICE) als Vorläufer künftiger Hochgeschwindigkeitszüge (HGZ) für die Neubaustrecken der Bahn.

Thyssen Henschel konstruiert für den ICE unter anderem die Drehgestelle und kann dabei auf langjährige Erfahrung zurückgreifen. Seit 1848 hat das Unternehmen fast 33 000 Lokomotiven gebaut und in alle Welt geliefert. Es gehört zu den bei der Thyssen Industrie AG, Essen, zusammengefaßten Investitionsgüter-Herstellern des Thyssen-Konzerns und erreicht nach der im Vorjahr erfolgten Vereinigung mit der Waggonbau Union GmbH (Berlin/Siegen) mit rund 5700 Beschäftigten etwa 1,2 Mrd. DM Jahresumsatz, von denen 700 Mill. DM auf die Verkehrstechnik entfallen.

MATTEL / Saisongeschäft für Spielwaren entzerrt

Hohes Wachstumstempo

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Während im Spielwaren-Sektor viele Firmen Wachstumsprobleme haben und auf der Stelle treten, übt sich der Spielzeug-Multi Mattel in kräftiger Expansion. Wegen der weiteren Zukunft gibt man sich bei Mattel schon deshalb sehr zuversichtlich, weil man davon überzeugt ist, daß künftig immer mehr Eltern bereit sein dürften, für weniger Kinder höhere Investitionen zu tätigen, sagt Erik Jan Stolper, Geschäftsführer der Mattel GmbH, Babenhausen.

Für 1985 visiert diese deutsche Tochter des amerikanischen Konzerns ein Wachstum des Umsatzes um 60 Prozent auf rund 160 Mill. DM an, wobei jede zweite Umsatzmark durch „innovative Produkteinführungen“ abgesichert werden solle. Zu berücksichtigen dabei ist freilich, daß die deutsche Tochter auch exportiert, nämlich nach Skandinavien, Österreich, Schweiz, Benelux und Osteuropa. Allein auf den deutschen Markt sollen von dem erwarteten Umsatzvolumen 115 Mill. DM entfallen. Bereits in 1984 hatte die Babenhausener Firma den Umsatz um 60 Prozent auf 100,5 Mill. DM ausgeweitet, wovon 76,3 (43,7) Mill. DM in der Bundesrepublik umgesetzt wurden.

Die Mattel Toys Corp., Hawthorne bei Los Angeles, nach eigenen Angaben größter Spielwarenkonzern der Welt, hat im vergangenen Jahr den Umsatz um 50 Prozent auf 940 Mill. Dollar gesteigert. Den größten Umsatzanteil (33 Prozent) hat das Aktionsspielzeug, gefolgt von den seit 25 Jahren am Markt befindlichen Ankleidepuppen („Barbie“) mit 31 Prozent, Vorschul-Spielzeug und Baby-Puppen mit 12 Prozent. Ferner sind im Programm Plüsch-Produkte, Miniaturautos, Spielsets und anderes mehr.

Allein zwei Drittel des Konzernumsatzes werden auf dem Heimmarkt USA realisiert. Trotz des anhaltenden Geburtenrückgangs geht Mattel von einer stabilen Marktsituation aus. Mattel hält derzeit in seinen Produktsegmenten am deutschen Markt einen Anteil von 28 Prozent, was eine Quote von fünf Prozent des Gesamtmarkts darstellt. Es sei gelungen, das ehedem ausgeprägte Saisongeschäft zu „entzerren“.

BASF überschritten 200-Marke

Im Verlauf bestimmten Gewinnmitnahmen die Aktientendenz

DW. – Der vorbörslich bis über 3,43 DM gestiegene Dollarkurs, der deutsche Aktien für Käufer aus dem Dollarraum billiger macht, sorgten an der Montagbörse für weitere Auslandskäufe in den international als Spitzenwerte angesehenen Papieren. Dabei konzentrierten die Käufe sich mit großen Beträgen auf BASF. Daß auch deutsche Anleger stark in die Farbennachfolger gingen, dürfte daran gelegen haben, daß Börseninformationsdienste von einer völlig neuen Bewertung für Farbennachfolger sprechen.

Die BASF-Aktie überschritt die 200-DM-Marke und setzte mit 201 (plus 3,50) DM ein, bröckelte wieder auf 199,50 DM ab und ging dann erneut über 200. Hoechst konnten den Anfangskurse von 199,50 DM (plus 2,50) nicht halten und gingen damit nicht über 200 DM. Am Bankenmarkt gaben die großen Werte bis um 3 DM nach. Unter den Autopapieren gaben Daimler-Benz bis auf etwa 650 DM (minus 6 DM) nach. Schwächer lagen ebenfalls Stahlaktien. Im Maschinenbaubereich gaben vor allem Linde bis um 9 DM nach. Weitgehend unbeachtet und leichter blieben Warenhauspapiere.

Frankfurt: BBC stockten um 16,50 DM und Deutsche Steinzeug um 7 DM auf. KSB verminderten um 8 DM auf 181 DM. Kupferberg gaben um 50 DM nach und Monachia verminderten um 100 DM. Veith-Pirelli verloren 8 DM und schlossen mit 230 DM.

Düsseldorf: Deutsche Atlanten stockten um 5 DM und Dyckerhoff St. und Gehe um je 3 DM auf. Kochs Adler erhöhten um 4 DM und Verseidag um 3 DM. Nachgegeben haben Audi NSU um 3 DM und Düwag um 4 DM. Aachen Münchner Vers. verminderten um 5 DM und Allianz Vers. um 10 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan kamen auf 77 DM und Haller Meurer auf 172 DM. HEW gingen unverändert zu 94,50 DM um undf NWK-Vz. ermäßigten sich um 1,20 DM auf 166,50 DM. Beiersdorf wurde 4 DM fester gehandelt. Phoenix Gummi gaben auf 121,50 DM nach.

Berlin: Kempinski und Tempelhofer Feld wurden um je 20 DM heraufgesetzt. Berthold und Rheinmetall konnten je 2 DM zulegen. Spinne Zehlendorf schwächten sich um 40 DM ab. DeTeWe büßten 7 DM ein. Schering gaben um 3 DM, DUB-Schultheiss und Herlitz Vz. um je 1 DM nach.

München: Aigner schlossen um 1,50 DM, Deckel AG um 4 DM und Grünzweig um 3,50 DM fester. Nachgegeben haben Brau AG Nürnberg um 4 DM, Electro 2000 um 8 DM und Esterer um 5 DM. Neue Baumwolle Hof verminderten um 7 DM und Otto Stumpf um 2,50 DM.

Stuttgart: Porsche legten 9 DM zu. Fuchs vesserten sich um 3 DM auf 120 DM. Stuttgarter Hofbräu Vz. wurden mit 448 DM bezahlt. Daimler waren auf der Basis von 650 DM gefragt. Württembergische Cattun büßten 15 DM ein.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 170,6 (170,7)
WELT-Umsatzindex: 3420 (3250)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

	25. 2.	22. 2.
H AachM Beteil. 9+2,5	1199	1200
H Aach. M. Vers. 7	352G	352G
D Aach. Rück. 9	1220	1225
D Aseag *4	455T	455T
M Ack-Gögg 4	98,1	98,1
H Adca 0	135	135bB
D Adler 9	320G	330G
F Adt AG 0	68	68,5
F AEG-Telef. 0	109,1	110,1
D AEG-Kabel 8	288G	288G
S Aesculap 8	380bG	385
F AGAB 5	114	115

	25. 2.	22. 2.
H Br. H. Hypo 10	300B	298
Hn Brech. Jute *0	100G	100G
H Breitenb.-C. *28	595G	595G
H Br. Straßb. *0	450G	450G
H Br. Vulkan 0	76	74
H Br. Wollk. 6	154,5	148
F BBC 6	219,5	205
S BSU Textil %20	1300TG	1300TG
D Buckau-W. 4,1	135G	134,5
D Buderus *12	395G	400G
M Bgl. Br. Ing. *12+2	805B	805B
S Bgl. Brh. Rav. *0	405G	405
S Calw D. **30+18	730bG	740bB

	25. 2.	22. 2.
M En. Oberfr. 4,5	270G	270G
M En. Ostb. 5+1	225bG	225bB
H Elbraft 0	43	43bG
B Engelhardt 7	205G	205
D Enka 6,67	405	423
M Erlus 12,5	345G	345
M Erste Kulmb. 9	1300G	1300bG
S esbi *0	11,3bB	11,3bB
S Essl. Masch. 6	300	290
M Esterer **16	545bG	550B
D Farb. Liqu. RM 0	6,95	6,95
F Flachglas 8	221,5	220
D Ford *19,36	900T	900T

	25. 2.	22. 2.
D Hoffm. St. 0	167	167
S Hohner *6	243,5	245,5
H Holsten-Br. 6+1	254	252
F Holzmann 10+1	385	394
D Hongen 6	164	167
B Hw. Kayser *12	251B	251B
D Hussel 8	295	295
D Huta Heg. 0	–	–
M Hutschenr. 9	235bB	243
H Hypo Hbg. 12,5	412	432G
D IKB 7,5	190bB	190bG
S IWKA 0	280	286
M Isar-Amper 6,5+1	349	348bG

Ungeregelt. Freiverkehr · Freiverkehr · Unnotierte Werte · Inlandszertifikate · Auslandszertifikate (DM) · Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York · Toronto · London · Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · Wien · Kopenhagen · Brüssel · Hongkong · Singapur · Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 25. 02. 85

1741 Optionen = 95 600 (101 600) Aktien,

davon 325 Verkaufsoptionen = 17 350 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-95/17, 4-110/4,9, 4-120/1,5, 7-100/19, BASF 4-149,65/47, 4-159,65/41, 4-169,65/29,5, 4-170/29,5, 4-179,6/20, 4-180/19,7, 4-189,65/9,5, 4-190/9,6, 4-199,65/4,5, 4-200/5, 4-210/3, 7-169,65/37, Bayer 4-160/42, 4-170/32, 4-180/22, 4-190/12,6, 4-200/6,8, 4-210/4,4, 7-170/40, BMW 4-390/7, 7-390/25, 7-410/12, 7-430/7,5, Commerzbk. 4-170/4,3, 4-180/1,4, 7-170/9, Conti 4-130/6,1, 4-130/1,8, 7-120/8,5, Daimler 4-660/8,6, 7-700/10, Dt. Babcock St. 4-150/20,6, Deutsche Bk. 4-356,75/44, 4-366,75/34, 4-390/18,8, 7-440/8,3, Dresdner Bk. 4-190/7, 4-200/2,5, GHH St. 10-160/16, Hoechst 4-160/38, 4-170/27,9, 4-180/16,5, 4-190/7,5, 4-200/3,6, 7-180/23, Hoesch 4-100/9,4, 4-110/3, 4-120/0,90, 7-110/7, Karstadt 10-220/13, 10-240/4, Kaufhof 10-220/12,4, Klöckner 4-65/12, 4-70/5, 4-75/4,3, 4-80/2,5, 7-70/12, Lufthansa St. 7-180/27, Lufthansa Vz. 7-190/7,5, MAN 7-170/4, Mercedes 4-489,5/77, Metallges. 4-230/18, Mannesmann 4-160/2,5, 4-170/1, 7-160/6,9, RWE St. 4-160/4,4, 7-170/3, 10-160/9,3, 10-170/5,1, RWE Vz. 7-170/2,5, 10-170/5, Kali + Salz 4-260/12, 7-27/14, Siemens 4-420/122, 4-470/72, 4-500/45, 4-510/35, 4-520/27,5, 4-550/11-10,4, 4-570/5,2, 7-510/60, Thyssen 4-80/23,1, 4-85/17,9, 4-90/14,15, 4-100/7, Veba 4-170/3, 7-180/3,4, VW 4-200/6, 7-190/176, 7-230/3, 10-210/11, Alcan 4-100/4, 7-95/12, 7-100/8,4, Chrysler 4-100/4, 7-110/7,6, General Motors 4-230/33, IBM 4-370/80, 4-400/51, 4-410/41, 4-420/31,8, 4-430/22, 7-420/45, Norsk Hydro 7-40/3,5, Philips 4-55/2,6, 7-50/7,5, Sony 4-55/3, 7-50/8,35, 7-55/3,6, Sperry 4-130/30, 10-160/13,6, Xerox 4-120/30. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-110/1,9, 7-100/1,3, 7-110/4, BASF 7-190/3, 10-180/1,5, Bayer 4-190/1, 4-200/3, 7-200/5,5, BMW 4-370/6, 7-340/2, Commerzbk. 4-160/1, 7-160/1,5, Conti 4-120/2,2, 7-120/2,4, Daimler 7-620/4,1, 10-590/4,1, Dt. Babcock St. 7-160/2,8, Deutsche Bk. 7-380/3,8, 7-390/6, Dresdner Bk. 4-190/2, 7-190/5,5, Hoechst 4-190/1,1, 7-190/2,5, Karstadt 7-240/22, Kloeckner 7-75/3,6, 10-70/2, Lufthansa St. 7-180/4,1, Linde 4-400/2,5, Mannesmann 7-150/1,4, 10-150/3, Schering 10-450/7,2, 10-460/11, Kali + Salz 4-270/6, Siemens 7-490/1, 7-500/2,2, 7-520/4, Thyssen 4-100/1,5, 7-90/1,3, VW 7-180/1,6, 7-190/4,1, Alcan 10-90/2,5, Chrysler 7-110/7, 10-110/9,6, Elf 4-90/3,5, General Motors 4-250/3, 10-250/11,5, IBM 7-400/3,5, 7-420/7, 7-430/12,8, 10-420/10, 10-430/13,9, Royal Dutch 7-160/1,4, Sperry 10-140/4,4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25. 2. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅝– 8⅞	5⅝–5⅞	5½–5¾
3 Monate	9¼– 9½	6 –6¼	5¾–6
6 Monate	9¾–10	6¼–6½	5¾–6
12 Monate	10⅜–10⅞	6½–6¾	5¾–6

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1625,00	2034,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1290,00	1556,85
5 US-Dollar (Liberty)	530,00	674,10
1 £ Sovereign alt	228,25	283,01
1 £ Sovereign Elizabeth II.	226,75	281,30
20 belgische Franken	176,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	236,75	297,26
2 südafrikanische Rand	223,75	276,74
Krüger Rand, neu	1011,00	1192,44
Maple Leaf	1011,00	1192,44
Platin Noble Man	920,00	1066,70
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	239,75	301,62
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,25	232,28
20 franz. Franken „Napoléon"	175,75	226,86
100 österr. Kronen (Neuprägung)	933,75	1128,32
20 österr. Kronen (Neuprägung)	185,75	234,56
10 österr. Kronen (Neuprägung)	96,75	127,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	434,50	529,53
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,25	139,37

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

25. 02. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,4335	3,4415	3,3785	3,34	3,46
London¹)	3,649	3,663	3,584	3,58	3,73
Dublin¹)	3,108	3,122	3,050	3,54	3,69
Montreal³)	2,4570	2,4650	2,4195	2,40	2,50
Amsterd.	88,100	88,330	88,025	87,50	89,50
Zürich	118,730	118,930	118,865	117,50	120,25
Brüssel	4,957	4,977	4,913	4,86	5,06
Paris	32,635	32,785	32,295	31,75	33,50
Kopenh.	27,830	27,950	27,60	27,00	28,75
Oslo	35,070	35,190	34,56	34,25	36,00
Stockh.**)	35,620	35,780	34,995	34,75	36,50
Mailand²) **)	1,594	1,604	1,57	1,57	1,69
Wien	14,217	14,257	14,206	14,14	14,36
Madrid**)	1,807	1,817	1,782	1,76	1,88
Lissabon**)	1,847	1,867	1,735	1,43	2,25
Tokio	1,3065	1,3085	–	1,25	1,31
Helsinki	48,490	48,690	47,63	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	–
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,46	2,514	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,393	2,427	–	2,34	2,44
Johannesbg.*)	1,6045	1,6235	–	1,47	1,72

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert, **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Was der US-Dollar am Freitag nicht mehr schaffte, nämlich die Mark von 3,40 zu überspringen, gelang ihm am 25. 2. spielend. Zunächst glaubte man eine technische Reaktion erkennen zu können, als der Kurs einen Rückgang bis 3,3860 verzeichnete. Auf dieser Basis entwickelte sich jedoch sehr schnell die übliche Nachfrage und der Kurs kletterte stetig und unbehelligt von Notenbankinterventionen auf 3,4375 zur amtlichen Notiz und später sogar auf 3,4510. Diese Befestigung umfaßt 2 Prozent und verlief unter teilweise stürmischem Verhalten. Die Bundesbank sah auch zur amtlichen Notiz keinen Anlaß in das Marktgeschehen einzugreifen. Zu Geschäftsschluß war eine Reaktion auf 3,4350 zu registrieren. Der japanische Yen schraubte seinen absoluten Höchstkurs gegen D-Mark auf 1,3080 hoch, was einem erneuten Kursanstieg von 1,55 Prozent entsprach. Auch der schweizer Franken und das englische Pfund notierten höher. Von den EWS-Währungen notierte die italienische Lire schwach und fiel auf 1,588 zurück. Der holländische Gulden wurde amtlich mit 88,21 historisch tief festgestellt. US-Dollar in: Amsterdam 3,9080; Brüssel 68,0425; Paris 10,5395; Mailand 2151,50; Wien 24,1050; Zürich 2,8928; Ir.Pfund/DM 3,115; Pfund/Dollar 1,0638; Pfund/DM 3,656.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 26. Februar: In D-Mark 2,22605 (Parität 2,24184); in Dollar 0,647578 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 25. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Auf Grund unveränderter Zinsgegebenheiten zu Wochenbeginn notierten die Terminabschläge wie in der Vorwoche.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,86/0,76	2,81/2,71	5,94/5,74
Pfund/Dollar	0,46/0,44	1,25/1,21	1,83/1,78
Pfund/DM	3,10/ 1,70	7,80/ 6,40	13,06/11,60
FF/DM	20/4	48/32	88/72

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25. 2.: Tagesgeld 5,50 Prozent; Monatsgeld 5,50-5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,10 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 25. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,50 (6,45)–8,00 (6,80)–8,25 (7,06)–8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,50 (6,49)–8,00 (6,87)–8,25 (7,14)–8,50 (7,37)–8,50 (7,53) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,84. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,50, Rendite 7,87.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigen konnte sich dagegen Kupfer. Während Kaffee zulegen konnte, mußte Kakao Abschläge hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	22. 2.	21. 2.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	349,50	348,00
Mai	339,50	338,00
Juli	331,50	329,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)	22. 2.	21. 2.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	254,59	256,36
Amber Durum	244,44	241,94
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	128,20	127,60
Mai	132,70	132,10
Juli	136,00	135,70
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	135,00	134,50
Mai	132,00	130,90
Juli	128,80	128,40
Hafer Chicago (c/bush)	22. 2.	21. 2.
März	174,75	175,25
Mai	170,25	170,50
Juli	165,75	165,25
Mais Chicago (c/bush)		
März	265,25	266,00
Mai	272,50	272,25
Juli	275,75	275,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	22. 2.	21. 2.
März	132,80	130,60
Mai	132,20	131,00
Juli	131,00	129,90

Genußmittel

	22. 2.	21. 2.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. März	143,80	143,00
Mai	142,21	141,75
Juli	141,50	140,89
Kakao New York ($/t)	22. 2.	21. 2.
Terminkontr. März	2120	2138
Mai	2150	2171
Juli	2138	2155
Umsatz	2034	2292
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,85	3,97
Mai	4,03	4,13
Juli	4,37	4,45
Sept.	4,65	4,77
Okt.	4,83	4,91
Umsatz	14 600	14 880
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	22. 2. 3,65	21. 2. 3,65
Kaffee London (£/t) Robusta-	22. 2.	21. 2.
Kontrakt März	2372–2373	2334–2335
Mai	2416–2418	2375–2378
Juli	2447–2450	2405–2408
Umsatz	3780	2608
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2182–2184	2185–2185
Mai	2178–2179	2185–2186
Juli	2161–2162	2169–2171
Umsatz	4145	5812
Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	111,00–111,40	112,00–112,80
Mai	115,80–116,00	118,00–118,20
Aug.	123,80–124,00	126,00–126,40
Umsatz	2257	1925
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	22. 2.	21. 2.
schw. Sarawak spez.	geschl.	–
weißer Sarawak	geschl.	–
weißer Muntok	geschl.	–
Orangensaft New York (c/lb)	22. 2.	21. 2.
März	170,10	170,40
Mai	171,50	171,30
Juni	171,85	172,40
Sept.	170,65	171,45
Nov.	168,85	169,30
Umsatz	500	550

Öle, Fette, Tierprodukte

	22. 2.	21. 2.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk.	38,50	38,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	29,00	29,75
Sojaöl Chicago (c/lb) März	28,25	28,45
Mai	27,30	27,40
Juli	26,60	26,65
Aug.	26,20	26,20
Sept.	25,70	25,70
Okt.	25,05	25,20
Dez.	24,40	24,60
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	30,00	29,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	23,00	24,00
Choise white hog 4% fr. F.	20,00	20,00
Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,75	18,75
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,50
Schweine Chicago (c/lb)		
April	46,60	47,10
Juni	51,90	52,45
Juli	53,15	53,45
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	69,10	71,22
Mai	69,45	69,25
Juli	69,50	70,20
Häute Chicago (c/lb)	22. 2.	21. 2.
Ochsen einh. schwere River Northern	41,00	41,00
Kühe einh. schwere River Northern	41,00	37,50
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	572,00	579,00
Mai	585,00	590,50
Juli	596,00	601,00
Aug.	598,50	605,00
Sept.	597,00	601,50
Nov.	600,00	605,00
Jan.	612,50	616,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	128,80	129,20
Mai	134,50	135,10
Juli	140,00	140,80
Aug.	142,80	143,80
Sept.	145,00	146,00
Okt.	148,00	148,80
Dez.	152,80	155,80
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	22. 2.	21. 2.
März	356,00	353,00
Mai	363,80	361,20
Juli	369,50	368,30
Kokosöl New York (c/lb)	22. 2.	21. 2.
Westküste fob Werk	40,50	37,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	25. 2.	22. 2.
jegl. Herk. cif	845,00	870,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	610,00	610,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	605,00	630,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	264,00	261,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	835,00	845,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	290,00	292,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	22. 2.	21. 2.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2		
März	62,65	62,75
Mai	64,10	64,26
Juli	64,90	65,20
Okt.	65,35	65,55
Dez.	65,41	65,75
März	66,60	66,90
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	42,25	42,25
Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	22. 2.	21. 2.
März	503–510	509–511
Mai	514–515	519–520
Aug.	535–536	538–540
Umsatz	140	78
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	22. 2.	21. 2.
März	53,70	53,60
Mai	53,80	53,80
Juli	53,50	53,50
Aug.	53,70	53,70
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	22. 2.	21. 2.
März	581,0–583,0	582,00–583,00
Mai	597,0–598,0	–
Juli	602,0–604,0	–
Umsatz	16	53
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	22. 2.	21. 2.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	22. 2.	21. 2.
Febr.	12 350	12 135
März	12 448	12 245
Kautschuk London (p/kg)	22. 2.	21. 2.
Nr. 1 RSS loco	–	68,00–71,50
März	67,00–71,00	67,00–71,00
Apr.	68,00–72,00	68,00–72,00
Mai	69,00–73,00	69,00–73,00
Tendenz: –		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	22. 2.	21. 2.
März	geschl.	geschl.
April	geschl.	geschl.
Nr. 2 RSS März	–	–
Nr. 3 RSS März	–	–
Nr. 4 RSS Febr.	–	–
Tendenz: –		
Jute London (£/lgt)	22. 2.	21. 2.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 lt. = 76 WD – (–): BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25. 2.	22. 2.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	374,18–374,54	370,68–371,04
drittfolg. Monat	387,19–387,36	383,45–383,64
Blei: Basis London		
laufend. Monat	123,26–123,44	121,79–122,16
drittfolg. Monat	126,92–127,11	124,90–125,08
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1767,40–1769,23	1738,35–1742,00
drittfolg. Monat	1772,16–1772,89	1742,00–1743,83
Zink: Basis London		
laufend. Monat	306,23–306,59	300,19–301,29
drittfolg. Monat	298,17–298,35	294,35–294,72
Produz.-Preis	309,74	304,56
Reinzinn 99,9%	4243–4285	–

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25. 2.	22. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	471,80–474,91	477,31–480,42
Blei in Kabeln	131,00–132,00	129,50–130,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	25. 2.	22. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	444–451	445–452
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	480–481	477–482
MS 63	482–488	481–489

Zinn-Preis Penang

	22. 2.	21. 2.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	geschl.

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	25. 2.	22. 2.
Leg. 225	410–420	410–420
Leg. 226	412–422	412–422
Leg. 231	445–462	445–457
Leg. 233	455–462	455–462

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	25. 2.	22. 2.
Platin (DM je g)	32,008	31,95
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 470	33 880
Rücknahmepr.	31 720	32 130
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 620	33 140
Rücknahmepr.	31 820	32 320
verarbeitet	34 2208	34 780
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 750	32 455
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	618,10	669,10
Rücknahmepr.	600,10	649,60
verarbeitet	645,208	698,50

Internationale Edelmetalle

	25. 2.	22. 2.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	290,00	298,80
15.00	284,25	298,40
Zürich mittags	284,00–285,00	298,40–298,90
Paris (Ff/1-kg-Barren) mittags	96 650	98 750
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	513,85	557,10
3 Monate	530,85	575,00
6 Monate	546,80	592,00
12 Monate	579,35	625,80
Platin (£-Feinunze) London	22. 2.	21. 2.
fr. Markt	248,50	249,40
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	110,20	112,75

New Yorker Preise	22. 2.	21. 2.
Gold H & H Ankauf	298,40	299,85
Silber H & H Ankauf	604,00	609,00
Platin fr. Händlerpr.	272,00–275,00	272,00–280,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	119,50–120,50	124,00–125,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Febr.	591,30	606,20
März	539,00	605,00
Mai	596,10	611,30
Juli	586,50	615,00
Sept.	610,00	623,00
Dez.	620,00	635,00
Jan	637,00	653,30
Umsatz	37 000	21 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	22. 2.	21. 2.
Febr.	59,40	59,05
März	59,40	59,10
April	59,85	59,60
Mai	60,30	60,00
Juli	61,00	60,70
Sept.	61,55	61,15
Dez.	62,50	62,20
Umsatz	15 000	9 000

Londoner Metallbörse

	25. 2.	22. 2.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1021,5–1022,5	1015,5–1016,5
3 Monate	1057,0–1057,5	1050,0–1051,0
Blei (£/t) Kasse	336,50–337,00	335,50–336,50
3 Monate	346,50–347,00	344,00–344,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1267,5–1268,0	1286,0–1287,0
3 Monate	1290,0–1291,0	1306,0–1308,5
abends Kasse	–	1268,0–1269,0
3 Monate	–	1290,0–1290,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1264,0–1265,0	1264,0–1266,0
3 Monate	1295,0–1287,0	1285,0–1287,0
Zink (£/t) Kasse	836,00–837,00	825,00–830,00
3 Monate	814,00–814,50	809,00–810,00
Zinn (£/t) Kasse	10 115–10 120	10 055–10 060
3 Monate	10 140–10 145	10 066–10 070
Quecksilber $/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	72–77

SPOT

BRILLANTLEUCHTEN AKTIENGESELLSCHAFT

GNARRENBURG

Verkaufsangebot über DM 3 000 000,– Inhaberaktien

Wertpapier-Kenn-Nummer 527 271

Der Vorstand der Brillantleuchten Aktiengesellschaft, Gnarrenburg, hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 3. Januar 1985 die Erhöhung des Grundkapitals von DM 10 000 000,– auf DM 11 000 000,– durch Ausgabe von DM 1 000 000,– neuen Aktien aus dem in der Hauptversammlung vom 21. Dezember 1984 genehmigten Kapital beschlossen. Die neuen Aktien sind ab 1. Mai 1985 (für das Geschäftsjahr 1985/1986) dividendenberechtigt.

Die neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung sowie weitere gleich ausgestattete DM 2 000 000,– Aktien aus dem Besitz der Altaktionäre, das sind insgesamt DM 3 000 000,– = 60 000 neue Aktien zu je DM 50,– werden in der Zeit

vom 27. Februar 1985
bis zum 5. März 1985
zum Preis von DM 175,–
je 50,– DM Aktie

von einem Bankenkonsortium unter Führung der DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank freibleibend zum Kauf angeboten.

Kaufanträge nehmen die nachstehend genannten Banken während der üblichen Schalterstunden entgegen:

DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank

Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg
– Girozentrale –

Bank für Gemeinwirtschaft
Aktiengesellschaft

Norddeutsche Genossenschaftsbank
Aktiengesellschaft

Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich Börsenumsatzsteuer und Effektenprovision ist von den Erwerbern am 6. März 1985 zu entrichten.

Die neuen Aktien sind zu gegebener Zeit effektiv lieferbar in Einzelurkunden über 1 Aktie zu DM 50,– ausgestattet mit Gewinnanteilscheinen Nr. 4 bis 20 und Erneuerungsschein.

Die zum Kauf angebotenen Aktien sind an den Wertpapierbörsen zu Bremen und Frankfurt am Main zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen. Die Notierung wird voraussichtlich am 8. März 1985 aufgenommen.

Verkaufsprospekte sind bei den genannten Banken erhältlich.

Gnarrenburg, im Februar 1985

Der Vorstand

STADT KOBE

6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1972
– WKN 461 641/50 –

Für die am 1. Mai 1985 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 6 367 000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Restanten: Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 3, 4 und 6 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Kobe, Japan, im Februar 1985

STADT KOBE

Siemens Western Finance N.V.
Curaçao, Niederländische Antillen

Ermäßigung des Optionspreises unserer 7¾% US-Dollar-Optionsanleihe von 1983/1990

Die Siemens AG hat eine Kapitalerhöhung mit Bezugsrecht der Aktionäre beschlossen. Aufgrund dieser Kapitalerhöhung ermäßigt sich der Optionspreis für jede durch Ausübung des Optionsrechts bezogene Stammaktie im Nennbetrag von 50 DM vom Stichtag, dem 5. März 1985, an auf

248,41 DM.

In der Zeit vom 27. Februar bis 4. März 1985 kann das Optionsrecht nicht ausgeübt werden (§ 2 der Optionsbedingungen).

Curaçao, im Februar 1985

Das Direktorium

SIEMENS

Information für Siemens-Aktionäre

Bezugsangebot

Aufgrund der Ermächtigung gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital von 2 240 401 250 DM um 140 000 000 DM auf 2 380 401 250 DM durch Ausgabe von 51 313 neuen, auf den Namen lautenden Vorzugsaktien und von 2 748 687 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien jeweils im Nennbetrage von 50 DM zum Ausgabepreis von 100 DM je Aktie zu erhöhen. Die neuen Aktien sind ab 1. Oktober 1984 dividendenberechtigt. Ein Bankenkonsortium hat die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, die 2 565 650 DM neuen Vorzugsaktien den Inhabern von Vorzugsaktien und den übrigen Aktionären neue Stammaktien jeweils im Verhältnis 17 : 1 zum Ausgabepreis von 100 DM je 50-Mark-Aktie zum Bezug anzubieten. Im übrigen ist das Bezugsrecht der Inhaber von Aktien einer Gattung auf Aktien der anderen Gattung ausgeschlossen. Bezugsberechtigt sind auch diejenigen Stammaktien, die bis zur Veröffentlichung dieses Angebots durch die Ausübung von Optionsrechten entstanden sind.

Dem Konsortium gehören folgende Banken an:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG

Algemene Bank Nederland N.V.
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank AG
Badische Kommunale Landesbank
– Girozentrale –
Bank für Handel und Industrie AG
Banque Nationale de Paris
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Crédit Lyonnais
Delbrück & Co.
Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank AG
Effectenbank-Warburg AG
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schweizerische Bankgesellschaft
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerische Volksbank
Schweizerischer Bankverein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Württembergische Kommunale Landesbank
Girozentrale

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 5. bis 19. März 1985 einschließlich

bei einer Bezugsstelle während der üblichen Schalterstunden auszuüben. Bezugsstellen in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin sind die dem Konsortium angehörenden deutschen Banken und deren inländische Niederlassungen.

Auf je 17 Stammaktien im Nennbetrag von je 50 DM kann eine neue Stammaktie über 50 DM mit voller Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1984/85 zum Ausgabepreis von 100 DM börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist spätestens am 22. März 1985 zu zahlen. Bezugsausweis für die neuen Stammaktien ist der **Gewinnanteilschein Nr. 28** der Stammaktien. Die neuen Stammaktien erhalten die gleiche Wertpapier-Kenn-Nummer wie die alten Aktien (723 600); sie stehen in Urkunden über eine Aktie (50 DM) sowie in Sammelaktien über 10 Aktien (500 DM) und 50 Aktien (2 500 DM) mit Gewinnanteilscheinen Nr. 30 bis 40 und Erneuerungsschein zur Verfügung.

Die Bezugsrechte auf die neuen Stammaktien werden in der Zeit vom 5. bis 15. März 1985 an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Vom 5. März 1985 an werden die Stammaktien »ex Bezugsrecht« gehandelt. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 28 durch den Bezieher während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle vorgenommen wird und damit kein weiterer Schriftwechsel mit dem Bezieher verbunden ist.

Hinweis auf die Zulassung zum Börsenhandel

Die zum Bezug angebotenen Stammaktien sowie weitere Stammaktien aus den Kapitalerhöhungen von 1984 und 1985 im Nominalwert von insgesamt 46 000 000 DM sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an den deutschen Wertpapierbörsen zugelassen worden.

Die Veröffentlichung des entsprechenden Prospekts im Bundesanzeiger erfolgte am 26. Februar 1985. Exemplare des Prospekts sind bei den obengenannten, inländischen Kreditinstituten erhältlich.

Außerdem ist die Zulassung der neuen Stammaktien an den Wertpapierbörsen in Amsterdam, Basel, Brüssel, Genf, Paris, Wien und Zürich eingeleitet.

Berlin und München, im Februar 1985
Der Vorstand

Siemens Aktiengesellschaft

Rentenschwäche setzte sich fort

Den Rentenmarkt drückte wieder der starke Dollar-Kursanstieg. Hier ist die Anlageneigung stark geschrumpft, da kaum jemand in Kursrückgänge hinein kaufen und sich künftige höhere Renditen entgehen lassen will. Der Aktienmarkt profitiert nicht zuletzt auch davon, daß die Rentenwerte zur Zeit so stark „out" sind. Jedenfalls nehmen Käufer nur zu kräftiger weichenden Kursen Material auf. So gaben an der Wochenanfangsbörse öffentliche Anleihen und auch Bundesobligationen bis um etwa einen halben Prozentpunkt nach.

Bundesanleihen

Bundesbahn

		25. 2.	22. 2.
7 dgl. 77	2/87	99,9	100,05
6 dgl. 77	9/87	92,1	97,65G
6 dgl. 78 II	7/88	96,4	96,4
6½ dgl. 77	5/88	97,2	97,4

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	25. 2.	22. 2.
M 7 dgl. Pf 30	97,5bG	98G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	99,75	99,75
7 dgl. Pf 31	101G	101
6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
8 dgl. Pf 61	100G	100G
Ha5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	91,5G	91,5G
7½ dgl. Pf 87	96,75G	96,75G
6 dgl. KS 29	83,25G	83,25G
7 dgl. KS 30	99,95G	99,95G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	83,5G	83,5G
6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 141	93G	93G
7 dgl. Pf 143	93,25G	93,25G

	25. 2.	22. 2.
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	124,5G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 16	105G	105G
6 dgl. Pf 28	97G	97G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5½ dgl. KO J+E	124,5G	123G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 53	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	72,5G	72,5G
7 dgl. Pf 125	100G	100G
7 dgl. Pf 128	93G	93G
8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G
6 dgl. KS 77	81,5G	81,5G
8½ dgl. KS 110	–	–
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	124,25G	124,25G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G

	25. 2.	22. 2.
6½ dgl. KS 1	99,96 G	99,98 G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	98,7bG	98,8G
6 dgl. IS 16	97,75bG	98,25
6 dgl. IS 17	97bG	97,35G
8½ dgl. KO 49	100,75G	100,75G
8½ dgl. KO 48	100,75G	100,75G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100,5bG	100,75G
8½ dgl. IS 726	100bG	100bG
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	121G	121G
6 dgl. Pf 4	93,5bG	94,25G
6½ dgl. Pf 3	88,5bG	89G
6½ dgl. Pf 12	88bG	88,5G

	25. 2.	22. 2.
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	103G	103G
6½ dgl. Pf 42	99,5G	99,5G
Ha7 Nord. Lbk. Pf 1	97,8G	97,8G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
9 dgl. KO 53	100,4G	100,4G
7½ dgl. IS 6	101,1G	101,1G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	116G	116G
6 dgl. Pf 56	87,9	87,9
6 dgl. Pf 85	82G	82G
7 dgl. Pf 114	100G	100G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

	25. 2.	22. 2.
F 6 Badenwerk 78	97,5	97,6
F 6 Chem. Hüls 71	100,5	100,3
7¾ Cont. Gum. 71	100,3B	100,5T
5¾ HEW 62	100G	100G
7½ dgl. 71	100G	100G
4½ Harpen 59	2250G	2250G
7½ Hoesch 71	100,1G	100,3G
7½ Karstadt 71	100,25G	100,3G
7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25T
7¾ dgl. 71	100,3bG	100,3
7½ dgl. 76	100,25	100,8G
7½ Klöckner W. 71	100,25T	100,25G
8 dgl. 72	100,5T	100,5G
6 NWK 61	98,5G	98,5G

Optionsscheine

Optionsanleihen

	25. 2.	22. 2.
3¾ Dt. Bk. 83 mO	124	124
3¾ dgl 83 oO	86,2	86,1G
4 Dresd. Bk. 83 mO	105,5	105,5
4 dgl. oO	89,25	89,25
8 dgl. 84 mO	124,9	125
8 dgl. 84 oO	102,25	101,25
3½ Hanwa 84 mO	94G	94G
3½ dgl. 84 oO	86,5T	87,25T
7½ Jap. Synth. 82	200G	200G
7½ dgl. 82 oO	99,75T	99,75T
5¾ Jusco 83 mO	141,25G	142bG
5¾ dgl. 83 oO	95,1G	95,2bG

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

	25. 2.	22. 2.
10 RENFE 82	108,75	109bG
8¾ RENFE 83	101,25G	101,3bG
8¾ Stockh. G. 75	100,7G	100,7G
7¾ Sumito F. 82	99,75G	100,15
7½ Sun Int. 73	99,50	99,75
7¾ Svenska C. 73	99,50	99,6
10¼ Svensk E. 81	107,75bG	107,75T
9½ Svensk Ex. 82	104,2BB	103,5bG
5½ Tauernaut. 78	91,25	91,25
9¾ Tauernaut. 82	112,25T	112,75
6½ Tokyo El. 79	99,85T	99,9G
6 TVO-Kraftw. 78	97bB	97,25

Ausländische Aktien in DM

	25. 2.	22. 2.
M Fed. Nat. Mortg.	58,7	60
D Fiat St.	4,4	4,45
D dgl. Vz.	3,7	3,8
F Finsider	–	0,099
D Fisons	10,46	10,56
M Fluor	62,4	61,5
D Ford	149,5	149,5
F Fujitsu	17,4	17,4
F General Electric	213,8	213
F General Foods	200T	197T
F General Mining	40	41
D General Motors	283	280

	25. 2.	22. 2.
F Océ v. d. Grint	–	–
F Olivetti St.	11,5	11,05
F Olivetti Vz.	9,6	9,65
F Olympus Optical	17,8	17,4
H v. Ommeren	25,5bB	25,5
F Onoda Tsh(?)	25,5G	25G
F Pacific Telesis	243	241
F Pakhoed	61,5	61
F PanAm	15,3	15,4
D Parker Drilling	23,5	22,2
F Penner Hanson	–	–
F Pekko Wallsend	11,7	11,85

	25. 2.	22. 2.
D dgl. Nam B	–	–
M Wang Labor	87,7	83,8
F Warner Commun	78,5	76,4
F Warner Lambert	123,9	124
F Wells Fargo	172,8	172
M Western Deep L.	111,6	117bG
M Western Mining	8,48	8,3
M Westinghouse El	105,2	103
F Westl.-Utrecht H.	91,5	92
M Weyerhaeuser	106,1	103
M Wheelock-Marden	–	–
D Xerox Corp	151	153,5

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Nutzloses Widerlegen

R. K.-B. – Der ehrwürdige Pater Nell-Breuning gibt uns den Ratschlag, den Marxisten zuzustimmen, wo sie recht haben, und sie in die Enge zu treiben, wo sie wirklich unrecht haben. Jede falsche Lehre enthalte nämlich einen Wahrheitskern, der sie attraktiv mache.

Das ist komplett falsch. Die marxistische Ideologie enthält keinen richtigen, sondern einen falschen Kern, nämlich die aufs klassenlose Paradies zielende Geschichtsphilosophie, die man weder beweisen noch widerlegen, sondern nur glauben oder nicht glauben kann. Genau so verhält es sich mit der christlichen Eschatologie, die man glaubt oder nicht glaubt.

Die wenigen richtigen volkswirtschaftlichen Thesen des Marxismus sind sekundärer Natur, Binsenwahrheiten, Banalitäten. So herum wird ein Schuh daraus.

Im übrigen ist es völlig witzlos, den Marxismus widerlegen zu wollen. Das ist schon tausendmal geschehen und hat nur die marxologisch sowieso Ungläubigen überzeugt. Streng marxistische Gruppen nehmen die Monopolhaltung schon voraus, die sie in einem marxistischen Staat besitzen würden. Sie nehmen keinerlei Notiz von Kritik, sie lesen das nicht einmal. In ihren Schriften zitieren sie niemals Nichtmarxisten, das wäre nicht linientreu.

Nell-Breuning käme reichlich spät mit seiner Distinktion, selbst wenn sie richtig wäre. Sie zäumt aber das Pferd vom Schwanz auf.

In jüngeren Jahren habe ich mich ebenfalls an der Widerlegung des Marxismus beteiligt. Anfang der dreißiger Jahre war es z. B. Arthur Feiler mit seinem Buch über „Das Experiment des Bolschewismus" gelungen, vielen jungen Leuten weiszumachen, sie fielen aus der Geschichte, wenn sie sich nicht konformierten. Ich habe sehr schnell entdeckt, daß Konformierung Chloroformierung gewesen wäre.

Nein, wir leben in einer freien Welt und halten es mit bestem Wissen und Gewissen ebenso wie die Marxologen: Wir nehmen keine Notiz von ihrem Kauderwelsch. Vor einer bis an die Zähne bewaffneten Geschichtsphilosophie schützt man sich nicht mit klugen, hier sogar falschen Distinktionen, sondern mit adäquater Verteidigungsanstrengung.

Um einen Doktor zu machen oder zu heiraten: Modefach Kunstgeschichte

Erst Dürer, dann arbeitslos

Die Szene hatte etwas Idyllisches: etwa 15 junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren, manche nur wenig jünger als der Dozent, in einem kleinen Seminarraum, der durch den Widerschein der Lichtbilder auf der Projektionswand erhellt wurde. In dem Proseminar ging es um die gotische Tafelmalerei zwischen 1350 und 1450, und die Studenten, die sich damit befaßten, waren damals, 1968, noch ein kleines, oftmals belächeltes Häufchen in der großen, ständig wachsenden Ruhr-Universität Bochum.

Von den 15 Seminarteilnehmern waren zwei Doktoranden, etliche höheren Semesters, wiederum andere nur Nebenfächler. Hauptfachstudenten der Kunstgeschichte gab es in diesem Seminar höchstens acht. Enger Kontakt von Lehrenden und Lernenden, waren ebenso selbstverständlich wie kollegiale Zusammenarbeit zwischen den Lernenden. Paradiesische Zustände.

Aber Paradiese haben die unangenehme Eigenschaft, verloren zu gehen. So auch dieses. Mit dem Massenansturm auf die deutsche Universität brach die von Georg Picht prognostizierte Bildungskatastrophe erst aus. In explosionsartiger Geschwindigkeit wurden die „großen Philologien" (Romanistik, Anglistik, Germanistik) zu ausgesprochenen Massenfächern, und die sogenannten „Sterntalerfächer" wie Kunstgeschichte (und Archäologie, Ur- und Frühgeschichte u. v. a. m.) mußten sich plötzlich – personell und institutionell völlig unvorbereitet – an den neuen Status eines „mittleren Faches" gewöhnen.

Ohne die geringste Rücksicht auf die Durchführbarkeit einer qualifizierten Ausbildung in einem ziemlich anspruchsvollen Studium, ließen es die Kultusbürokratien zu, daß ein schwieriges Fach, für dessen Absolventen ein sehr begrenzter Bedarf besteht, von „Numerus Clausus-geschädigten" jungen Leuten überflutet wurde, die sonst nicht im Traum daran gedacht hätten, im Hauptfach Kunstgeschichte zu studieren, ja die teilweise die Voraussetzungen dazu nicht mitbrachten: Lateinkenntnisse, Vertrautheit sowohl mit der Bibel als auch der klassischen Literatur und Mythologie, Kenntnisse in Geschichte, zwei lebende Sprachen usw.

War die Kunstgeschichte schon immer ein Fach mit einer hohen Zahl von „Endlos-Doktoranden" (ein offiziell „vergebenes" Thema wird seit 1947 „bearbeitet"!) und „drop-outs", so hat die wundersame Vermehrung der Kunst-Adepten sicher nicht dazu beigetragen, diese Verhältnisse zu verbessern.

Wozu auch fertig werden – angesichts der riesigen Studentenzahlen, der ständig steigenden Absolventenzahlen, die einen ständig schrumpfenden Arbeitsmarkt verstopfen? Zumal die offiziell bestallten Hüter des Faches nichts unternommen haben – zumindest nichts ernsthaftes – die Situation zu meistern. So gab es zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen einmal die Möglichkeit, Kunstgeschichte in modifizierter Form als „Kunstwissenschaft" in einem Lehramtsstudiengang zu studieren.

Statt zu erkennen, daß sich einer Vielzahl von Studenten dort eine berufliche Perspektive eröffnen könnte (die Lehrerarbeitslosigkeit war damals nicht vorauszusehen, vor allem, da Kunstunterricht – wie auch heute noch – häufig ausfiel!), betrachteten die Professoren diesen Ausbildungsgang als unzumutbare Belastung und ließen ihn sang- und klanglos „eingehen".

Ein Kunstgeschichtler kann heuer wie früher den „Magister" (M. A.) machen – einen in der Praxis nur bedingt berufsqualifizierenden Studienabschluß ohne eigene wissenschaftliche Leistung – oder zum „Dr. phil." promovieren. Leider ist es Brauch geworden, den M. A. vorzuschalten, was Studenten mit wenig stabiler wirtschaftlicher Basis zusätzlich belastet.

Aber auch mit der Promotion bleibt mittlerweile den meisten frischgebackenen Kulturhütern nur der Weg zum Arbeitsamt. Das liegt daran, daß die drei traditionellen Berufsfelder: Demkmalpflege, Museum, tertiärer Bildungsbereich „zu" sind, Personal eher eingespart als neu eingestellt wird und für die wenigen in Frage kommenden Stellen ein Überangebot an Bewerbern zur Verfügung steht. Auf eine „normale" Stelle (A12/A13 bzw. BAT III/IIa, die mit etwa 2400 Mark beginnt und über viele Jahre bis 4200 DM ansteigen kann) bewerben sich in der Regel zwischen 40 und 120 Personen – fast alle mit Promotion, viele mit weiteren, zum Teil beachtlichen wissenschaftlichen Leistungen. Andere Berufsfelder vermögen nur im Einzelfall Kunsthistoriker aufzunehmen, denn dort werden Fähigkeiten verlangt, die den meisten Kunsthistorikern entweder durch Veranlagung oder die Ausbildung fremd geblieben sind.

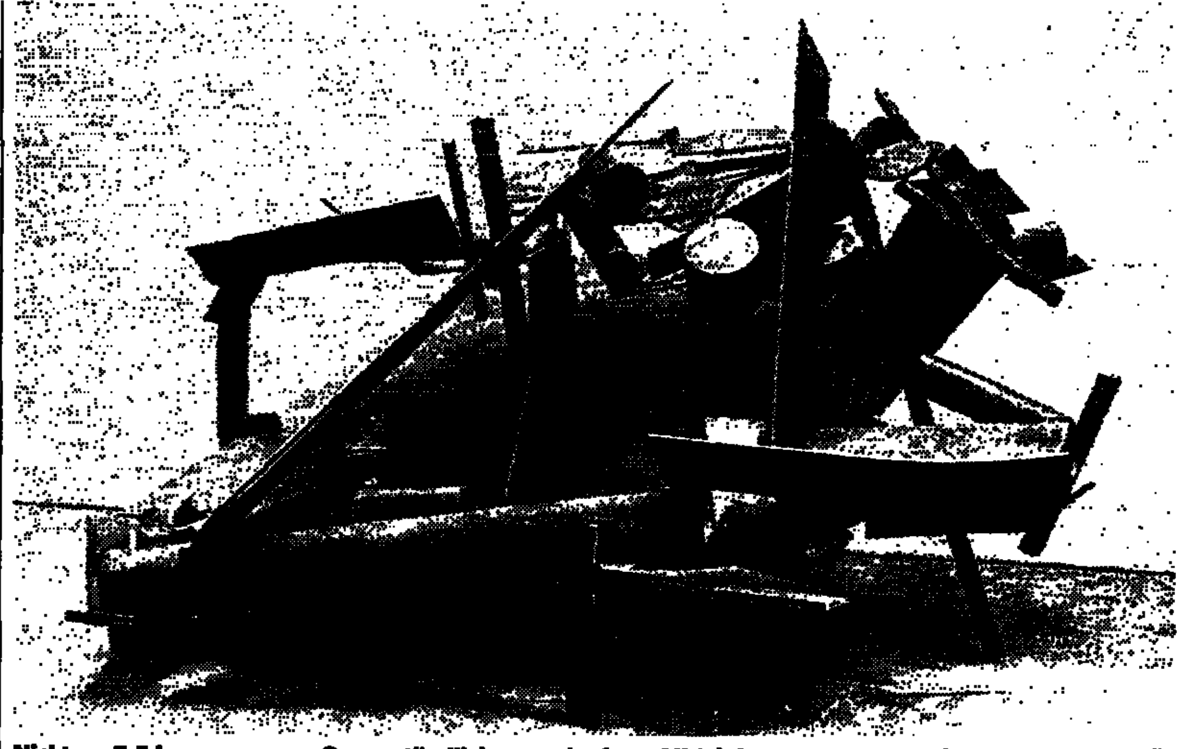
Derzeit ist eine Änderung dieser Situation nicht abzusehen. Allein an der Universität Bonn studieren gut 1700 (eintausendsiebenhundert!) Studenten Kunstgeschichte, etwa 800 davon im Hauptfach! In München nähert sich die Zahl der Hauptfächler den 1500. Und: Kunstgeschichte wird an fast allen deutschen Universitäten gelehrt. Bundesweit dürften um die 8000 Studenten das Fach im Hauptfach belegt haben. Und selbst wenn nur die Hälfte davon einen Beruf anstreben, ist für sie in absehbarer Zeit kein Arbeitsplatz in Sicht.

Die Kölner Museen mit zehn Instituten beschäftigen z. B. als eine der größten städtischen Einrichtungen dieser Art unter den etwa 300 Angestellten nicht mehr als 40 Kunsthistoriker. Bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sind unter den 1600 Beschäftigten rund 200 Wissenschaftler (nicht nur Kunsthistoriker, sondern auch Vertreter anderer Fakultäten). Und die Bremer Kunsthalle hatte seit 1945 zwei Direktoren, sechs Kustoden und zwölf wissenschaftliche Mitarbeiter. Doch insgesamt waren das – wegen des internen Avancements – nur fünfzehn Wissenschaftler. In dieser Zeit wurden außerdem 13 wissenschaftliche Volontäre ausgebildet – ehe 1983 die Volontärsstelle gestrichen wurde.

Früher war es einmal so, daß eine stattliche Zahl „höherer Töchter" dieses Fach studierten – entweder, um selbst einen Doktor zu machen oder, besser, einen zu heiraten. Mittlerweile drängen die meisten, die sich zum Examen durchgekämpft haben, auch auf den Arbeitsmarkt. Dort treffen sie auf eine ständig wachsende Zahl von Konkurrenten, wovon nicht wenige schon Berufspraxis haben: wegen Ablauf des Zeitvertrages arbeitslose Kolleginnnen und Kollegen.

Die Leute, die auf zeitlich begrenzten Stellen in der Denkmalpflege, im Museum, in der Hochschule oder Forschungseinrichtungen sitzen, sind die zweite Quelle, aus der sich das Überangebot am Markt speist. Allein mit ihnen könnte ein großer Teil des Bedarfs an qualifizierten Kunsthistorikern gedeckt werden. So tendieren die Zukunftsaussichten angesichts der – zumindest m kulturellen Bereich rigorosen – Sparpolitik der Bundesländer gegen Null. Aber auch eine großzügige Änderung dieser Politik wird nicht die Folgen einer unbedachten Expansion beseitigen, die man meinte, hinnehmen zu können.

GERHARD CHARLES RUMP



Nichts soll Erinnerungen an Gegenständliches wachrufen: „Midnight gap", Stahlplastik, verrostet und grün bemalt, von Anthony Caro, aus der Ausstellung in Düsseldorf FOTO: KUNSTMUSEUM DÜSSELDORF

Düsseldorf und Köln: Eisenskulpturen von A. Caro

Plastik vom Sockel geholt

Bildhauerei, Plastik, Skulptur entsprechen in unserem Jahrhundert nicht mehr unbedingt der ursprünglichen Bedeutung dieser Wörter. Freilich wird auch noch geschnitzt und in Stein gehauen, es wird noch modelliert und gegossen; doch diese überlieferten Arbeitsmethoden wurden längst durch allerlei neue Erfindungen und Techniken ergänzt und weithin überholt.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg benutzten die Spanier Gargallo und González, Freunde Picassos, erstmals Eisen und Kupfer für ihre Skulpturen; Picasso selbst und der Russe Archipenko setzten wieder die Farbe als bildnerisches Mittel ein. Was der Engländer Anthony Caro seit rund 25 Jahren macht, wird von seinen Interpreten in direkter Linie auf jene Protagonisten zurückgeführt.

Das Jahr 1960 brachte für ihn die Wende, ganz plötzlich und radikal. Von Kontinuität war nicht einmal zur Beschwichtigung die Rede. Caro will alles vermeiden, was an Tradition erinnert; schon im Stahl, sagte er, stekke bereits zu viel Kunstgeschichte. Aber er bleibt bis auf weiteres dabei, „bemüht, jeden Hinweis (auf Gegenständliches) zu vermeiden, wirklich abstrakte Plastik zu machen". Wer frühere Arbeiten Caros kennt, wird die Hinwendung des damals 36jährigen zur Abstraktion mit Freuden gutheißen. Er modellierte nämlich Porträts und menschliche Figuren, unkenntliche, voluminöse Gestalten, indem er sie klumpenweise aufeinanderschichtete; die Oberfläche blieb unbearbeitet und so die brutale Arbeitsweise deutlich sichtbar.

Im Werk des inzwischen Sechzigjährigen erinnert nichts mehr daran. Caro, der ursprünglich ein Ingenieurstudium begonnen hatte, ist nun Eisenschmied, Monteur, Konstrukteur geworden und baut seine Skulpturen aus Stahl und Aluminium, aus T-Trägern, Stangen, Platten, Kesselböden oder Pflugscharen. Es sind disparate, heterogene, widersprüchliche Elemente, die er scheinbar willkürlich aneinanderfügt und dann entweder mit Farben, Lack und Firniß überzieht oder bewußt verrosten läßt. Mit diesen in Form, Farbe, Ausdruckskraft und Größe sehr unterschiedlichen Gebilden – die sich bis zu fünf Meter lang und halb so breit auf dem Boden ausstrecken – ist Caro mittlerweile zum wichtigsten Anreger der englischen Eisenskulptur und zu einem „zeitgenössischen Klassiker" für seine Bewunderer geworden.

Wir sind außerstande, in deren enthusiasmierter Sprache hier über eine Ausstellung im Düsseldorfer Kunstmuseum zu referieren, so hoch ihr Verdienst auch sein mag als „die erste repräsentative Museumsausstellung des Künstlers" in Deutschland. Erstmals bekannt gemacht wurde Caro hierzulande übrigens 1975 durch die Galerie Wentzel, damals Hamburg. Jetzt zeigt sie in Köln parallel zu Düsseldorf wieder eine beachtliche Auswahl von 18 Caro-Skulpturen, hauptsächlich aus den letzten fünf Jahren. In Düsseldorf sind 30 zumeist größere Werke aus den letzten 15 Jahren zu sehen. Sie machen allerdings keine Entwicklung, allenfalls unterschiedliche Werkphasen und Spielarten eines gleichbleibenden Grundkonzepts deutlich.

Caros radikale Wende – der Katalog spricht wenig logisch von „Bekehrung" – bedeutet nicht allein Abstraktion statt Gegenständlichkeit, sondern gleichzeitig Abkehr von der skulpturalen Tradition der axialen Tektonik, der symmetrischen, auf einen Schwerpunkt konzentrierten Komposition. Caros Formen entwikkeln sich im Wortsinn „exzentrisch" frei im Raum, als vorwiegend horizontale, additive Aneinanderreihung. Der Betrachter entdeckt immer wieder neue Formenverbindungen, überraschende Abläufe, aparte Konstellationen, die zu ganz unabstrakten Assoziationen verleiten.

Daß er die Skulptur vom „Piedestal" heruntergeholt und auf den Boden gelegt hat, wird Caro allgemein nicht nur als modische Tugend, sondern auch als künstlerische Tat angerechnet (obwohl er damit keineswegs der erste war). In seinen Tisch-Objekten allerdings holte er sie bald wieder auf den Sockel zurück und läßt ihre Ausläufer zu allen Seiten und abwärts über dessen Kanten abknicken, so daß der Sockel-Tisch in das Stangen- und Blechgefüge bisweilen „integriert" erscheint. (Bis 3. März; Katalog 18 Mark; Galerie Wentzel: bis 20. April.)

EO PLUNIEN

JOURNAL

Moderne Kunst ist „eine Katastrophe", meint Dali

AFP, **Madrid**

„Die moderne Kunst ist eine Katastrophe", erklärte Salvadore Dali in einem Interview mit der Madrider Tageszeitung „El Pais". Die einzigen Maler, die ihn interessierten, seien Pablo Picasso und Juan Gris. „Alle anderen haben versagt. Alles, was sie können, ist, ihr Bild umgekehrt aufhängen." Die amerikanischen „Hyperrealisten" seien „gut, gerade weil sie nicht aus Amerika stammen", sagte Dali ferner. Frankreich habe „niemals große Maler" hervorgebracht und im „großen, riesigen Rußland" gebe es keinen einzigen Maler. „Die Künstler sind wie Trüffeln, an manchen Stellen wachsen sie, an anderen nicht." Der Künstler, der sich in den seiner verstorbenen Frau Gala gewidmeten Galatea-Turm beim Dali-Museum in Figueiras (Katalonien) zurückgezogen hat, meinte auch: „Freiheit ist Unordnung, die Inquisition ist Ordnung ... Je stärker die Zensur, desto größer die Sinnlichkeit." Frankreich wäre ohne Ludwig XIV. und ohne Versailles „ein Kohl- und Artischockenacker" geblieben.

Leiter der Kurzfilmtage hat gekündigt

dpa. **Oberhausen**

Der Leiter der Westdeutschen Kurzfilmtage, Wolfgang Ruf, hat zum 30. Juni gekündigt. Das bestätigte die Stadt Oberhausen. Eine Stellungnahme über die Gründe will Ruf heute bei einer Pressekonferenz gemeinsam mit der Stadt Oberhausen abgeben. Die diesjährigen Kurzfilmtage, die im April stattfinden, wird Ruf noch leiten.

Täglich ein Buch in Blindenschrift

wm., **Marburg**

In den Produktionswerkstätten der Deutschen Blindenstudienanstalt in Marburg ist jetzt zum ersten Mal das in den USA entwickelte Kurzweil-Lesegerät erprobt worden. Damit ist es möglich, Bücher optisch abzutasten und in Blindenschrift umzusetzen. In einer Stunde werden so bis zu 100 000 Zeichen und damit etwa 100 Seiten eines Buches verarbeitet. Im Gegensatz zu den rund 80 000 Büchern, die alljährlich in der Bundesrepublik herausgebracht werden, erscheinen in jedem Jahr nur etwa 150 Bücher in Blindenschrift.

Nur 4,1 Prozent der Bücher aus Deutschland

AFP, **Rom**

21 000 Buchtitel und 148 Millionen Bücher sind 1983 in Italien auf den Markt gekommen. Der Schulbuchsektor hatte dabei den größten Anteil mit 18 Prozent. Mit jeweils etwa zehn Prozent folgten Romane und juristische Schriften. Ein Drittel war 1983 ausländischen Autoren gewidmet, wobei die englischsprachige Literatur mit 10,3 Prozent an der Spitze lag, gefolgt von französischen (4,6 Prozent) und deutschen (4,1 Prozent) Werken.

Rudolf Hillebrecht 75

Hannover verdankt ihm sein neues Gesicht. Es war Rudolf Hillebrecht, der nach dem Krieg erkannte, daß es wenig sinnvoll wäre, die Stadt in ihren alten Strukturen einfach zu rekonstruieren. Er entwarf eine autofreundliche Stadt, die zugleich die wenigen Altbauten, die den Bombenkrieg überstanden hatten, als verkehrsfreien Kern bewahrte. Das hat dem Städtebauer und Architekten, der heute vor 75 Jahren in Hannover geboren wurde, weite Anerkennung und viele Preise eingetragen. Andere Kommunen, die nach Kriegsende nicht so weitsichtig waren, haben sich später seiner Hilfe versichert. Aber so grundlegend wie das zerstörte Hannover bot sich keine Stadt mehr für ein (geglücktes) städtebauliches Experiment an.

DW.

Zürich: „Entführung" mit Ponnelle / Harnoncourt

Der Fürst verkleidet sich

Mozarts „Entführung aus dem Serail" zu inszenieren und singspielopernhaft mit tieferer Bedeutung zu musizieren, heißt, sich von neuem mit jener bizarren Gattung der „Türken-Romantik" auseinandersetzen, die Literatur, Malerei, Theater und Musik im 17. und 18. Jahrhundert beherrschte und bis tief ins 19. Jahrhundert hinein aus der Opernwelt nicht fortzudenken ist. Mozarts erstes deutsches Singspiel, ganz in der Tradition der „Türkenoper" befangen und Vorbild für unzählige Nachahmungen und Variationen, hat das Meisterwerk dieser Gattung geschaffen – mit dem weise verzeihenden Bassa Selim als Vorbild des Sarastro. Es stellt mehr als jedes andere Werk der Gattung der Inszenierung und der musikalischen Interpretation Probleme: die „Entführung" ist Märchen, Komödie, Legende des Edelmuts und zugleich Parodie des Türken, wie sich ihn das 18. Jahrhundert vorstellte – hier der seinem Herren, dem Pascha treu ergebene, doch über die Stränge schlagende Osmin, da der zuerst unnachsichtige, schließlich aber großmütige Bassa Selim.

Die an und für sich tragische Figur des Bassa Selim, der ein Unrecht begangen hat, sein Opfer – die Gefangene Konstanze – liebt und die Leiden der Konstanze, haben Regisseure verführt, in dem Singspiel mehr Tragik zu sehen als in ihm enthalten ist – so Sanjust und Maazel in einer mißglückten Salzburger Festspielaufführung; doch allzu heiter von Anbeginn bis Schluß darf die „Entführung" auch nicht erklingen – hier liegt das eigentliche Problem jeder inszenatorischen und musikalischen Einstudierung.

Im Opernhaus Zürich haben sich Regisseur und Bühnenbildner Jean-Pierre Ponnelle und Dirigent Nikolaus Harnoncourt in Fortführung ihres berühmt gewordenen Mozart-Zyklus für eine originelle Gestaltung der „Entführung" entschieden. Ein Fürst des 18. Jahrhunderts läßt eine „Kirchenoper" an seinem Hof aufführen, er spielt in ihr selbst die Sprechrolle des Bassa Selim: an Fürstenhöfen des 17. und 18. Jahrhunderts waren solche Theateraufführungen keine Seltenheit.

Während das Orchester die Ouvertüre musiziert, sieht man die Hofgesellschaft sich als Haremsdamen und Wächter verkleiden, der Fürst schaut sich den Beginn der Oper von der Loge aus an, bis die Reihe an ihn kommt, selbst mitzuspielen. Im Verlauf des Abends sind Sein und Schein bunt durcheinandergemischt, wobei sich zuweilen auch Ungereimtheiten einstellten. Dem Sinn der Mozartschen Oper entsprach dabei recht glücklich der Kontrapunkt von Szene und Musik: Bühnenbild, Kostüme (Pet Halmen) und Theatralik waren fast durchwegs bunt und fröhlich – bisweilen mit einem Schuß von Parodie –, während Harnoncourt die latente Dramatik der nur äußerlich eleganten Musik bis zum Tragischen hin packend realisierte und dagegen das Komische in der Orchestration feinsinnig heraushob.

Es gab nur wenig Stillstand in der musikalischen Aktion – wie etwa im Schlußquartett des zweiten Aktes und in merkwürdigen Ritardandi und Tempoverschleppungen in Konstanzes „Martern-Arie", in der Harnoncourt das Mozartsche „Ad libitum" wohl doch zu frei deutete. Orchester und Chor (Erich Widl) musizierten und sangen vollendet und die Aufführung wurde von einem glänzend aufeinander eingestimmten Ensemble getragen.

Die junge Wienerin Ulrike Steinsky verkörperte eine souverän dramatische Konstanze mit eindrucksvoller stimmlicher Ausstrahlung. Lillian Watson war ein reizend singendes und spielendes Blondchen, deren Pedrillo – eigentlich doch ein Spanier – das wienerische Element der „Aufführung" unterstreichen sollte, was Hans Jörg Weinschenks Tenorbuffo amüsant gelang. Gösta Wimbergh war ein edel und klangschön singender Belmonte. Einen umwerfend komischen, doch die Tragik seiner Stellung nicht verhehlenden, stimmlich überwältigenden Osmin sang und spielte Matti Salminen, den Ponnelle aus nicht ganz begreiflichen Gründen im Finale in der Versenkung verschwinden läßt, als sei er ein Don Giovanni.

Der vielseitige, in Schauspielen und Musicals oft bewunderte Wolfgang Reichmann spielte die Doppelrolle des die Oper arrangierenden Fürsten und des Bassa Selim, den er vornehm, überlegen interpretierte. Den hintergründigen Ernst des heiteren Mozartschen Singspiels ließ ihn Ponnelle im Finale andeuten: der Fürst, der sich als Türke verkleidet hatte, zog aus seinem Paschakleid die Symbole des Islams und aus seinem Adelsgewand das christliche Kreuz – beide gegeneinander abwägend.

Das festliche Premierenpublikum quittierte den für Augen und Ohren unterhaltsamen, anregenden und auch nachdenklich stimmenden Opernabend mit animiertem, lange anhaltenden Beifall.

PETER GRADENWITZ

Horst Laubes „Finale in Smyrna" in München

Blutverlust am Bahnhof

Die Besucher von „Finale in Smyrna", dem nach Motiven Carlo Goldonis geschriebenen Stück von Horst Laube, erblickten beim Betreten des Münchener Alten Residenztheaters den kostbaren Zuschauerraum von François Cuvilliés gleich doppelt. Denn hinter dem Proszeniumsrahmen erschien bei offenem Vorhang, auf mannigfach gebrochenen Spiegelwänden, das geschwungene Halbrund der Logen in all seiner Rokoko-Herrlichkeit noch einmal.

Wie gern hätte man sich nun in seinen Sessel zurückgelehnt, um eine von den 160 Komödien zu sehen, die der Venezianer Goldoni geschrieben hat, und wäre es auch nur eine so mittelmäßige wie „Der Impresario von Smyrna" gewesen. Aber das durfte nicht sein. Der Autor des Abends hieß, wie gesagt, Horst Laube. Er hat aus der Goldoni-Vorlage etwas Eigenes zu machen versucht, dabei aber dessen Geist schmählich verleugnet.

Aus dem Schabernack, ein Rudel schlechter Sänger und Sängerinnen für ihre unzulänglichen Leistungen, ihre Ränke und ihre Eitelkeit mit der Vorspiegelung eines Engagements an ein nicht vorhandenes Opernhaus zu bestrafen, ist eine mit viel verquastem, kunstkritischem Gerede angereicherte Haupt- und Staatsaktion geworden, bei der es zum Schluß nicht ohne Blutverlust abgeht.



Schabernack mit dem Sängerpack: L. Stolze und P. Kern FOTO: RABANUS

Der Anstifter der ganzen Chose, ein ästhetisierender Graf, der als Opernfreund zu oft durch schlechte Aufführungen gemartert worden ist, hat seinen türkischen Diener als üppige Pläne machenden Mäzen ausstaffiert, der mit den armen Hascherln im schäbigen Vestibül eines erbärmlichen Hotels verhandeln soll. Der vorhersehbare Einfall für den zweiten Akt ist, daß diesem seine Rolle als spendabler Kunstfreund, speziell gegenüber den Damen, zu gut gefällt. Bei dem Finale, das keineswegs in Smyrna, sondern auf dem ebenso gigantischen wie menschenleeren Bahnhof von Venedig stattfindet, den nur Geisterzüge mit großer Dampfentwicklung durchfahren, kann er gegenüber dem Künstlervölkchen seine Versprechungen nicht einhalten. Aber daß er durch einen Revolverschuß des Grafen, dem er seinen Spaß kaputtgemacht hat, fallen muß, ist nicht ganz zwingend. Die heranrollende Lokomotive verwandelt sich in das Opernhaus im fernen Niemandsland, denn „es gibt Smyrna nicht", wie der Autor im Programmheft verkündet, „aber es gibt eine direkte Eisenbahnverbindung dorthin."

Auf diesem Bahnhof ist auch die folgsame Bühnenbildnerin des Regisseurs, Alberte Barsacq, entgültig entgleist. Liegt es daran, daß Eisenbahnen so recht weder zu Venedig noch zu Goldoni passen, genausowenig wie die Ouvertüre zur „Macht des Schicksals", die aus dem Koffergrammophon ertönt? Weshalb hat Horst Laube die ganze Fabel so brutal aus dem 18. ins 19. oder gar 20. Jahrhundert herübergerissen? Wieviel hübscher und leichter hätte sich das Ganze in der Musikwelt Mozarts statt Verdis ausgenommen!

Gleichwohl ließ der Beginn des Abends noch auf ein gutes Ende hoffen, denn gespielt wurde mit sehr viel Verve und Begeisterung. Die zentrale Figur des Grafen Lasca, reichlich mit Monologen ausgestattet, verkörperte mit fieberroten Bäckchen Jürgen Holtz als Inbegriff des in gesunder Hitze verglühenden Kunstliebhabers. Großartig waren Christa Berndl, Lena Stolze und Eva Schuckardt als die drei um die Palme ringenden Primadonnen, die fleißig singen mußten und es auch konnten, und Peter Kern als der verfettete, heruntergekommene Tenor.

Sämtlichen Darstellern bereitete das Publikum einen sehr freundlichen Empfang, Stück und Inszenierung dagegen ernteten kräftige Buh-Rufe.

HELLMUT JAESRICH

Kino von der Bühne – Bilanz des Berlinale-Forums

Wer war dieser Nixon?

Wie sich die Bilder beim 15. Internationalen Forum des Jungen Films in Berlin gleichen: Der Amerikaner Robert Altman hat sich vom Film zur Bühne gewendet, der Deutsche Hans Neuenfels von der Bühne zum Film. Aber Altman ist rückfällig geworden, er verfilmt seine Inszenierungen. In „Secret Honor" geht es um die „Geheime Ehre" des amerikanischen Ex-Präsidenten Richard Nixon, der – so wollen es die Autoren Freed und Stone – Watergate selbst inszeniert habe, um nicht eine weitere Wahlzeit lang das Werkzeug jener Männer zu sein, die das Geld und damit das Sagen in der Politik haben. Philip Baker Hall spielt im neunzigminütigen Alleingang ungemein intensiv einen Nixon, der zur Bühnenfigur geworden ist und unter dem nervösen Auge der Kamera seine Mitstreiter von einst beschimpft, sich selbst freilich auch nicht schont.

Stück und Film sind weder Pamphlet noch Dokumentation. „Nixon ist einer von uns, und letzten Endes müssen wir seinen Fall bewältigen", meinen die Autoren, und Altman ergänzt, daß „unser politisches System Männer vom moralischen Kaliber eines Richard Nixon möglicherweise eher ermutigt als entmutigt, öffentlichen Ärger anzustreben". Ein pakkendes Stück Zeittheater. Aber es gibt schon wieder junge Leute, die mit dem Namen Nixon nichts mehr verbinden, sie verließen in Scharen das Kino und hatte nicht begriffen, wie aktuell der Film ist, nicht nur „wg. Nixon".

Auch den „Schwärmern" liegt eine – variierte – Theater-Inszenierung zugrunde. Zwar arbeitet Hans Neuenfels grundsätzlich unhistorisch, doch stilsicher trifft er die Aufbruchstimmung, die Robert Musil aus dem Nachlaß des Expressionismus übernommen hat. Die Hauptfigur Thomas (Hermann Treusch), die zugunsten der exaltierten Regine (Elisabeth Trissenaar) ins Mittelfeld gerückt wird, erlebt ein Stationendrama mit vielen Merksätzen. Auch das ist Ausdruckskunst, ist Expressionismus.

Vor allem als Unterhaltungsfilm präsentierte sich „Die Familie mit umgekehrtem Düsenantrieb" des Japaners Sogo Ishii. In dieser schwungvollen und poinierten Komödie wird die Familie als Krankheit interpretiert. Doch kaum kommt der Zuschauer auf den Gedanken, daß darin ein ernsthafter Kern stecken könnte, da überdreht der Regisseur die Handlung ins Irrwitzige und Absurde und entschärft damit seine Aggression.

Trotz und Trauer hat Jeanine Meerapfel schon in den Titel ihres Filmes gelegt. „Die Kümmeltürkin geht" erzählt sensibel und intelligent von einer 38jährigen Türkin, die Berlin nach 14 Jahren in Richtung Türkei verläßt. Jeanine Meerapfel vertuscht nicht die Verbitterung der selbstbewußten Frau, fragt aber auch, ob sich die Exgastarbeiterin nicht doch ein zu heiles Bild von der Türkei macht. Selbst wenn dem so wäre: Immerhin hat die Frau noch Illusionen von ihrem Vaterland. Von unserem nicht mehr.

Bilanz des Forums: Tendenz gegen Ende steigend.

WOLFGANG ISENBERG

Die Minikapsel unter der Haut ersetzt die „Pille"

WHO hat das fünf Jahre wirkende Präparat freigegeben

SAD, New York

Ein einfaches, die Empfängnis verhütendes Mittel, das Frauen unter der Haut des Oberarms eingesetzt wird und fünf Jahre lang wirkt, ist jetzt nach erfolgreichen Tests in 14 Ländern von der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) zur Verwendung freigegeben worden.

Das von einer finnischen Firma unter dem Markennamen „Norplant" entwickelte Mittel enthält das synthetische Hormon Levonorgestrel, das in sechs kleinen Kunststoffkapseln un*ter der Haut eingepflanzt wird. Die* Kapseln von je 2,4 Zentimeter Durchmesser sind so konstruiert, daß sie ihren die Ovulation hemmenden Inhalt fünf Jahre lang in den Blutkreislauf der Frau abgeben. Die Kapseln enthalten kein Östrogen, die Neben*wirkungen sind minimal. Das Mittel* ist bereits in Finnland auf dem Markt und wurde jetzt auch in Schweden zugelassen.

Der Internationale Rat für Familienplanung (International Population Council), der das Verhütungsmittel durch die finnische Firma entwickeln ließ, teilte jetzt in New York mit, daß sich „Norplant" nach der Sterilisation als die verläßlichste Methode zur Vermeidung unerwünschter Schwangerschaften herausgestellt hat. Nach Angaben des *Rates hat es kaum Nebenwirkungen* und kann ohne Schwierigkeiten vorzeitig entfernt werden, wodurch die Empfängnisbereitschaft sofort wiederhergestellt wird. Die Minikapseln unter der Haut fallen dem Auge nicht auf, bei leichtem Druck können sie jedoch gefühlt werden.

Das Mittel, das seit 1967 hergestellt wird und das bereits an 16 000 Frauen, darunter 800 in den USA, erfolgreich getestet wurde, darf nicht an Frauen mit Leberleiden oder Brustkrebs abgegeben werden. Stillenden Frauen und solchen mit unnormal starken Blutungen unbekannter Ursache wird ebenfalls von der Anwendung abgeraten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezeichnete „Norplant" als das wichtigste neue Verhütungsmittel seit der Pille, das nur in weniger als drei von tausend Fällen versagt. Nur die Sterilisation ist sicherer, wonach es nur in *einem von tausend Fällen trotzdem* zu einer Schwangerschaft kommt. Zum Vergleich: Jeweils auf tausend Fälle bezogen, versagt die Pille in 30 bis 50 Fällen und das Pessar in 100 bis 200 Fällen.

Die Weltgesundheitsorganisation hofft, daß das neue unkomplizierte Mittel besonders in den Entwicklungsländern zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion eingesetzt werden kann. Die sechs Kapseln sollen mit Einpflanzung umgerechnet etwa 200 Mark kosten. In den USA entspricht dies den Kosten bei Einnahme der Pille während eines halben Jahres.

Explosion in der Tiefe

Grubenunglück in Lothringen / 22 Kumpel tot

AFP/dpa, Forbach

Mindestens 22 Bergleute kamen nach letzten Informationen bei einer Explosion in der Kohlengrube „Si*mon" im lothringischen Forbach ums* Leben. 103 Kumpel wurden schwer verletzt. Das gaben der Sprecher der Bergarbeitergewerkschaft, August Lionell, und Sprecher der Grubenleitung bekannt.

Rund 900 Kumpel arbeiteten unter *Tage, als sich gegen 7.30 Uhr in der 60* Kilometer östlich von Metz gelegenen Zeche Houilleres du Bassin de Lorraine die Explosion ereignete.

13 Bergleute hatten bis zum Nachmittag noch als vermißt gegolten. Für sie bestand nach Ansicht der Gruben*leitung kaum noch Hoffnung auf Ret*tung. Sie sind in mehr als 1000 Meter Tiefe verschüttet und in einem brennenden Tunnel eingeschlossen. Bis zum Nachmittag hatten die Rettungsmannschaften 19 Todesopfer aus der Zeche geborgen.

Wahrscheinlich ist eine Kohlestaubexplosion der Grund für das Unglück, das in einem Stollen in 1050 Meter Tiefe stattgefunden hat. Dort brach nach der Explosion ein Feuer aus, das am späten Nachmittag noch nicht gelöscht war.

Verschiedenen Quellen zufolge wurden die Verletzten in die Krankenhäuser der umliegenden Ortschaften gebracht. Die meisten hatten Rauchvergiftungen erlitten. Einige konnten in der Krankenstation der *Zeche behandelt werden.*

Die Bergungsarbeiten auf der Zeche wurden von Werksangehörigen vorgenommen. Die Rettungsmannschaften waren jedoch durch den dichten Qualm und das Gas in der Grube stark behindert. Sie hatten *Mühe, zu den Eingeschlossenen vor*zudringen.

Das letzte schwere Grubenunglück im Kohlerevier von Lothringen ereignete sich 1976. Damals starben in der Zeche „Bouters" 16 Bergleute. In der Zeche „Simon" waren Ende 1983 zwei Kumpel bei einem Flözeinbruch ums Leben gekommen.

Der „Basler Morgestraich" gehört jedes Jahr zu den Höhepunkten der alemannischen Fasnacht



Das närrische Treiben in Basel beginnt alle Jahre am Montag nach Aschermittwoch um vier Uhr früh. Aus allen Richtungen tauchen die Cliquen mit ihren Laternen, den Piccolospielern und den Tambouren auf. FOTO: AP

In diesen Masken stecken keine Narren

Von INGRID CARRELL

Ein vielstimmiges „Ahhh" steigt zum nachtdunklen, sternenübersäten Himmel auf – alles Licht auf den Straßen erlischt und gleichzeitig fängt ein rhythmisches Trommel- und Pfeifkonzert an: Die Fasnacht in Basel, der Basler Morgestraich – ein Sakrileg, „Morgenstreich" zu schreiben – hat pünktlich wie immer um vier Uhr morgens begonnen.

Basler Fasnacht ist Männersache. Doch der wichtigste Mann ist eine Frau: Ella Rehberg. Sie befehligt das aus zehn Männern bestehende Fasnacht-Komitee, sie weiß wie, wo, wann, warum irgendetwas geschieht. „Die ganz Verzweifelten versuchen immer wieder zu deuten", lacht Ella Rehberg, „aber an der Basler Fasnacht gibt es nichts zu deuten."

„Aber warum findet sie statt, wenn überall rings im Land bereits alles vorbei ist?" Verkehrsdirektor Hans-Dieter Ryhiner führt politische Gründe im Mittelalter an. Die Basler Protestanten wollten den Bischof damit ärgern, daß sie mitten in der Fastenzeit mummenschanzartigen Schabernack trieben und feierten. „Aber schreiben Sie das nicht! Sie haben sonst 99 von 100 Baslern gegen sich."

So ganz allein lassen die umliegenden „Protestanten" die Basler nicht. Wenn man in Basel den Morgestraich vorbereitet, gibt es in vielen umliegenden Schweizer, alemannischen und elsässischen Gemeinden die „Buure-Fasnacht" mit einem nachmittäglichen Umzug.

Wohl dem, der sich in die Basler Fasnacht wagt und einen fasnächtlich fülligen Hoteldirektor von 1,90 Metern als Wegbereiter hat im ständig wogend-wiegenden Rhythmus der Menge. Ob man will oder nicht – man „wiegt" mit. „Die Hoteldirektoren sind am engagiertesten", sagt da einer – vielstimmiger Protest. Trotzdem, ob in den traditionsreichen Nobelhotels Schweizerhof und Euler, ob in den Innenstadt-Hotels und Pensionen, den Kleinbasler Cafés, Restaurants oder „Beizli" – von der Basler Fasnacht schließt sich am Morgestraich keiner aus.

Da werden die Vorhänge zugezogen oder die Scheiben von außen mit schwarzem Plastik verhangen – wehe dem Gast, der es wagt, durch den Vorhang zu spähen. Denn der „Morgestraich-Schalter" – und den gibt es! –, der um Schlag vier Uhr die Lampen ausgehen läßt, schaltet keine Innenbeleuchtung ab. Da gibt es dann auch Imbiß-Stübli ausschließlich mit Kerzenbeleuchtung, und das Traditionshotel Drei König, das diesmal hell erleuchtet im Dunkeln stand, kann sicher sein, eine Fasnacht-Komitee-Rüge zu erhalten. Ganz abgesehen vom Unmut aller Aktiven und Zaungäste. Auch Blitzlicht ist verboten. Daran halten sich sogar die Fernsehjournalisten.

Rund 600 offizielle Cliquen, Garden, Zügle, Pfeifen- und Tambourgruppen (Querflöten und Trommeln), Wagen-Cliquen, Guggenmusiken (eine besondere, eigentlich immer falschtönende Blechmusik, die ebenso wie die Wagen-Cliquen im geordneten Chaos des Morgestraichs ohne Wagen und Instrumente mitlaufen) sind auf den Straßen. Rund ebenso viele Nichtgemeldete. Oft nur aus zwei oder drei Mitgliedern bestehende „Schiißdreck-Zügli" und Einzelmasken sind ebenso daran beteiligt. Kein billiger Spaß, jeder finanziert sein Kostüm selbst, oft für mehrere tausend Franken. Es ist in jedem Jahr ein neues Kleid, eine neue Maske, die der Aktive anzieht. Nur zum Morgestraich darf er sich das bequemste heraussuchen – er kommt im Charivari.

Beim Morgestraich verrät nur die künstlerisch gestaltete Laterne das Sujet, den Leitspruch. Wenn dann um 14 Uhr der Cortège – der Umzug – beginnt, wiederholt sich dieses Sujet in der Maske. Heißt das Sujet: „Hast du die Vignette?" (zum Befahren der Schweizer Autobahnen), karrikiert der „Vortrab" (er schafft der Laterne und dem Fußvolk Platz) mit Larve und Kostüm einen „Schleichwegler", die übrigen Mitglieder sind Vignettenverkäufer, „Umgehungswegwissende" oder auf „Abwegen". Um es dem „Reingeschmeckten" noch zu erschweren, wird nicht nur Baseldytsch gesprochen, sondern auch geschrieben.

Man kann die Basler Fasnacht nicht verstehen, es wäre auch schade drum. Man entdeckt sie in jedem Jahr zum Morgestraich neu. Sie ist skurril, persiflierend, karrikierend, nicht im ästhetischen Sinne schön, nicht im herkömmlichen Sinne lustig. Dem Morgestraich zuzuschauen, kann für den Fremden beängstigend sein. Kommen die Gestalten nicht geradewegs aus heidnischer Urzeit? Es sind keine Narren, die da ihr Gesicht verhüllen.

Tote, Verletzte: Verkehrschaos im Raum Bremen

dpa, Hamburg

Dichter Nebel und überfrierende Nässe haben gestern in Teilen Niedersachsens, aber vor allem im Großraum Bremen zu zeitweise chaotischen Verkehrsverhältnissen geführt. Auf dem Flughafen in Bremen konnten bis Mittag bei einer Sicht von höchstens 50 Metern nur zwei Maschinen starten. Die Polizei warnte am Vormittag vor der Benutzung der Autobahnen im Bereich Bremen. Der dichte Nebel beschränkte die Sicht streckenweise auf zehn Meter. An zahlreichen Auffahrunfällen im Süden und im Osten der Hansestadt waren mehrere hundert Fahrzeuge beteiligt. Zwei Menschen starben, zahlreiche wurden schwer verletzt. „Auf den Autobahnen um Bremen herrscht ein Chaos", sagte ein Polizeisprecher.

„Polar 3" überfällig

dpa, München

Seit Sonntag abend ist das deutsche Expeditionsflugzeug „Polar 3" vom Typ Dornier 228 mit seinen drei Besatzungsmitgliedern überfällig. „Polar 3" war fünf Minuten nach dem Schwesterflugzeug „Polar 2" planmäßig vom Flughafen Dakar in Senegal zum nächsten Zwischenaufhalt Lanzarote auf den Kanarischen Inseln gestartet. Beim Flug in 2750 Metern Höhe entlang der Westsahara-Küste gab es den letzten Funkkontakt. Beide Flugzeuge befanden sich auf dem Rückflug von ihrer erfolgreichen Antarktis-Expedition „Ganovex IV".

Wölfe in Istanbul

AFP, Ankara

Kälte und Schneewehen haben hungrige Wölf bis in die Straßen von Istanbul getrieben. Nach Mitteilung der Stadtverwaltung wurden am Sonntag 15 Tiere im europäischen Viertel von Okmeydani in der Nähe des Stadtzentrums gesehen. Ein Wolf wurde von der Polizei erschossen.

Großfeuer in München

AP, München

Sechs Betriebe in der Nähe des Flughafens München-Riem im Stadtteil Trudering sind gestern morgen bei einem Großfeuer niedergebrannt. Das Münchner Polizeipräsidium teilte mit, daß die Firmen auf einem Gelände von rund 600 Quadratmetern in Holzbaracken untergebracht waren. Es handelte sich um vier Kraftfahrzeugbetriebe, einen Hersteller von Lederasseçoires und eine Firma für Hängeleiter. Die Brandursache ist unbekannt. Es entstand ein Sachschaden in Millionenhöhe.

Überschwemmungen

AFP, Salta

Bei verheerenden Überschwemmungen in mehreren Provinzen Nordostargentiniens sind in den letzten Tagen zwei Menschen ums Leben gekommen und 15 verletzt worden. Wie zuständige Kreise berichteten, sind annähernd 10 000 Menschen evakuiert worden, 15 000 weitere seien von der Umwelt abgeschnitten.

Frühling in den USA

SAD, New York

Das Wetter schlägt in den USA Kapriolen: Eine „Hitzewelle", die das Thermometer bis 26 Grad Celsius ansteigen ließ, bescherte Millionen von Amerikanern in den östlichen Bundesstaaten ein sommerlich warmes Februarwochenende. Dem Wetteramt zufolge war der Sonntag der wärmste Februartag seit 25 Jahren.

WETTER: Freundlich

Wetterlage: Am Rande eines südosteuropäischen Hochs werden nur der Norden und Osten Deutschlands von schwachen Tiefausläufern gestreift.

25. Februar 1985, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Dienstag:
Im äußersten Norden und Osten meist stark bewölkt, aber auch hier kaum Niederschlag, sonst heiter bis wolkig und trocken. Tageshöchsttemperaturen im Norden bei 5 Grad, sonst 6 bis 10 Grad, im Rheinland zum Teil noch etwas höher. Nachts je nach Bewölkung *plus 3 bis minus 3 Grad.* Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Auch im Norden und Osten Bewölkungsauflockerungen, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	5°	Kairo	14°
Bonn	10°	Kopenh.	0°
Dresden	5°	Las Palmas	20°
Essen	12°	London	7°
Frankfurt	6°	Madrid	7°
Hamburg	3°	Mailand	8°
List/Sylt	0°	Mallorca	14°
München	2°	Moskau	-9°
Stuttgart	8°	Nizza	13°
Algier	17°	Oslo	-2°
Amsterdam	9°	Paris	6°
Athen	3°	Prag	3°
Barcelona	10°	Rom	12°
Brüssel	9°	Stockholm	-4°
Budapest	-5°	Tel Aviv	11°
Bukarest	-6°	Tunis	10°
Helsinki	-6°	Wien	6°
Istanbul	-2°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch:** 7.12 Uhr, Untergang: 17.59 Uhr; **Mondaufgang:** 9.54 Uhr, Untergang: 1.24 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Dramatische Suche

Nur eine Knochenmarkstransplantation vom älteren Bruder sollte dem 38jährigen **Rabah Halladj** aus Annecy in Frankreich das Leben retten können, denn er leidet an Leukämie. Doch der Bruder war seit 20 Jahren verschollen. In ihrer Not wandte sich die Familie des Todkranken an das Fernsehen, das eine Suchmeldung ausstrahlte. Zwei Tage später meldete sich der 43jährige **Daif Halladj**, der in Südwestfrankreich arbeitet. Die Brüder waren in den 60er Jahren aus Algerien nach Frankreich gekommen.

Neue Qualitäten

Der „Neue" in ihrem Leben ist Anwalt in Los Angeles; er hat eine Stirnglatze und ein Doppelkinn. Diese Äußerlichkeiten stören **Liz Taylor** jedoch nicht. Sie soll einer Freundin anvertraut haben, daß sie vom „Charme, Schliff und der Eleganz" ihres neuen Begleiters **Neil Papiano** (51) beeindruckt sei. Der „Alte", **Denis Stein**, war Liz mit seinen ungehobelten Manieren auf die Nerven gegangen.

Sein Auftritt auf der Bühne des Seins

Karl-Heinz Böhms Einsatz für äthiopische Flüchtlinge

WALTER H. RUEB, Addis Abeba

Über ein Dutzend humanitäre Organisationen sammeln in der Bundesrepublik Geld für die Hungernden in Äthiopien. Die Kontonummer eines Privatmannes aber ist bekannter als alle anderen: das Konto 700 000 bei Raiffeisenbanken, den Filialen der Dresdner Bank, der Stadtsparkasse München und beim Postscheckamt Köln. 34 Millionen Mark gingen in dreieinhalb Jahren darauf ein.

Die Millionen wurden von Karlheinz Böhm gut angelegt. Der Mann, der in den 50er Jahren auf der Kinoleinwand die Träume von Liebe und Glück von Millionen erfüllte, ist in Äthiopien zur Hoffnung von Hunderttausenden geworden.

Etwa 500 Kilometer südöstlich der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba hat der österreichische Schauspieler 378 Familien mit insgesamt 1800 Personen in einem eigenen Dorf angesiedelt. „Es sind alles Flüchtlinge, die in der Umgebung herumirrten", sagte Böhm zur *WELT*. „Sie haben im Erertal die Möglichkeit, sich als Bauern eine neue Existenz aufzubauen. Sie bewohnen Doppelhäuser, das Dorf hat eine Verwaltung, eine Schule, und es gibt eine Straße zur Provinzhauptstadt Harer. Die Menschen arbeiten in einer landwirtschaftlichen Kooperative."

In dem Dorf hat sich Karlheinz Böhm eine bescheidene Wohnung eingerichtet. „Darin lebe ich, wenn ich in Äthiopien bin", erzählte er. „Die meiste Zeit aber bin ich in Europa unterwegs. Es gibt viel zu tun."

Vor anderthalb Jahren stand Böhm zum letzten Mal auf der Bühne, im Stück „Der Schwierige". Seither macht er Promotions-Touren für seine „Vereinigung Menschen für Menschen". Er tritt im Fernsehen auf, spricht im Rundfunk, gibt Interviews, hält Vorträge, geht in Schulen und Vereine. „Ich bin sozusagen von der Bühne des Scheins auf die Bühne des Seins übergewechselt", stellte Böhm fest.

Vor kurzem erhielt Böhm in München die Theodor-Heuss-Medaille. *Ehe er in den Busch zurückkehrte, las* er in Addis Abeba im Goethe-Institut Texte von Rainer Maria Rilke, in welchen der große deutsche Dichter an einer Stelle von der „unendlichen Entbehrung" schrieb.

Böhm hat sein Leben ganz dem Kampf gegen Entbehrung und Hunger gewidmet. Diesem Ziel dient auch sein zweites *Projekt*: Im Dakatatal unweit des Erertals wurde mit den Arbeiten zum Bau eines noch größeren Dorfes begonnen. „5000 Menschen sollen darin eine neue Heimat finden", sagte Böhm. „Fünfzehn Millionen Mark werden investiert. Es gibt *Platz genug, 200 000 Hektar* mit reichlich Wasser und Grün stehen zur Verfügung. Als erstes bauen wir ein medizinisches Zentrum."

Böhm hat sich durch Verträge mit der Regierung abgesichert. „Die Behörden in Addis Abeba unterstützen uns. Es gibt keine Probleme. Staatschef Mengistu versprach sogar, mein Dorf zu besuchen. Jeder, der dies tun will, ist eingeladen. Wer will, kann sich davon überzeugen, daß seine Spende gut angelegt ist. Mit dem Flugzeug zuerst nach Dire Dawa, dann mit dem Auto zweieinhalb Stunden durch den Busch. Wer sich abholen lassen will, kann anrufen: Telefon Harer 66 08 74."

ZU GUTER LETZT

„Thomas von Aquin betont, daß diese Tugend besonders denen notwendig zukommen soll, die mit Führungsaufgaben (und sei es nur das Steuern eines Autos) betraut sind." Es stand in der WELT.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Sonder-Spielschein-Kombination: mittwochslotto SystemService 7008/Zahlenlotto SystemService 007 der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.